

III. DER AUFBAU DER GEWERKSCHAFTEN AUF BEZIRKS- UND ZONENEBENE UND DIE ENTWICKLUNG DER DUISBURGER GEWERKSCHAFTEN 1946/47

1. DER AUFBAUPROZESS AUF BEZIRKS- UND ZONENEBENE UND DIE BEHINDERUNGEN DURCH DIE MILITÄRREGIERUNG

"Um nun die immer noch ausstehende Genehmigung (des Protokolls der Gründungsversammlung und des Eintritts in die II. Aufbauphase, d. Verf.) zu erwirken, wurde mit den Nachbarstädten der Nordrheinprovinz die Verbindung aufgenommen*. Eine in Düsseldorf gebildete Siebener Kommission erhielt den Auftrag, Verbindung mit der MR aufzunehmen. Das von uns angestrebte Ziel war und blieb die Errichtung einer Einheitsgewerkschaft. Abweichend von dieser Auffassung bestand die MR auf Schaffung von Industriegewerkschaften" (136).

AUTONOME INDUSTRIEVERBÄNDE STATT ZENTRALE EINHEITSGEWERKSCHAFT

Der sog. Siebener Ausschuß hatte sich bereits am 27. März 1945 in Köln als vorläufiges Organisationskomitee für die Nordrheinprovinz konstituiert. Ihm gehörten führende Mitglieder der ehemaligen Gewerkschaften aller Richtungen an. Neben Hans Böckler** bestand er aus 3 Sozialdemokraten, 2 christlichen Gewerkschaftern und einem Kommunisten (137). Wenngleich der Ausschuß in seiner Zusammensetzung nicht als repräsentativ für die im Laufe der folgenden Monate entstehenden örtlichen Einheitsgewerkschaften der Nordrheinprovinz gelten konnte und, ebenso wie die örtlichen Gründungs-

* Bereits ab Juni 1945 bestanden erste Kontakte; vgl. Fragebogen ...; a.a.O.; S. 4

** Böckler war bis 1933 Leiter des ADGB-Besirks Rheinland-Westfalen

ausschüsse, zunächst keiner Kontrolle durch die Mitgliedschaft unterlag, leistete er wichtige Unterstützungsarbeit für den Aufbau der einheitlichen Gewerkschaftsorganisationen.

Mit seiner Arbeit begann ein langwieriger Prozeß des Aufbaus bezirklicher und zonaler Gewerkschaftsorganisationen, der im folgenden chronologisch dargestellt wird (138).

- 12. Juni 1945: Erstes Gespräch MR - Siebener Ausschuß; Siebener Ausschuß legt Programm vor: wir "wollen eine Organisation" und "einen Bund" als "Einheits- und einzige Gewerkschaft in straffer Zentralisation". MR beharrt auf dem Prinzip autonomer Industrieverbände.
- September 1945: Gewerkschaftliche Konferenz in Düsseldorf, an der Vertreter aus nahezu allen großen Städten der Nordrheinprovinz teilnehmen. Beschluß gegen "völlig autonome Industrieverbände".
- September 1945: Konspirative Zusammenkunft von Gewerkschaftsvertretern aus Niedersachsen, Westfalen und Nordrhein: Einigkeit über das Prinzip einer zentralen Einheitsgewerkschaft.
- 23. November 1945: Auf Betreiben der MR Besuch einer TUC (britischer Gewerkschaftsverband) - Delegation in Düsseldorf. Rat an die deutschen Gewerkschafter, "den Gedanken der Einheitsgewerkschaft aufzugeben und autonome Industriegewerkschaften aufzubauen".
- November/ Dezember 1945: Infolge des restriktiven Vorgehens der MR gegenüber gewerkschaftlichen Anträgen auf Betätigung, rapider Rückgang der gewerkschaftlichen Versammlungstätigkeit.
- 7. Dezember 1945: Konferenz der nordrheinischen Gewerkschaften. Böckler empfiehlt Einlenken gegenüber der MR. "Wir müssen endlich zur Anerkennung und zur Arbeit kommen... Es wird möglich sein, wenn wir unsere Pläne ändern". Die Delegierten einigen sich auf einen Plan, der die Aufteilung in 14 Industriegewerkschaften vorsieht und wählen einen provisorischen Bezirksausschuß, der den "Siebener Ausschuß" ablöst.

18. Januar 1946: MR genehmigt den Eintritt der nordrheinischen Gewerkschaften in die II. Aufbauphase: Einrichtung von Büroräumen, Werbung von Mitgliedern und Beitragskassierung, Abhaltung von Mitgliederversammlungen und öffentlichen Versammlungen.
- Anfang Februar 1946: Die MR genehmigt die Gründung von 29 autonomen Industrieverbänden in der Nordrheinprovinz
27. Februar 1946: Bezirkliche Delegiertenkonferenz Nordrhein: Bestätigung des von der MR genehmigten Verfahrens zum Aufbau von Industrie-Verbänden.
- Februar 1946: Erneuter Besuch einer TUC-Delegation, um die widerstrebenden und auf dem Prinzip der "Allgemeinen Gewerkschaft" beharrenden niedersächsischen Gewerkschafter zu einem solchen Einlenken zu bewegen, wie die Kollegen der Nordrheinprovinz und Westfalens.
- Ab März 1946: Langsamer Anstieg der gewerkschaftlichen Versammlungstätigkeit; Gründung örtlicher Gewerkschaften bis zum Sommer 1946 im wesentlichen abgeschlossen.
12. - 14. März 1946: Erste gewerkschaftliche Zonenkonferenz in Hannover: heftige Debatten über die Organisationsfrage ohne Ergebnis; Wahl eines vorläufigen Zonenausschusses, bestehend aus je 5 Vertretern der 4 zonalen Bezirke.
- 5./6. April und 30. Mai/1. Juni 1946: Sitzungen des vorläufigen Zonenausschusses: Empfehlung an die Gewerkschaften, 12 zonale Industrieverbände zu errichten.
21. - 23. August 1946: 2. Zonenkonferenz der Gewerkschaften: Beschluß zur Gründung autonomer Industrieverbände
- Ab Oktober 1946: Wegfall der II. und III. Aufbauphase durch einen Beschluß der MR. Von nun an sind gewerkschaftliche Versammlungen ohne vorherige Genehmigung möglich.

21. November 1946: Vereinigung der provisorischen Bezirksausschüsse Nordrhein und Westfalen zu einem vorläufigen Bezirksausschuß Nordrhein-Westfalen.
22. - 25. April 1947: Gründungskongreß des DGB (britische Zone) als Zusammenschluß autonomer Industriegewerkschaften; Beginn des legitimierten Aufbaus von Landes-, Bezirks- und Ortsausschüssen des DGB.

Hatten die meisten Gewerkschafter der Nordrheinprovinz noch zur Jahreswende 1945/46 gehofft, ihr Einschwenken auf die Gründung örtlicher Industriegewerkschaften sei nur vorübergehend erforderlich¹³⁹⁾, so stellte sich im Laufe der ersten Jahreshälfte 1946 heraus, daß die Verhinderung der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation im Rhein-Ruhr-Gebiet für die MR der entscheidende Schritt gewesen war auf dem Wege zur Durchsetzung des Industrieverbandsprinzips für die gesamte Besatzungszone. Er stellte neben den Reglementierungen der politischen und sozialen Interessenwahrnehmung der Gewerkschaften und Betriebsräte einen weiteren Grundpfeiler der britischen Vorgehensweise dar, wie sie Montgomery später in seinen Memoiren niederschrieb¹⁴⁰⁾. Das Resultat lag auf der Hand. Die dauernden Schwierigkeiten in der Organisationsfrage und die Aufsplitterung in autonome Industrieverbände behinderte die Herausbildung und Entwicklung der organisatorischen Geschlossenheit und Stärke der Gewerkschaften.

DER KONFLIKT MIT DER DEUTSCHEN ANGESTELLTENGEWERKSCHAFT

Waren die Auseinandersetzungen um das Organisationsprinzip der neuen Einheitsgewerkschaft in der Frage der Industrieverbände im August 1946 im Anschluß an die 2. Zonenkonferenz der Gewerkschaften entschieden, so traf dies auf das Problem der Angestelltenorganisation nicht zu.

Die Entstehung einer eigenständigen Angestellten-Gewerkschaft hatte ihren Ursprung in Hamburg. Nach der Auflösung der Sozialistischen Freien Gewerkschaft, die analog zu den

Gewerkschaften in Niedersachsen, Westfalen und Nordrhein auch Angestellte und Beamte umfaßt hatte, gründete sich am 1. Juli 1945 die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG)¹⁴¹⁾. Ihre Gründer Spliedt, Koberger, Dörr und Sube knüpften hierbei an die besondere soziale Funktion und das Standesbewußtsein großer Teile der Angestellten^{141a)} an und wendeten beides gegen das Konzept einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation.

Da sich mit der ersten zonalen Angestelltenkonferenz im Mai 1946¹⁴²⁾ eine Abspaltung abzeichnete, betonte die 2. Gewerkschaftskonferenz für die britische Zone im August 1946 in einer mehrheitlich angenommenen Entschliebung: "Arbeiter, Angestellte und Beamte organisatorisch zu vereinigen, ist das Gebot der Stunde. Jede Abseitigkeit ist, weil das gemeinsame Interesse schädigend, zu verwerfen. Schicksalsgemeinschaft schließt die Verfolgung von Sonderinteressen aus"¹⁴³⁾.

Angestellte und Beamte sollten also fortan gemeinsam mit den Arbeitern Mitglieder der autonomen Industrieverbände sein.

Die DAG zog aus diesem Beschluß nicht die Konsequenz ihrer Auflösung. Stattdessen griff sie vor allem im Ruhrgebiet immer wieder in den Organisationsbereich einzelner Industriegewerkschaften ein, was auf ihr Bestreben hinwies, in der gesamten Zone das System einer selbständigen Berufsgewerkschaft aufzubauen.

Währenddessen wurden ab Oktober 1946 erste Angestelltenreferate beim provisorischen Bezirksausschuß der Nordrheinprovinz und bis Anfang 1947 in den vorläufigen Ortsausschüssen eingerichtet. Sie unterschieden sich von den übrigen Abteilungen dadurch, daß sie "die Vertretungen der Angestellten-Abteilungen der Industriegewerkschaften" darstellten¹⁴⁴⁾.

Ogleich sich DAG-Vorstand und Zonenausschuß der Gewerkschaften mit dem "Nienburger Abkommen" vom 5. Dezember 1946 zum Verzicht auf gegenseitige Abwerbung von Angestelltenmitgliedern und zur strikten Unterlassung jeglicher Angriffe auf die Gegenseite verpflichtet hatten, durchbrach der

Gründungskongreß der DAG (britische Zone) vom 12. - 14. Februar 1947 mit einer Resolution zur Organisationsfrage diese Vereinbarungen. In ihr werden das Prinzip der einheitlichen Industriegewerkschaft abgelehnt und die Angestellten aller Berufsgruppen aufgerufen, sich in der DAG zu organisieren¹⁴⁵⁾.

Angesichts dieser Situation wurde auf dem DGB-Gründungskongreß im April 1947 ein Kompromiß ausgehandelt. In Zustimmung zu einer interzonalen "Frankfurter Entschliebung" vom März 1947, die "sowohl den Notwendigkeiten der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung als auch in sehr weitgehendem Maße dem bisherigen Aufbau der DAG Rechnung tragen sollte"¹⁴⁶⁾, sprach sich die Mehrheit der Delegierten für den Eintritt der DAG in den DGB aus¹⁴⁷⁾. In den folgenden Monaten bewirkte dieser Beschluß allerdings eine Stärkung der DAG; auch in Nordrhein-Westfalen. Da sich nun die bestehenden Gewerkschaften "Handel, Banken und Versicherungen" mit der DAG vereinigten, "erhielt die DAG in Nordrhein-Westfalen, wo sie bis dahin mit Ausnahme von Dortmund, Münster und Gelsenkirchen trotz eifriger Werbearbeit keinen Boden gewinnen konnte, eine Organisationsgrundlage, die sie für die weitere Arbeit benutzte"¹⁴⁸⁾.

Zudem kam es fortlaufend zu Auseinandersetzungen in den Betrieben und Verwaltungen, so daß der außerordentliche DGB-Bundeskongreß (britische Zone) im Jahre 1948 erneut einen mehrheitlichen Beschluß zum Industrieverbandsprinzip und zur Zusammenfassung der Industrieangestelltengruppen fassen mußte, den die DAG nun nicht mehr anerkannte und so aus dem DGB ausschied. Von nun an war die Errichtung von Angestelltenausschüssen obligatorisch und die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen gründete sich erneut¹⁴⁹⁾.

Insgesamt verweisen die Auseinandersetzungen um die Organisation von Angestellten und Beamten auf das Faktum, daß es neben den Behinderungen seitens der MR auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung der britischen Zone Kräfte gab, die dem bezirklichen und zonalen Aufbau von Einheitsgewerkschaften bzw. einheitlichen Industrieverbänden entgegenwirkten.

Beiden Faktoren mußten die einheitswilligen Gewerkschafter der Bezirksausschüsse und des Zonenausschusses Rechnung tragen und somit eine zunächst starke Konzentration auf die Organisationsfrage in Kauf nehmen.

ENTTAUSCHTE HOFFNUNGEN IN DIE POLITIK DER MR

Mit der Errichtung von Treuhandverwaltungen durch die MR, der regionalen und zonalen Einflußgewinnung alter Kapitaleigner und Wirtschaftsführer und der Bizonen-Vereinigung hatten sich in den Jahren 1946/47 bedeutende wirtschaftliche Neuerungen vollzogen. Vor diesem Hintergrund kam selbst die gleichberechtigte Mitbestimmung gewerkschaftlicher Vertreter in den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft, soweit sie von der MR überhaupt ermöglicht wurde, mit erheblichen Verzögerungen in Gang¹⁵⁰⁾. Die in diesem Zusammenhang notwendig gewesene Entfaltung der gewerkschaftlichen Macht über die organisatorische Kraft und die traditionellen gewerkschaftlichen Kampfmittel¹⁵¹⁾ war infolge des späten zonalen Zusammenschlusses des Gewerkschaftsbundes schwer möglich. Allerdings ist hierfür nicht allein die retardierende Rolle der MR-Politik verantwortlich, sondern auch der feste Glaube vieler Gewerkschaftsfunktionäre in die gewerkschaftsfreundliche und wirtschaftsdemokratische Politik der britischen Besatzungsmacht. Es mangelte an der Einsicht in die Notwendigkeit massenpolitischer Aktionen gegen die Politik der MR.

"Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches sah es zunächst so aus, als ob eine neue Wirtschaftsdemokratie ohne harten Kampf zu verwirklichen sei ...", resümierte der Geschäftsbericht des DGB, Bezirk Nordrhein-Westfalen, von 1949 und gibt so die Einstellung vieler Gewerkschafter damals wieder¹⁵²⁾.

Erst auf dem Gründungskongreß des DGB (britische Zone) nahm eine Entschließung positiven Bezug auf die "Sozialisierung der Grundstoffindustrien" als eine alte Forderung der Gewerkschaften¹⁵³⁾ - zu einem Zeitpunkt, da die Politik der

Entflechtung der Großunternehmen bereits den Charakter eines "Schritts der Monopolisten zur Verhinderung der Sozialisierung" anzunehmen begann¹⁵⁴⁾.

Gleichwohl blieben die soziale Interessenvertretung der Gewerkschafter in den Betrieben und in der Wirtschaft, wenngleich den gesteckten politischen Rahmen nicht sprengend, und der Aufbau der neuen Gewerkschaftsorganisation auf bezirklicher und zonaler Ebene von den Mängeln der zonalen Gewerkschaftsarbeit weithin unbeschadet.

Neben der organisatorischen Zusammenfassung der Untergliederungen des späteren Gewerkschaftsbundes machte sich der zonale Aufbauprozeß an der Besetzung der Vorstände mit erfahrenen Funktionären fest sowie an der raschen Gewinnung neuer Mitglieder und der sich entwickelnden Schulungs- und Bildungsarbeit.

2. DIE GRÜNDUNG UND ENTWICKLUNG DER INDUSTRIEVERBÄNDE IN DUISBURG 1946/47

Im folgenden wird die Arbeit der großen Industrieverbände und des Ortsausschusses der Gewerkschaften in Duisburg in den Jahren 1946/47 dargelegt, ohne die Resultate der Aktivitäten in Politik und Wirtschaft gleich zu nennen.

Nachdem die MR Anfang Februar 1946 den Aufbau von 29 Industrieverbänden der Nordrhein-Provinz und deren Eintritt in die II. Aufbauphase genehmigt hatte, kamen am 27. Februar 1946 Vertreter dieser 29 Verbände zu einer Konferenz in Düsseldorf zusammen.

Im Anschluß an ein Referat Böcklers über den organisatorischen Aufbau der autonomen Industrieverbände stimmten die Delegierten dem Übergang von örtlichen Einheitsgewerkschaften zu bezirklichen Industriegewerkschaften zu, so daß nun z.B. fünf Metallgewerkschaften ihren Sitz in Düsseldorf, Duisburg, Krefeld, Köln und Solingen hatten¹⁵⁵⁾.

Andererseits wurde beschlossen, das bisher angesammelte Vermögen der örtlichen Einheitsgewerkschaften nicht auf die neuen Industrieverbände (JV) zu verteilen, sondern jeweils für gemeinsame Aufgaben zu verwenden. Dies weist darauf hin, daß die autonomen JV auf den Vorschlag von Befürwortern der zentralen Einheitsgewerkschaft entstanden sind, die zu diesem Zeitpunkt noch hofften, in absehbarer Zeit eine "Allgemeine Gewerkschaft" wie in Niedersachsen schaffen zu können¹⁵⁶⁾.

Entsprechend dem Drei-Phasen-Plan der MR waren nun alle JV verpflichtet, Funktionäre provisorisch zu wählen, eine Satzung durch die Mitglieder annehmen zu lassen und die gewerkschaftlichen Funktionen zu besetzen¹⁵⁷⁾.

Während in den Orten, wo noch keine Einheitsgewerkschaft bestanden hatte oder sich diese im Stadium der Vorbereitung befand, der Übergang zu autonomen JV weniger kompliziert verlief als auf bezirklicher und zentraler Ebene, stellte sich die Situation in Duisburg anders dar.

Trotz der fehlenden Genehmigung durch die MR verfügte man bereits über eine zentrale Beitragskassierung, über eigene Geschäftsräume und eine erfolgreiche Mitgliederwerbung der Einheitsgewerkschaft. Noch im März 1946 trat man vereint als "Deutsche Gewerkschaft der Arbeitnehmer"¹⁵⁸⁾ an die Öffentlichkeit.

Im Anschluß an die Konferenz in Düsseldorf vom 27. Februar 1946 versammelten sich die Mitglieder des Duisburger Aufbaukomitees und die Vertreter der gewerkschaftlichen Untergliederungen aus den einzelnen Branchen und einigten sich darauf, welche Betriebe welchem JV zugeordnet werden sollten¹⁵⁹⁾. Sodann verlief auch in Duisburg der Aufbauprozess auf zwei Ebenen.

Im Laufe der folgenden Monate, bis Mai 1947, gründeten sich 12 Einzelgewerkschaften* und im November 1947 die DAG**.

INDUSTRIEVERBAND METALL

Der Industrieverband Metall machte am 17. März 1946 den Anfang. Zu Beginn der Delegiertentagung, die sich aus 300 betrieblichen Vertretern zusammensetzte¹⁶⁰⁾, referierten die Kollegen Stock und Föcher als Beauftragte des Aufbaukomitees der Einheitsgewerkschaft und als zukünftige Funktionäre des JV Metall.

In seinen einführenden Worten wies Stock auf den außerordentlich hohen Organisationsgrad der Duisburger Metallarbeiter hin***, der mit 26.000 Mitgliedern 48 % der gesamten ge-

* JV Bau; JV Bergbau; JV Chemie, Papier, Keramik; Gew. für Gartenbau, Land und Forstwirtschaft; JV Graphisches Gewerbe; JV Holz; JV Metall; Gew. Musik, Bühne; JV Nahrung und Genuß; Gew. Öffentliche Dienste; JV Textil und Bekleidung; JV Leder

** Diese Zeitangabe ist entnommen dem Fragebogen des DGB-OA v. 1.7.1949, a.a.O.; sie stimmt nicht überein mit der Zeitangabe auf Seite 79 dieser Arbeit. Eine Klärung ließ sich nicht herbeiführen.

*** Der Organisationsgrad betrug, legt man die Beschäftigtenzahlen des Verwaltungsberichtes von Dezember 1946 zugrunde, etwa 48 %; vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Duisburg 1946/47; Tabelle 32



Willi Stock. Mitglied im 6köpfigen Leitungskomitee der am 26. Juli 1945 gegründeten Einheitsgewerkschaft Deutscher Arbeitnehmer Groß-Duisburg und erster Bevollmächtigter des IV bzw. der IG Metall vom März 1946 bis Februar 1949. Weitere Angaben zur Person Seite 23.

Abb. 15



Oskar Triebel. Er war einer der Initiatoren des Wiederaufbaus der Gewerkschaft in Duisburg und Mitglied des 6köpfigen Leitungskomitees der am 26. Juli 1945 gegründeten Einheitsgewerkschaft Deutscher Arbeitnehmer Groß-Duisburg. Weitere Angaben zur Person Seite 22.

werkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft Duisburgs ausmachte. Dies sei ein Organisationsgrad, "den die gesamte Arbeiterbewegung bis heute und auch bis 1933 noch nicht erreicht hatte".

In einem anschließenden Vortrag ging Föcher auf den Aufbau und die Aufgaben des neuen Industrieverbandes ein. Es sei trotz des Eingriffs der MR berechtigt, von einem "bedeutsamen Werk" des Aufbaus der einzelnen Industrieverbände zu sprechen, da "Wesen und Charakter der neuen Bewegung" nicht entscheidend verändert worden seien, und es nach wie vor um eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung gehe. Des weiteren sprach Föcher die große Bedeutung der deutschen Schwerindustrie an. Einmal sei sie "stets der Herd der stärksten Sozialreaktion bei größter Macht- und Kraftkonzentration gewesen ...", zum anderen liege aktuell das Produktionsvolumen infolge der alliierten Produktionsbeschränkungen, Demontagen und Kriegszerstörungen erheblich unter dem früherer Jahre, was wirtschaftliche und soziale Not nach sich ziehe. Wengleich Föcher in seinem Referat keine Konsequenzen aus dieser Bestandsaufnahme zog, taten dies in der weiteren Diskussion die Kollegen Stock und Geist. Beide forderten nicht nur ein Mitbestimmungsrecht, wie es die Gewerkschaften vor 1933 gefordert hatten, sondern "das volle Mitbestimmungsrecht über Produktion und überhaupt das gesamte Geschehen innerhalb der Betriebe". Daraufhin bezog Föcher sich positiv auf seine Vorredner und sagte, daß "wir die alte unsoziale Wirtschaft nicht mehr wollen ... (und) ... daß die Arbeitnehmerschaft in ihrer Gesamtheit stärkstens bestimmend und maßgeblich in die Führung der Wirtschaft eingeschaltet werden muß". Das folgende Referat des Kollegen Stock hatte zum Inhalt die aktuelle Ernährungslage und den vorläufigen Entwurf des neuen Betriebsräte-Gesetzes. Stock legte Rechenschaft ab über die Aktivitäten des Aufbaukomitees in der Ernährungsfrage und bezeichnete den Gesetzentwurf der MR für die Arbeit der Betriebsräte als unbefriedigend, da er hinter das Betriebsräte-Gesetz von 1920 zurückfalle. In diesem Sinne verabschiedeten die Delegierten zwei Ent-

schließungen, in denen sie die Erhöhung der Steuern für untere Lohngruppen ablehnten, eine verkürzte Arbeitszeit von 36 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich für den Fall, daß die Lebensmittelversorgung nicht verbessert wird, für unerlässlich hielten und eine "weitaus stärkere Erweiterung der Rechte und Anteilnahme der Arbeitnehmer an der verantwortlichen Leitung der Wirtschaft" bis zur "stärksten Einschaltung und Mitbestimmung der Arbeiterschaft in Vorständen und Werksleitung" forderten.

In der weiteren Diskussion verlangte der Kollege Meyer, daß "jeder Standesdünkel der Angestellten ... aufhören" müsse und sprach sich für "die willige Mitarbeit aller Angestellten am gemeinsamen Werk unserer Gewerkschaft" aus.

Resümierend sei festgestellt, daß wenige Tage zuvor auf der ersten gewerkschaftlichen Zonenkonferenz in Hannover die Fragen der Mitbestimmung und Leitung der Wirtschaft nicht die Bedeutung eingenommen hatten, wie es auf der Delegiertentagung des JV Metall der Fall war. Im übrigen charakterisierte fast alle Diskussionsbeiträge das Bekenntnis zur Einheit der Gewerkschaftsbewegung; viele sprachen sich auch für die Einheit der gesamten Arbeiterschaft, also auch ihrer politischen Parteien aus.

Zum Abschluß wählten die Delegierten den Kollegen Stock zum 1. und den Kollegen Föcher zum 2. Bevollmächtigten. In die Ortsverwaltung wurden gewählt 10 Vertreter aus den Stadtteilen rechts der Ruhr: Hamborn, Melderich, Ruhrort, Laar und Beeck und 11 Kollegen aus den Stadtteilen links der Ruhr; unter ihnen die Kollegen Radtke, Späth, Efficmann, Kombert, Scholz, Schmidt, Gräv und Schmitz¹⁶¹⁾.

Wenige Wochen später - im April 1946 - wurde in Duisburg in Anwesenheit Böcklers der Bezirk 1 des JV Metall Nordrhein gegründet und der Sozialdemokrat Herman Klewer* zum Bezirksleiter ge-

* Klewer kam aus Essen, dem späteren Sitz der IG Metall-Bezirksleitung

wählt, so daß nun der bezirkliche Aufbau begann. Im September 1946 kamen die Delegierten der 5 Metall-Bezirke zusammen und gründeten den Industrieverband Metall Nordrhein mit dem kommunistischen Kollegen Küll (Solingen) an der Spitze und den Vorsitzenden der übrigen Bezirke als weitere Vorstandsmitglieder. Verbandssitz wurde Mülheim/Ruhr¹⁶²⁾.

Im Februar 1947 fusionierten die Metallgewerkschaften von Nordrhein und Westfalen zu einem Landesverband, und 2 Wochen darauf fand der erste zonale Verbandstag in Peine statt*. Dort wurden die Sozialdemokraten Petersen und Freitag zu gleichberechtigten Vorsitzenden gewählt¹⁶³⁾.

Der rasche Zuwachs an Mitgliedern, wie er für die Duisburger Ortsverwaltung konstatiert wurde, setzte sich in der gesamten Besatzungszone durch. Die Mitgliederzahl stieg von 526.079 (31.5.1947) und 643.013 (Januar 1948) auf 706.920 (Dezember 1948), wobei im Ruhrgebiet etwa 18 % der Mitgliedschaft der britischen Zone organisiert war¹⁶⁴⁾.

Währenddessen nahm die Duisburger Ortsverwaltung ihre gewerkschaftlichen Aufgaben wahr, die neben dem Kampf gegen die alliierten Demontagepläne und neben der betrieblichen Interessenvertretung die Fragen des täglichen Lebens betrafen. In einem Schreiben der Geschäftsstelle Hamborn an die Duisburger Verkehrsgesellschaft vom 10.10.1946 beispielsweise wurde die Forderung vorgetragen, nach der erfolgten Auflösung der Sperrstunde (20.00 h), die Straßenbahnen mindestens bis 23.00 h fahren zu lassen und während der Hauptverkehrszeit von 17.00 - 19.00 h zusätzliche Sonderwagen einzusetzen. Dies sei im Interesse der "schaffenden Menschen ... (die) ... müde und abgespannt vor vollbesetzten Wagen stehen und zum größten Teil nicht mitkommen ... Die gesamte schaffende Bevölkerung hat einen Anspruch darauf, in dieser Frage besonders behandelt zu werden, da sie es doch ist, die aus den Trümmern ein neues Deutschland aufbauen, und daß für

* Dies war das Gründungsdatum der IG Metall für die britische Besatzungszone

Müßiggänger und Nichtstuer diesbezüglich kein Platz ist. Wir hoffen, daß ... für die Berufstätigen endlich einmal etwas Grundsätzliches gemacht wird¹⁶⁵⁾.

Zugleich begann der JV Metall am 1.10.1946 mit seiner Arbeit unter den Angestellten, indem er den Kollegen Manowski als hauptamtlichen Sekretär für die "besondere Wahrung der Angestellteninteressen" einsetzte¹⁶⁶⁾, und für die beiden Geschäftsstellenbereiche jeweils Fachgruppen der Angestellten ins Leben rief¹⁶⁷⁾. Außerdem wurden anlässlich der Betriebsrätewahlen 1947 Angestellten-Belegschaftsversammlungen in den Duisburger Großbetrieben durchgeführt, persönliche Kontakte aufgenommen und Angestellten-Betriebsrätetagen im Abstand von 4 - 6 Wochen veranstaltet. Zum Ende des Jahres 1947 konnte festgestellt werden, daß "die DAG in der Metallindustrie Duisburg und Hamborn bisher kaum in Erscheinung getreten ist, und wo sie es versuchte, keine Resonanz fand"¹⁶⁸⁾.

Die Organisierung der Angestellten im neuen Industrieverband geschah nach dem Prinzip "ein Betrieb - eine Gewerkschaft", so daß nicht mehr der Berufszweig, sondern der Betrieb bzw. der Industriezweig der Ausgangspunkt der neuen Organisationsform war.

Über die organisationspolitische Stabilisierung der Angestelltenarbeit hinaus erstreckte sich die Arbeit der Angestellten-Fachgruppen auf sämtliche Bereiche der gewerkschaftlichen Interessenvertretung, so z.B. auf das Kündigungsrecht von Angestellten¹⁶⁹⁾, auf die Beseitigung von Arbeitslosigkeit, die bei Angestellten Ende 1947 bis zu 26 % ausmachte, auf Fragen der Lohn- und Gehaltskontrollen und -forderungen und auf die Beseitigung der Hungersnot¹⁷⁰⁾.

Hinsichtlich der organisatorischen Stärke der IG Metall sei festgestellt, daß er auch in späteren Jahren die mitgliederstärkste Industriegewerkschaft des Duisburger Ortsausschusses des DGB blieb; im Dezember 1947 vereinigte er 32.249 (ca. 37 % der Gesamtmitgliedschaft) und im Dezember 1948 35.133 Mitglieder (42 % der Gesamtmitgliedschaft)¹⁷¹⁾.

INDUSTRIEVERBAND BERGBAU

Der Industrieverband Bergbau, die zweite große Industriergewerkschaft im Duisburger Raum, konstituierte sich im Mai 1946 auf einer Delegiertenkonferenz mit 25 betrieblichen Vertretern¹⁷²⁾.

Kurze Zeit darauf richtete er eine Geschäftsstelle in Hamborn ein, da sich die Duisburger Schachtanlagen bis auf die Zeche Neuenkamp im Norden der Stadt befanden. Geschäftsstellenleiter wurde der sozialdemokratische Kollege Heinrich Müßig und zu weiteren Sekretären wählte man die kommunistischen Kollegen Reitz (Jugendsekretär) und Lachnit (Rechtsschutzsekretär) sowie einen christlich-sozialen Kollegen als Jugendleiter¹⁷³⁾.

Die Bergbaugewerkschafter für den Bezirk Gelsenkirchen-Buer, Gladbeck, Bottrop und Recklinghausen hatten bereits im Februar 1946 eine Bezirksorganisation gegründet, der in den folgenden Wochen drei weitere folgten: Bochum, Dortmund und Essen/Oberhausen, zu der die Duisburg-Hamborner Geschäftsstelle zählte¹⁷⁴⁾. Infolgedessen bildete sich im März 1946 eine informelle Ruhrrevierleitung, die sich die Vorbereitung einer Generalversammlung zur Aufgabe stellte¹⁷⁵⁾. Diese fand im Dezember 1946 in Herne statt, wo der Industrieverband Bergbau für die britische Zone gegründet wurde. Von nun an verfügten die Bergbaugewerkschafter, einige Monate früher als die übrigen Industrieverbände, über eine legitimierte und aktionsfähige Leitung. Zum 1. Vorsitzenden wurde der Sozialdemokrat August Schmidt gewählt, der 13 Stimmen mehr erhielt als sein kommunistischer Kollege Willi Agatz, der 2. Vorsitzender wurde¹⁷⁶⁾.

Die Anzahl der Mitglieder für die britische Zone mit dem Schwerpunkt im Ruhrgebiet, wo etwa 80 % der Mitgliedschaft organisiert war, stieg von 319.063 (1.1.1947) auf 472.261 (31.12.1947) an¹⁷⁷⁾.

In Duisburg stellte der JV Bergbau die mitgliedermäßig zweitstärkste Einzelgewerkschaft dar. Ende 1947 und Ende 1948 hatte er zwischen 16.000 und 17.000 Bergarbeiter organisiert; das waren etwa 19 % der Gesamtmitgliedschaft des DGB, Orts-

ausschuß Duisburg¹⁷⁸⁾.

Da über die übrigen Schwerpunkte der Arbeit der Geschäftsstelle in Hamborn keine genauen Angaben vorliegen - ausgenommen die Kämpfe gegen Sonderschichten und Hunger und für die Sozialisierung des Ruhrkohlebergbaus¹⁷⁹⁾ -, muß der Geschäftsbericht der IG Bergbau (britische Zone) für das Jahr 1947 genügen. In ihm bietet sich ein Bild von der Breite der Gewerkschaftstätigkeit, das allgemeine Geltung besitzen dürfte und auf die Duisburger Schachtanlagen anwendbar ist; wobei zu beachten ist, daß sich die Zentren der Bergbaugewerkschaft in den Bezirken Bochum und Bottrop/Gelsenkirchen-Buer befanden.

Neben der sozial- und rechtspolitischen Interessenvertretung* durch einen in jeder örtlichen Geschäftsstelle eigens eingesetzten Sozialbeauftragten - Sekretär für Arbeit und Soziales - hatte der Industrieverband Vertreter in den Produktionskommissionen des Bergbaus, führte tarifliche Auseinandersetzungen, betrieb eine allgemeine Schulungsarbeit, sorgte sich um die Beschaffung von Nahrungsmitteln und arbeitete in den Kontrollausschüssen mit, wie es sie in einigen Städten, so auch in Duisburg, gab - zur Preisüberwachung und zur Verhinderung von Waren-Hortungen¹⁸⁰⁾.

Verfügte der JV Bergbau in diesen Fragen angesichts seiner organisatorischen Schlagkraft über weitreichende Möglichkeiten, so behinderten ihn die notwendige Konzentration auf die Fragen des alltäglichen Lebens ebenso wie die Schwierigkeiten bei der Einsetzung qualifizierter Funktionäre, von denen es auch im Bergbau zu wenige gab¹⁸¹⁾.

Diese Faktoren wirkten sich bei der Durchsetzung des Mitbestimmungsanspruches hemmend aus, obgleich gerade in der Bergarbeiterschaft die Losung "die Gruben in des Volkes Hand" stark verankert war und der JV Bergbau die Sozialisie-

* Renten- und Krankenversicherungsfragen, Rechtsschutz und Rechtsberatung etc.

rungsfrage in den Mittelpunkt seines Handelns rückte. Vergleichbar dem JV Metall verfügte der JV Bergbau über eine enge Anbindung an seine Betriebsobleute und Betriebsräte und so über eine gute Verankerung in den Betrieben.

GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHE DIENSTE, TRANSPORT UND VERKEHR

Neben der Metallarbeiter- und Bergarbeiterschaft galt ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad auch für die Transport- und Verkehrsarbeiterschaft. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr - die drittgrößte Gewerkschaft des Duisburger Ortsausschusses - verfügte vor allem in der städtischen Verwaltung, bei der Reichsbahn und im Duisburger Hafen über Einfluß. Sie erhöhte ihre Mitgliedschaft von 6.150 (31.3.1946) über 14.000 (Ende 1946) auf 15.409 (31.12.1948)¹⁸²⁾, so daß Ende 1948 ca. 18 % ÖTV-Mitglieder dem DGB, Ortsausschuß Duisburg, angehörten.

Genauere Angaben über den Zeitpunkt der örtlichen Konstituierung der ÖTV sind nicht zu finden. Während ein "Fragebogen zum Neuaufbau der Gewerkschaften ab Mai 1945" den Februar 1946 angibt¹⁸³⁾, erscheint dieser Termin unwahrscheinlich, da der Kollege Stock auf der Gründungsversammlung des JV Metall vom 17.3.1946 darauf verweist, diese sei die erste dieser Art in Duisburg¹⁸⁴⁾. Es ist anzunehmen, daß die Gründung der ÖTV im Laufe des Monats März, zu einem relativ frühen Zeitpunkt also, stattfand, da die erste Angabe über die Höhe ihrer Mitgliedschaft vom 31.3.1946 datiert ist¹⁸⁵⁾.

Die herausragende Persönlichkeit des Aufbauprozesses der ÖTV war das Mitglied des zentralen Aufbaukomitees, der 65-jährige Gustav Sander¹⁸⁶⁾. Neben seiner Tätigkeit als Mitglied der Stadtvertretung, des SPD-Ortsvereins Duisburg und der zentralen gewerkschaftlichen Leitung war er vor allem beteiligt an der Reorganisierung der Hafentarbeiter, die an ihre gewerkschaftlichen und kämpferischen Traditionen anknüpften.

Bereits Mitte März 1946 fand die erste gewerkschaftliche Vollversammlung aller Hafenerbetriebe statt, auf der Sander das einleitende Referat hielt.

"Die Hafenarbeiterschaft sei wieder zu 100 % organisiert und wird auch in Zukunft wieder die Elitetruppe in den Gewerkschaften bilden" zitiert das Rhein-Echo vom 23.3.1946 aus seiner Rede. Unter der Versammlungsleitung von Adam Dienst wurde eine EntschlieÙung einstimmig angenommen, die eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn forderte, die Hinzuziehung der Gewerkschaftsfunktionäre bei der "schärfsten Kontrolle der Lebensmittelerzeuger und Händler durch die Behörden" sowie die schnellste "Bereinigung der Wirtschaft ... von aktiven Nazielementen"¹⁸⁷⁾.

Nur wenige Tage darauf fanden in Duisburg und Hamborn jeweils Versammlungen der Straßenbahner statt, auf denen Sander ebenfalls über die aktuelle wirtschaftliche, politische und gewerkschaftliche Lage referierte und die Einheit der Arbeiterschaft als besondere und unter allen Umständen notwendige Aufgabe charakterisierte.

Dem stimmten die Anwesenden in einer EntschlieÙung zu, die folgende Passage enthält:

"Schon regen sich wieder allenthalben die faschistischen Volksverbrecher, die Reaktion, getarnt und offen auftretend, schickt sich erneut an, die wirtschaftliche und politische Macht an sich zu reiÙen, wehe wenn die Arbeiterklasse jetzt nicht den Weg zueinander findet und erneut im Bruderkampf ihre Kraft verschleißt ...".

In der anschließenden Diskussion einigten sich die Versammlungsteilnehmer einstimmig darauf, am 1. Mai die Verkehrsbetriebe stillzulegen und zu demonstrieren¹⁸⁸⁾.

Nachdem der Aufbau einer Organisationsstruktur der ÖTV in Duisburg bis Anfang August 1946 abgeschlossen war, der Kollege Föcher zwischenzeitlich das Amt des Geschäftsführers eingenommen hatte und Adam Dienst die Beitragskassierung organisierte¹⁸⁹⁾, zielte die Gewerkschaftsarbeit auf die Interessenvertretung der Mitglieder ab. Am 19.9.1946 fand die erste Generalversammlung der ÖTV statt, in deren Mittelpunkt die

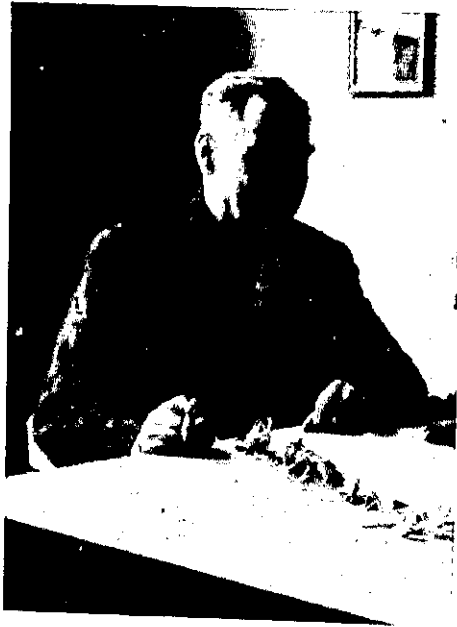


Mathias Föcher. Mitglied im 6köpfigen Leitungskomitee der am 26. Juli 1945 gegründeten Einheitsgewerkschaft Deutscher Arbeitnehmer Groß-Duisburg, 2. Bevollmächtigter des IV Metall Duisburg, Geschäftsführer der ÖTV Duisburg und stellv. Vorsitzender des DGB (Britische Zone) und des DGB. Weitere Angaben zur Person Seite 31.

Abb. 17



Gustav Sander. * 29.9.1881 † 29.11.1955. Er war der erfahrenste und bedeutendste Mann unter denen, die den gewerkschaftlichen Wiederaufbau in Duisburg in Angriff nahmen. Er leitete die Einheitsgewerkschaft Deutscher Arbeitnehmer Groß-Duisburg mit vom Aufbau bis zum Übergang in den Ortsausschuß des DGB. Mit der Gründung der ÖTV in Duisburg wurde er deren Vorsitzender. Weitere Angaben zur Person Seite 22.



Adam Dienst. *28.1.1891 †6.2.1963. Er war Kassierer in der provisorischen Leitung der Einheitsgewerkschaft Deutscher Arbeitnehmer Groß-Duisburgs. Nach Gründung der ÖTV Duisburg übernahm er dort die Aufgabe des Kassierers und Gewerkschaftssekretärs. Weitere Angaben zur Person Seite 30.

Abb. 19



Die Belegschaft der ÖTV Kreisverwaltung Duisburg mit der Ehefrau von Adam Dienst Else. Stehend von links: Hilde Staats verh. Fichtel, Henny Müller verh. Stewes, Marga Peters verh. Schröter, Frau Adam, Gustav Sander, Hugo Scheiermann, Else Dienst, Erna Grasshoff verh. Hellmann. Es fehlt: Willi Bruckmann.

Ernährungslage stand. Die Brot- und Nahrungsmittelrationen, so die Anwesenden, seien völlig unzureichend, z.T. würden nur 25 - 40 % des zustehenden Solis ausgeliefert, weshalb bei einer Kontrolle der ankommenden Lebensmittel darauf geachtet werden müsse, "daß unter allen Umständen die aufgerufenen und zugesicherten Lebensmittelrationen rechtzeitig an die Verbraucher gelangen". Zudem sei der Preisstopp im Vergleich zum Lohnstopp "längst ins Treiben geraten". Deshalb seien Preiskontrollen von der Produktion bis zur Verteilung der Waren erforderlich und hierbei die Gewerkschaften hinzuzuziehen, da die öffentlichen Behörden versagt hätten. Die zuständigen städtischen Kontrollkommissionen sollten mit harten Strafen gegenüber den Preistreibern arbeiten, angefangen mit der Entziehung von Fahrzeugen über die Einschränkung des Warenkontingents bis zur Handelsentziehung und Schließung eines Betriebes. Um diese Arbeit der Kontrollkommissionen zu gewährleisten, sei "die sofortige Entnazifizierung des gesamten Handels notwendig, da wir der Auffassung sind, daß von den dort noch tätigen zahlreichen ehemaligen Aktivisten das gesamte Gebiet der Lebensmittelversorgung sabotiert und durch dunkle Geschäfte wertvolle Lebensmittel der Bevölkerung entzogen werden"¹⁹⁰).

In diesem Zusammenhang erhob Sander im Namen der ÖTV im Dezember 1946 "Ansprüche auf Beförderung von uns nahestehenden Beamten", da sie bislang fast gänzlich unbeachtet geblieben seien¹⁹¹).

Der zügigen Entnazifizierung kam eine erhebliche Bedeutung zu, so daß die Ortsgruppen-Versammlung der in der ÖTV organisierten Reichsbahner vom 2.2.1947 die sofortige Entfernung aller Nazis aus den Leitungen der Reichsbahn forderte; noch etwa 60 % der Angestellten der Generaldirektion in Bielefeld seien ehemalige "PG's"¹⁹²).

Eine weitere Generalversammlung der ÖTV Ende Februar 1947 beschäftigte sich erneut mit der Ernährungskrise und mit der ausbleibenden Sozialisierung.

Die NRZ vom 1.3.1947 schrieb: "Sander nahm auch zur Frage der Handelskammern Stellung und vertrat dabei die Ansicht,

daß es an der Zeit sei, an Stelle der Handelskammern Wirtschaftskammern mit starkem gewerkschaftlichen Einschlag zu bilden".

Zudem "schilderte Adam Dienst noch die Einleitung einer Lohnbewegung für die Wasserbauarbeiter und eine abgeschlossene Lohnbewegung für die Schifffahrt".

Hinsichtlich der innerorganisatorischen Probleme wies Geschäftsführer Föcher auf das notwendige "Eigenleben" der Angestellten hin, und in einer Entschliebung sprach man sich gegen jeden parteipolitischen Einfluß auf Betriebsvertretungen und Organe des Verbandes sowie gegen jegliche Fraktionstätigkeit in der Gewerkschaft aus¹⁹³⁾.

Mit dem letztgenannten Beschluß reagierten die Delegierten offenbar auf die Gründung und Aktivität christlicher, sozialdemokratischer und kommunistischer Betriebsgruppen.

Deren gegenseitige Auseinandersetzungen, die diese zwar als betriebliche Zellen der jeweiligen Parteien führten, wirkten sich auf die gewerkschaftliche Arbeit aus und gefährdeten manches Mal das Prinzip der weltanschaulichen und parteipolitischen Neutralität der Einheitsgewerkschaft.

Sowenig das Agieren der politischen Betriebsgruppen an sich schon die Gewerkschaftseinheit in Frage stellte, so deutlich war sie verletzt, wenn z.B. der Bezirksleiter des DGB Nordrhein-Westfalen, Werner Hansen, ein persönlicher Mitarbeiter Hans Böcklers, in einem Schreiben an seinen sozialdemokratischen Genossen Jupp Kappius am 21. April 1947, wenige Tage vor dem DGB-Gründungskongreß (britische Zone), schrieb:

"Wir werden z.B. keinen Kommunisten in den Bundesvorstand hineinlassen, weil wir nicht wollen, daß die Unterlagen dieses Gremiums der Kommunistischen Partei und damit Moskau offenliegen"¹⁹⁴⁾.

Die organisatorische Stabilisierung der ÖTV wurde durch solche Konflikte nicht verhindert. Auf der Basis einer örtlichen Reorganisierung gründeten Vertreter aus den Städten Krefeld, Düsseldorf, Bonn und Duisburg im November 1946 den ÖTV-Bereich Nordrhein¹⁹⁵⁾.

INDUSTRIEVERBAND BAU

Anfang April schlossen sich die gewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter Duisburgs zum Industrieverband Bau zusammen, der zu diesem Zeitpunkt 600 Mitglieder umfaßte und in den folgenden Jahren auf 7.151 (31.12.1947) und 7.550 (31.12.1948) Mitglieder anstieg¹⁹⁶⁾, somit also nach den drei großen Einzelgewerkschaften die vierte Säule bildete gemeinsam mit der IG Chemie (2.348 Mitglieder, 31.12.1947) und der Gewerkschaft Nahrung und Genuß (4.642 Mitglieder, 31.12.1947)¹⁹⁷⁾.

Von Beginn an verfügte der JV Bau aus verkehrstechnischen Gründen über zwei Verwaltungsstellen: Duisburg-Stadtmitte und Hamborn. Diese waren allerdings im Vergleich zum JV Metall, wo die Hamborner Geschäftsstelle die Rolle einer Nebenstelle hatte, selbständig arbeitende Geschäftsstellen. Für den Bereich südlich der Ruhr wurde der Kommunist Arthur Bohrloch zum Geschäftsführer bestimmt und von den hauptamtlichen Mitarbeitern Ehberg (christlicher Gewerkschafter), Scheibe (Kommunist), Wahl und Kirchhoff (Sozialdemokraten) unterstützt¹⁹⁸⁾.

Im Norden nahm der kommunistische Gewerkschafter Franz Rohde das Amt des Geschäftsführers wahr. Zudem verfügte die Hamborner Geschäftsstelle über einen weiteren hauptamtlichen Sekretär (Kassierung und Innendienst) und sie hatte ihren Verwaltungsbezirk in 8 Zahlstellen und mehrere Fachgruppen (z.B. Wohnungswirtschaft, Straßenarbeiten) unterteilt. Diese kräftige Organisation vermittelte sich, wie in allen Industrieverbänden, über das Zusammengehen von christlichen, sozialdemokratischen und kommunistischen Gewerkschaftern¹⁹⁹⁾.

Die Stabilisierung der Duisburger Bauarbeitergewerkschaft setzte sich auf bezirklicher Ebene fort. Bereits im Juli 1946 konstituierten sich die örtlichen Verbände Duisburg, Krefeld, Düsseldorf, Solingen, Aachen und Köln zum JV Bau Nordrhein²⁰⁰⁾.

Die großen Zerstörungen an Gebäuden, insbesondere an Wohnraum, bestimmten die gewerkschaftspolitischen Aufgaben des

JV Bau. Neben Verhandlungen mit den Bauunternehmern über die Erhöhung der Löhne²⁰¹⁾ ging es den Gewerkschaftern um die Kontrolle des Bauwesens. Der Kollege Ernst Willersen berichtet:

"Von der Baugewerkschaft wurden damals Vorschläge gemacht, Baukontrolleure einzusetzen, der Kollege Ehberg war z.B. einer. Die sind von uns aus vorgeschlagen und von der Stadt anerkannt worden; die sollten die ordnungsgemäße Durchführung der Bauten überwachen und darauf achten, daß die Bauten nicht zweckentfremdet wurden ... Über das Schwarzbauen habe ich damals mit Hugo Paul (Wohnungsbauminister des Landes Nordrhein-Westfalen und Kommunist, d. Verf.) gesprochen, und da hat er mir gesagt: offiziell muß ich dagegen sein, aber inoffiziell habe ich längst die Waffen gestreckt. Wenn wir uns da einschalten, können wir nur das Bauen überhaupt verhindern ... wir können höchstens die schlimmsten Auswüchse beschränken, das ist das einzige"²⁰²⁾.

Infolgedessen blieb die Arbeit der gewerkschaftlichen Baukontrolleure weitgehend ergebnislos. Solange der Wiederaufbau von Wohnungen und anderen Gebäuden unter dem Einfluß der privaten Bauunternehmer und Baustoffproduzenten stand, waren den Eingriffen der städtischen Verwaltungen und der Provinzial- und Landesbehörden Grenzen gesetzt.

Angesichts dessen versuchte der JV Bau auf drei Ebenen wirksam zu werden.

Einmal strebte er die Benennung gewerkschaftlicher Vertreter zu gleichberechtigten Mitgliedern der städtischen Bau- und Wohnungsausschüsse an, um über diesen Weg Einfluß auf die Planungs- und Kontrolltätigkeit der Verwaltung zu gewinnen²⁰³⁾. Diesem Versuch wirkte OB Weitz mit der Argumentation entgegen, daß "die einzelnen Stände neben den Vertretern der politischen Parteien" nicht berücksichtigt werden könnten, da sich "die Stadtvertretung immer mehr zu einer politischen Bürgervertretung" entwickelte²⁰⁴⁾.

Bereits im November 1946 hatten sich Weitz' Vorstellungen so weit durchgesetzt, daß der mehrheitlich mit CDU-Abgeordneten besetzte städtische Hauptausschuß (einschließlich der christlichen Gewerkschafter Föcher und Kaes) gegen die Stim-

men der KPD- und SPD-Vertreter die Ergänzung der städtischen Fachausschüsse mit Gewerkschaftsvertretern ablehnte²⁰⁵⁾.

Zum zweiten befürwortete der JV Bau die sozialpolitische Zielsetzung der Gemeinnützigen Baugenossenschaft und zielte auf eine Zusammenarbeit mit ihr ab. In einer gemeinsamen Konferenz von Vertretern der Gewerkschaft, der Genossenschaft und der Stadtverwaltung sprach sich Arthur Bohrloch für eine Stärkung des Genossenschaftswesens im Wohnungsbau aus und verlangte das volle Mitbestimmungsrecht der Mieter bei allen Entscheidungen der Genossenschaft:

"Die augenblickliche Baustofflage, die der 'Privatinitiative' immer noch weiten Raum läßt, hat in den vergangenen Monaten zu starken Mißbräuchen geführt ... Es wird die erste Aufgabe der Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Baugenossenschaft sein, eine Kontrolle der Baustoffe durchzuführen, die bereits beim Hersteller beginnt und so das Abfließen in die bekannten dunklen Kanäle unmöglich macht". Gegen Ende der Sitzung einigten sich die anwesenden Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre, Ratsherren und Genossenschaftsvertreter auf die Bildung eines gemeinsamen Arbeitsausschusses, der die benannten Aufgaben in Angriff nehmen solle. Die provisorische Leitung übernahm Arthur Bohrloch²⁰⁶⁾.

Auf dem Hintergrund der beschriebenen Erfahrungen bezog der JV Bau - zum dritten - Position gegen die Politik der deutschen Verwaltungsstellen in Duisburg und auf Landes- und Zonenebene.

Eine Delegiertenkonferenz am 17. November 1946 in Duisburg-Wanheimerort protestierte gegen den angesprochenen Beschluß des städtischen Hauptausschusses und sie forderte den Rücktritt des Leiters des zentralen Ernährungsamtes der Besatzungszone, Schlange-Schöningen, dem eine entscheidende Verantwortung für die Ernährungskrise zugeschrieben wurde. Ebenso stimmten die Delegierten dem Kollegen Stenzel zu, der in seiner Funktion als Vorsitzender des Ortsausschusses der Ge-

schaften Duisburg-Hamborn meinte, "ein wesentlicher Faktor im Zusammenbruch der Wirtschaft unserer Zone ist das Fehlen des Mitbestimmungsrechtes der Belegschaften". Das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Belegschaften müsse sofort Tatsache werden²⁰⁷⁾.

DIE KLEINEN INDUSTRIEVERBÄNDE

Analog der Gründung der großen Industrieverbände in Duisburg vollzogen auch die mitgliederschwächeren Gewerkschaften ihre Konstituierung.

Bereits im September 1945 hatten sich ehemalige Funktionäre und Mitglieder des alten Buchdruckerverbandes zu einer ersten Versammlung getroffen. Auf ihr wurden provisorisch der Kollege Quast zum Vorsitzenden* und ein Kassierer, ein Schriftführer und zwei Beisitzer gewählt. Als Vertreter des Aufbaukomitees sprach Hans Andermahr über den Sinn des Anschlusses der Buchdrucker an die Einheitsorganisation und fand die Zustimmung der Anwesenden.

Anfang April 1946 konstituierten sich die Buchdrucker als Industrieverband Graphisches Gewerbe und wählten ihren ehemaligen Vorsitzenden Herrman Müsken, der zwischenzeitlich aus der Kriegsgefangenschaft zurück war, zum Vorsitzenden des Duisburger Ortsvereins.

Wenige Tage darauf, am 11.4.1946, fand der bezirkliche Zusammenschluß in Köln statt, und im März 1947 konstituierte sich die Industriegewerkschaft für die britische Zone und nannte sich IG Graphisches Gewerbe und Papierverarbeitung. In Duisburg erweiterte sich die Druckergewerkschaft von 423 Mitglieder (1.1.1947) auf 723 im Dezember 1948²⁰⁸⁾.

Die Gewerkschaft Handel und die Gewerkschaft Banken und Versicherungen, zunächst als autonome Einzelgewerkschaften gegründet, gingen infolge des Beschlusses des DGB-Gründungs-

* Quast war bis 1933 Bezirkskassierer

kongresses (britische Zone)* im Sommer 1947 als selbständige Berufsgruppen in die DAG über²⁰⁹⁾. Im Jahre 1948, nachdem die DAG aus dem DGB ausgeschieden war, gründete sich die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen neu und konnte bis Ende des Jahres bereits 222 ehemalige Mitglieder der DAG** organisieren²¹⁰⁾.

Im übrigen trugen der im Januar 1947 gebildete Angestelltenausschuß des Ortsausschusses der Gewerkschaften und die Angestelltenreferate der großen Industrieverbände dazu bei, daß die DAG in Duisburg eine unbedeutende Rolle spielte.

DIE ROLLE DES ORTSAUSSCHUSSES DER GEWERKSCHAFTEN

Da die kleineren Einzelgewerkschaften in den ersten Jahren nicht über eine eigene Geschäftsstelle verfügen konnten, übernahm der Ortsausschuß der Gewerkschaften ihre Betreuung, so im Jahre 1947 die der Verbände Graphisches Gewerbe und Papierverarbeitung; Textil, Bekleidung und Leder; Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft; Musik, Bühne, Film und Holz²¹¹⁾.

Darüber hinaus leistete der Ortsausschuß seit der ersten JV-Gründung im März 1946 Unterstützungsarbeit für die Einzelgewerkschaften und ihre Funktionäre und Betriebsräte. So fand am 6.4.1946 die erste Delegiertentagung der Duisburger Industrieverbände statt, die sich aus gewerkschaftlichen Vertretern der einzelnen Betriebe zusammensetzte. Neben der Behandlung wirtschaftlicher und politischer Fragen ging Gustav Sander in seinem einführenden Referat auf Probleme des Arbeitsrechts ein, im besonderen auf die Rechte der Betriebsräte. Des weiteren referierten Föcher, van der Meulen und Stock über tagespolitische und rechtliche Fragen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung wie die Steuergestaltung, die Lebensmittel- und Wohnungsbeschaffung und die Rol-

* Siehe Seite 60

** Im Dezember 1947 gehörten der DAG 751 Mitglieder an.

le der Sozialversicherung und der Arbeitsgerichte²¹²⁾.

Da diese Versammlung nur ein Beispiel von vielen war, kann zusammenfassend festgestellt werden, daß sich die alltägliche und sozialpolitische Interessenvertretung der Duisburger Arbeitnehmerschaft zwar im Laufe der Jahre 1946/47 auf die autonomen Industrieverbände verlagerte - basierend auf der Arbeit der Betriebsräte -, diese jedoch ihre Wirksamkeit wesentlich aus der organisatorischen Kraft der einheitlichen Dachorganisation bezogen.

Aufbauend auf einer zügigen Reorganisierung der Einheitsgewerkschaft im Jahre 1945 blieb die organisatorische Einheit des Duisburger Ortsausschusses der Gewerkschaften im Kern gewahrt, trotz des ab März 1946 auf zwei Ebenen verlaufenden Aufbauprozesses. Das Niveau der Vereinheitlichung der Arbeit der Industrieverbände war höher als in den bezirklichen und zonalen Zusammenschlüssen und Bündeln und in den meisten Städten des Ruhrgebietes und der Nordrheinprovinz. Dies sei anhand der Tätigkeit des Ortsausschusses im folgenden dargelegt.

3. DER ORTSAUSSCHUSS DER DUISBURGER GEWERKSCHAFTEN. 1946/1947

"Wir mußten uns, um überhaupt den Aufbau der Gewerkschaften durchführen zu können, dem Sieger fügen, denn wir hatten keine Revolution gewonnen, sondern einen Krieg verloren. Trotzdem ... wollen wir immer und immer darauf hinarbeiten, den im Jahre 1945 einheitlichen Gedanken der Arbeitnehmerschaft, in einer Gewerkschaft zu stehen, zu verwirklichen. Heute sind die Zeiten schwerer denn je. Das gesamte deutsche Volk, insbesondere die arbeitenden Massen, leiden unter Kälte, Hunger und Wohnungsnot. Es muß unser Bestreben sein, mit allen Mitteln, welche uns zur Verfügung stehen, diese elenden Zustände zu beseitigen. Wenn auch die Not jede Moral gefährdet, so müssen wir doch als aufrechte Demokraten immer bestrebt sein, andere Zustände zu schaffen, denn eines dürfen wir nicht vergessen, die früheren aktiven Nazis, und auch die Reaktion benutzen die heutige Notzeit dazu, um ihren verbrecherischen Ideen wieder Geltung zu verschaffen. Leider finden sie oft Gehör bei Leuten, welche Ursachen und Wirkungen nicht unterscheiden können. Immer müssen unsere Vertrauensleute auf die verbrecherische Vergangenheit der Nazis hinweisen und immer wieder betonen, daß auch das jetzige Elend nur eine Folge des verbrecherischen Nazi-Systems ist. Wenn jeder Funktionär und jeder Gewerkschaftskollege diese Aufgabe erfüllt, dann wird das große Kampfinstrument der Arbeitnehmerschaft, die Gewerkschaft, auch in der Lage sein, allen Hindernissen zum Trotz, die Befreiung der schaffenden Menschen vom kapitalistischen Joch durchzuführen"²¹³⁾.

Diese Gedanken von Gustav Sander vom Januar 1947 geben die Richtschnur der Arbeit des Ortsausschusses der Gewerkschaften für die Jahre 1946/47 an.

Im Anschluß an die nordrheinische Delegiertentagung vom Februar 1946 einigten sich das Duisburger Aufbaukomitee und die Vertreter der gewerkschaftlichen Industrie- und Wirt-

schaftsverbände auf eine relativ getrennt zu verlaufende Entwicklung des Aufbaus*.

Während die Industrieverbände in den folgenden Monaten erste Versammlungen abhielten, ging das im Juli 1945 auf der Gründungsversammlung der "Einheitsgewerkschaft Deutscher Arbeitnehmer Groß-Duisburg" gewählte Aufbaukomitee in den provisorischen Ortsausschuß der "Deutschen Gewerkschaften der Arbeitnehmer" über²¹⁴⁾.

Entsprechend der zitierten Überlegungen Sanders blieb so die Kontinuität der Einheitsorganisation weithin gewahrt und setzte sich mit der Arbeit des Ortsausschusses (OA) weiter um. Wie bereits erwähnt, konnte hierbei an den hohen Stabilisierungsgrad der Einheitsorganisation, geschaffen vom Mai 1945 bis zum Januar 1946, angeknüpft werden.

DER ORTSAUSSCHUSS WIRD GEGRÜNDET

Nachdem die Gründungsphase der meisten Industrieverbände bis zum Sommer 1946 abgeschlossen war, fand die 2. Delegiertentagung der Industrieverbände Groß-Duisburgs am 26.9.1946 statt. Während der 1. Konferenz vom 6.4.1946 noch die Aufgabe einer gewerkschaftspolitischen Orientierung durch die Mitglieder des ehemaligen Aufbaukomitees zugekommen war, wurde nun der Ortsausschuß der Gewerkschaften Groß-Duisburg konstituiert. Neben dem Vorstand, bestehend aus 12 Vertretern der einzelnen Gewerkschaften, wählten die Delegierten die Kollegen Stenzel und Kwitnewski zum 1. und 2. Vorsitzenden des OA**.

* Siehe Seite 55ff

** Beide waren Mitglied der SPD. Während Kwitnewski neben Brünen, Dienst, Tenhagen zum Organisationsausschuß der SPD gehörte und eine wichtige Rolle bei den Einheitsverhandlungen von SPD und KPD eingenommen hatte, arbeitete Stenzel von Beginn an stärker im gewerkschaftlichen Bereich und war über seine nebenamtliche Betätigung innerhalb des JV Bau, Geschäftsstelle Hamborn, zu seiner Funktion aufgestiegen. Soweit feststellbar, hatten beide vor 1933 keine führende politische und gewerkschaftliche Funktion inne und beschäftigten sich nicht im aktiven Widerstand ab 1933.

Im Zusammenhang mit ihrer Wahl fällt auf, daß sich die aktiven Gewerkschafter der ersten Nachkriegsmonate im Jahre 1946 mehr dem Aufbau der Industrieverbände widmeten und dort leitende Funktionen einnahmen.

Die Delegiertenkonferenz beschloß eine Aufteilung des OA in 7 Fachausschüsse:

- Der kommunalpolitische Ausschuß hatte sich hauptsächlich mit der gerechten Lebensmittelverteilung, der Baukontrolle sowie anderer kommunalpolitischer Aufgaben der Gewerkschaften zu beschäftigen;
- dem Arbeitsrechtsausschuß oblag die Weiterentwicklung des Arbeits-, Tarif- und Betriebsräte-Gesetzes;
- dem Sozialausschuß waren alle Fragen der Sozialversicherung und Wohlfahrtspflege zugeordnet, in enger Zusammenarbeit mit dem Reichsbund der Körperbehinderten;
- der wirtschaftspolitische Ausschuß sollte auf sämtliche Fragen der Einschaltung der Gewerkschaften in wirtschaftlichen Organisationen und Leitungen einwirken;
- der Kultur- und Schulungsausschuß übernahm entsprechende Aufgaben, u.a. Fragen der Jugendarbeit;
- zum Aufgabenbereich des Genossenschaftsausschusses sollten Probleme der Bau- und Siedlungsgenossenschaften, der Konsum- und Produktionsgenossenschaften sowie der Gemeinschaftsbetriebe der Körperbehinderten und Kriegsbeschädigten gehören, und
- der Verwaltungs- und Kassenausschuß sollte sich u.a. gewerkschaftlichen Organisationsfragen zuwenden.

Für die Arbeit dieser Ausschüsse stellten sich ebenso wie für die Industrieverbände "die bewährtesten und anerkanntesten Gewerkschaftsführer Duisburgs ... zur Verfügung".

Nachdem am Ende der Versammlung eine EntschlieÙung angenommen worden war, die sich für die "vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Angestellten" in einer Gewerkschaft aussprach, wurde bekanntgegeben, daß in nächster Zeit zwei Gewerkschaftssekretäre eingestellt werden, "damit der Ortsausschuß Duisburg seine Aufgaben als Zusammenschluß von 64.000 organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten" erfüllen könne²¹⁵⁾.

Am 1. November 1946 nahm die Geschäftsstelle des nunmehr gebildeten OA der Gewerkschaften ihre Tätigkeit auf. Sie hatte ihren Sitz in der Duisburger Stadtmitte, Am Burgplatz 3, - mit einer Nebenstelle in Hamborn -, und als erster Sekretär und Geschäftsführer wurde der Vorsitzende des Ortsvereins des JV Graphisches Gewerbe, Herrmann Müsken, eingestellt*. Am 1.12.1946 stellte der OA einen zweiten Sekretär ein, den Kollegen Friedrich Gibmeier, und im Laufe der Jahre 1947/48 drei weitere Fachsekretäre, die Kollegen Franz Ingendahl (1.1.1947), Georg Kanzen (15.2.1948) und Eugen Reis (1.4.1948)²¹⁶. Ihre Arbeit wurde Ende 1947 zusätzlich von drei Hilfskräften unterstützt²¹⁷.

Die ersten Aufgaben der Geschäftsstelle bestanden in der Stabilisierung der Gewerkschaftsorganisation. Diese vermittelte sich über die Betreuung kleinerer Einzelgewerkschaften durch Übernahme der Kassierung, Vorträge etc., über die Gründung eines Angestelltenausschusses am 2.1.1947, des 8. Arbeitsausschusses innerhalb des OA, und über die Forcierung der Bildungs- und Jugendarbeit²¹⁸.

* Herrmann Müsken, am 4.6.1899 in Duisburg-Meiderich geboren, erlernte von 1913 - 1917 das Handwerk des Buchdruckers, trat im April 1917 in den Verband deutscher Buchdrucker ein und war von 1924 - 1931 Vorsitzender des Hamborner Ortsvereins. 1931 löste er Christian Fette (späterer DGB-Bundesvorsitzender) in seiner Funktion als Bezirksvorsitzender des Verbandes ab und wurde zugleich Vorstandmitglied im Ortsausschuß des ADGB gemeinsam mit Willi Schmidt, späterer Jugendsekretär der IG Metall Duisburg. Am 2. Mai 1933 zählte er zu den Gewerkschaftlern, die von der SA gefangen genommen, im Gewerkschaftshaus mißhandelt und erst nach einigen Tagen wieder frei gelassen wurden. Im Zusammenhang mit dem organisierten Widerstand taucht sein Name nicht auf. Nach Kriegsende kehrte er im Februar 1946 aus der Kriegsgefangenschaft zurück und wurde sogleich erneuter Vorsitzender des Ortsvereins des JV Graphisches Gewerbe. Außerdem organisierte er sich wiederum in der SPD. Ab 1949 wurde er geschäftsführender Vorsitzender des DGB, Ortsausschuß Duisburg, und nahm diese Funktion bis 1964 wahr.

Vgl. WAZ, 7.6.1959; NRZ, 4.6.1969; General-Anzeiger, 21.3.1951; NRZ, 1.11.1956; Rheinische Post, 1.11.1956; Privatarchiv Müsken.

Abb. 20



Adalbert Stenzel. Vorsitzender des Ortsausschusses der Duisburger Gewerkschaften vom 10. Oktober 1946 - 20. April 1949. Er gab den Vorsitz ab, weil er die Abteilung Lohnpolitik beim DGB-Bundesvorstand übernommen hatte. Weitere Angaben zur Person Seite 82.

Abb. 21



Herrmann Müsken. Nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft ab Februar 1946 Vorsitzender der IG Graphisches Gewerbe und Papierverarbeitung wurde er mit der Einrichtung einer Geschäftsstelle am 1. November 1946 Sekretär des Ortsausschusses der Duisburger Gewerkschaften und nach dem Tod von Friedrich Gibmeier am 3. Januar 1948 Geschäftsführer und nach dem Rücktritt von Adalbert Stenzel am 20. April 1949 Vorsitzender des Ortsausschusses des DGB Duisburg. Weitere Angaben zur Person Seite 84



Franz Ingendahl. 1947 und 1948 Rechtssekretär des Ortsausschusses der Duisburger Gewerkschaften.

Abb. 23



Friedrich Gibmeier. Er war vom 1. Dezember 1946 bis zu seinem Tode am 3. Januar 1948 Geschäftsführer des Ortsausschusses der Duisburger Gewerkschaften und Mitglied des IV Metall.

DIE ARBEIT UNTER DEN ANGESTELLTEN

In einem Brief an den Bezirksleiter des DGB Nordrhein-Westfalen, Werner Hansen, kritisierte Herrmann Müsken im Auftrage des OA Duisburg und in Absprache mit den Ortsausschüssen Oberhausen, Mülheim, Essen, Moers und Dinslaken den Beschluß des DGB Gründungskongresses (britische Zone), die DAG in den DGB aufzunehmen. Da die DAG bis zum April 1947 in den betreffenden Städten eine unbedeutende Rolle gespielt habe, häuften sich "allenthalben die Mitteilungen, daß die Angestellten Beitragszahlungen verweigern und mit dem Austritt aus der Gewerkschaft drohen, sobald eine Überleitung in die DAG infrage kommen sollte". In einer dem Schreiben beigelegten "Denkschrift der Industriegewerkschaften Bergbau, Metall, Chemie, Bau und Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr zur Frage der Organisation der Angestellten" wird die Sorge geäußert, "daß die Zulassung einer Angestellten-gewerkschaft in der von der DAG gesuchten Form die Bestrebung nach Richtungs- und Berufsorganisationen weitgehend vorwärtstreiben wird und daß damit eine Entwicklung eingeleitet wird, die die Gesamtgewerkschaft auseinanderexerzieren wird". Da der Beschluß des Gründungskongresses vorläufig nicht zu revidieren war, forderten die Unterzeichnenden die Vorstände der Industriegewerkschaften und den Bundesvorstand des DGB auf, zumindest jede Abwerbung seitens der DAG zu unterbinden und möglichst rasch eine genaue Aufschlüsselung der Berufsgruppen, für die die DAG zuständig sein sollte, zu erstellen²¹⁹⁾.

Durch die Arbeit des Angestelltenausschusses des OA und der Angestelltenreferate der Industriegewerkschaften konnte die befürchtete Entwicklung jedoch abgewendet werden. Außerdem gelang der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen nach dem Austritt der DAG aus dem DGB im Jahre 1948 eine rasche Konsolidierung in Duisburg*.

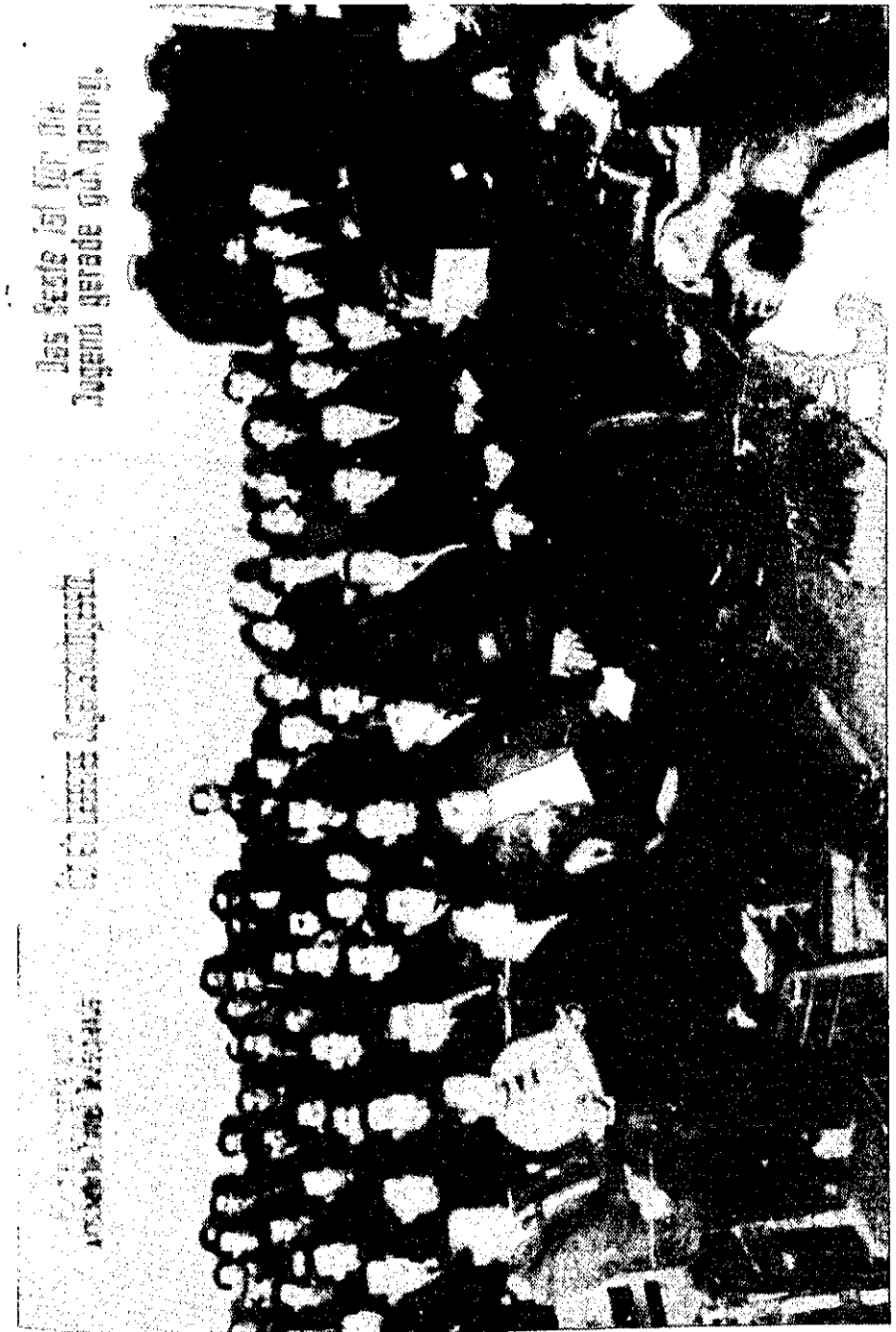
* Siehe Seite 79

JUGEND- UND KULTURARBEIT

Für die Jugendarbeit des OA waren bereits Voraussetzungen geschaffen worden. Mitte August 1946 hatte die erste Jugenddelegiertenkonferenz der Gewerkschaften in der Berufsschule Hamborn stattgefunden. An ihr nahmen 200 Delegierte aus den Betrieben und Industrieverbänden teil.

Gustav Sander leitete die Konferenz mit den Worten ein, daß die "Beseitigung ... der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" erst dann erreicht werden könne, wenn "die junge Generation zusammen mit den Alten in den Reihen der Gewerkschaften dafür kämpfen". Im Anschluß daran hielt der Jugendsekretär des JV Metall, Willi Schmidt*, das zentrale Referat. Er ging auf die Bedeutung der neuen Einheitsgewerkschaft ein und schlug diese Organisationsform auch für die Gewerkschaftsjugend vor. Mit ihr sei die Interessenvertretung der arbeitenden Jugend in Fragen der Ausbildung und der Lehrverträge, der Vermittlung von Arbeitsplätzen und der kulturellen Betreuung am besten gewährleistet. In einer einstimmig angenommenen EntschlieÙung forderten die Delegierten die "Todesstrafe für Großschieber, die sich an Nahrungsmitteln bereichern" und eine exekutive Gewalt für die Kontrollausschüsse zur Verteilung von Nahrungsmitteln. Ein aus 22 Vertretern gewähltes zentrales Jugendkartell sollte

* Willi Schmidt gehörte ab 1925 dem Buchdruckerverband an und hatte dort die Funktion eines Jugendleiters. Zugleich war er Mitglied der SAJ und der SPD. 1931 trat er zum KJVD und zur KPD über. Zugleich vertrat er gemeinsam mit Mücken den Buchdruckerverband im Ortsausschuß des ADGB. Ab 1933 leistete er aktiven Widerstand, wurde 1934 verhaftet, kam zunächst ins Zuchthaus Lüttringhausen, dann 1937 in das KZ Lichtenburg und später, als das KZ Buchenwald eröffnet wurde, dorthin. In diesem KZ war er inhaftiert bis zu dessen Selbstbefreiung, an der er beteiligt war. 1945 trat er wieder der KPD bei und wurde Parteisekretär. Vom 1.3.1946 bis zum Jahre 1954 war er Jugendsekretär der IG Metall Duisburg. Von 1954 bis 1958 war Schmidt Bezirkssekretär der IG Metall in Köln und von 1958 bis 1977 Sekretär beim Vorstand der IG Metall, Abteilung Betriebsräte. 1952 trat Schmidt der SPD bei.



Erste Delegiertenkonferenz der nordrheinischen Gewerkschaftsjugend am 27./28. Februar 1947 in Oberhausen. Im Podium Willi Schmidt, Jugendsekretär der IG Metall.

künftig die Anleitung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Jugend übernehmen²²⁰⁾. Hierbei wurde es unterstützt vom Ausschuß für Kultur- und Schulungsarbeit des OA der Gewerkschaften Groß-Duisburg.

Die Geschäftsstelle organisierte gemeinsam mit dem Kultur- und Schulungsausschuß Bildungsabende an der Volkshochschule, versuchte in allen Betrieben die Einsetzung eines Kulturwartes der Betriebsräte durchzusetzen und stellte Referenten für Vorträge in den Betrieben zur Verfügung²²¹⁾.

Da es auch in der Verantwortung der Geschäftsstelle lag, Bezugsscheine für die Berufskleidung, Fahrräder u.a. lebenswichtige Güter an die Kollegen der Industrieverbände zu verteilen, blieb für andere, gewerkschaftspolitische Fragen oft keine Zeit mehr²²²⁾.

Hier von war besonders die sozialpolitische und arbeitsrechtliche Interessenvertretung der Mitglieder betroffen. Sie unterschied sich zudem am augenfälligsten von der traditionellen gewerkschaftlichen Tätigkeit von vor 1933.

DER GERINGE EINFLUSS AUF DIE SOZIALPOLITIK UND DAS ARBEITSRECHT

Da die MR die oberste gesetzgebende Gewalt inne hatte, waren zunächst die Fragen der Entlohnung und der Arbeitszeitregelung dem Einfluß der Gewerkschaften und Betriebsräte weithin entzogen, ebenso die meisten Fragen der Sozialpolitik und des Arbeitsrechtes.

Zudem konnte die Arbeit der entsprechenden gewerkschaftlichen Abteilungen angesichts der allgemeinen Desorganisation der Wirtschaft erst im Laufe der Jahre 1947/48 wirksam werden, obgleich die britische MR bereits im Juli 1946 das Zentralamt für Arbeit für die gesamte Besatzungszone ins Leben gerufen hatte²²³⁾. An dieses Amt konnten sich die Gewerkschaften wenden in Fragen der Sozialversicherung, der Sozialrenten, der Schwerbehindertenzulagen, der Arbeitslosenversicherung, des Arbeits- und Kündigungsschutzes und des Tarif-

und Schlichtungswesens.

Nachdem im Jahre 1945 jede deutsche Gerichtsbarkeit geruht hatte - worunter besonders die Arbeiterschaft litt, da sie den zahlreichen fristlosen Kündigungen rechtlich nicht entgegengetreten konnte - und ab Ende 1945 die Amts- und Landgerichte für arbeitsrechtliche Angelegenheiten zuständig gewesen waren, ermöglichte das Kontrollratsgesetz 21 vom März 1946 die Einrichtung von Arbeitsgerichten, die hingegen erst im Laufe des Jahres 1947 ihre Tätigkeit aufnahmen²²⁴⁾.

Mit der Wiedererrichtung der örtlichen, Provinzial- und späteren Landes-Arbeitsämter, die für die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitsvermittlung zuständig waren, war es ähnlich²²⁵⁾.

Die Sozialversicherung konnte ebenfalls nur unter erheblichen Schwierigkeiten aufgebaut werden, so daß erst im Sommer 1947 in der Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung der vor 1933 bestehende Zustand wieder hergestellt war²²⁶⁾. Hinsichtlich der Wiedereinführung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, wie sie bis zu ihrer Beseitigung durch die Nazis bestanden hatte, konnten sich die Gewerkschaften nicht durchsetzen; den Beiräten der Versicherten wurde von der MR lediglich beratende Mitwirkung zugestanden²²⁷⁾.

Während die bislang angesprochenen Bereiche dem Einfluß der Gewerkschaften in den Jahren 1945 - 1947 weithin entzogen waren bzw. auf bezirklicher und zonaler Ebene angegangen werden mußten, war das Betriebsräte- und Schlichtungswesen in vielerlei Hinsicht von den Auseinandersetzungen zwischen Unternehmerschaft und Arbeitnehmerschaft bestimmt. Wenn gleich das Kontrollratsgesetz 22 vom April 1946, das sogenannte Betriebsräte-Gesetz, frühere Rechte vermissen ließ, schuf es die Möglichkeit des Aushandelns von Betriebsvereinbarungen zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat. Es bot somit Ansatzpunkte für gewerkschaftliche Forderungen und Kämpfe²²⁸⁾.

Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 35 vom 20.8.1946 übertrugen die Alliierten Siegermächte den deutschen Unternehmern und

Arbeitnehmern die "selbstverantwortliche Regelung ihrer strittigen Angelegenheiten"²²⁹⁾, zu einem Zeitpunkt jedoch, da die Lohnstopp- und Arbeitszeitverordnungen galten und Lohn- und Arbeitszeitfragen deshalb nicht unter diese "Selbstverantwortlichkeit" fielen.

Insgesamt konnte sich also die sozial- und arbeitsrechtliche Arbeit des OA neben dem Betriebsräte- und Schlichtungswesen zunächst nur auf die Vertretung seiner Mitglieder vor den Arbeitsgerichten, die paritätisch besetzt waren, und vor den Lehrschiedsgerichten der Handwerkskammer beziehen. Diese waren erheblichen zeitlichen und organisatorischen Schwierigkeiten ausgesetzt²³⁰⁾.

DER ORTSAUSSCHUSS STABILISIERT DIE EINHEITSGEWERKSCHAFT

Gleich nach ihrer Konstituierung hatte die Geschäftsstelle des OA Verbindung mit der Bezirksverwaltung der nordrhein-westfälischen Gewerkschaften und den Hauptvorständen der Industriegewerkschaften aufgenommen. Daß das Verständnis vom Aufbau der Gewerkschaft nicht lokalborniert war, zeigte sich auch an der Zusammenarbeit mit den Ortsausschüssen Oberhausen, Essen, Mülheim, Moers und Dinslaken. So war es für die Duisburger Gewerkschafter selbstverständlich, den Gründungskongreß des DGB (britische Zone) im April 1947 vorzubereiten.

Als Delegierte hatte der OA folgende Kollegen nominiert: Willy Benczek (Nahrung), Josef Cigan (Bergbau), August Mischke (Bergbau), Gustav Sander (ÖTV), Wilhelm Scheffer (Metall), Willi Schmidt (Metall), Friedrich Schön (Metall, Angestelltengruppe), Adalbert Stenzel (Bau), Willi Stock (Metall), Karl Walde (Metall)²³¹⁾.

Den Kollegen Mathias Föcher wählten die Delegierten des Gründungskongresses zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden des DGB (britische Zone)²³²⁾.

Im Zusammenhang mit der Fahrt der Duisburger Delegierten zum Gründungskongreß nach Bielefeld geschah folgende, nebensächlich anmutende Begebenheit. Da der Oberstadtdirektor Klimpel dem Vertreter der Duisburger Delegierten, Sander, die beantragten 60 Liter Benzin für die Fahrt verweigert hatte, legte dieser Protest ein und wies darauf hin, daß der "Großschieber Herr Kampmann im Monat März eine Zuweisung an Benzin von 1.140 Liter und 500 kg Diesel bekommen hat, während mir das Benzin zu weit wichtigeren Zwecken nicht genehmigt wird"²³³⁾. Erst daraufhin sah sich Klimpel gezwungen, den Antrag zu genehmigen²³⁴⁾. Dieser Einfluß der Duisburger Gewerkschaftsorganisation ging vor allem auf den rapiden Anstieg der Mitgliedschaft zurück. Sie betrug im November 1946 68.000, machte im Januar 1947 72.000 aus und stieg bis Dezember 1947 auf 86.319 Arbeitnehmer; dies kam einem ungefähren Organisationsgrad von 68 % gleich²³⁵⁾.

Gleichzeitig bestand in den Duisburger Gewerkschaften eine personelle Kontinuität in den Führungsorganen seit 1945, die bis 1948/49 andauerte. Auch war der Gedanke der Einheitsgewerkschaft fest verankert. Beides zeigte sich exemplarisch, als der OA im Mai 1947 eine Delegation schwedischer Gewerkschafter empfing und zu diesem Zweck eine Gruppe von "führenden Gewerkschaftsfunktionären" Duisburgs benannte. Ihr gehörten an: Gustav Sander (ÖTV, SPD), Willi Stock (JV Metall, KPD), Arthur Bohrloch (JV Bau, KPD), Adam Dienst (ÖTV, SPD), Willi Benczek (Gewerkschaft Nahrung und Genuß), Wilhelm Palm (JV Chemie), Paul Manowski (JV Metall, SPD), Hans Andermahr (ÖTV, CDU), Fritz Gibmeier (Sekretär des OA, SPD), Gerhard Scholz (JV Metall, KPD)²³⁶⁾.

Nicht zuletzt gehörte die gesellschaftspolitische Arbeit zum Selbstverständnis des OA, soweit dies der Hunger und der Zeitaufwand für die Beschaffung von Gütern und Nahrungsmitteln für die Mitglieder zuließen.

Im Mai 1947 führte der OA gemeinsam mit der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) eine antifaschistische Kund-

gebung zum Gedenken an die vier von der SA am 2. Mai 1933 ermordeten Gewerkschaftsfunktionäre durch. Von den Aktivitäten gegen die Demontage-Pläne der MR und für die Mitbestimmung und die Sozialisierung der Schlüsselindustrien wird noch die Rede sein.

DIE SOFORTPROGRAMME DER GEWERKSCHAFT

Bereits zwei Wochen nach der Konstituierung des OA der Gewerkschaften traten die Delegierten zu einer erneuten Konferenz am 10.10.1946 zusammen, beschäftigten sich mit den zentralen wirtschaftlichen und sozialen Problemen des grossen Teils der Duisburger Bevölkerung und verabschiedeten hierzu zwei Resolutionen.

Die erste forderte die "gerechte Verteilung der Lebensmittel, Bedarfsgüter und des Wohnraums", die zweite nahm Stellung gegen "die Betriebsstillegungen und Wirtschaftsbeschränkungen" in der Eisen- und Stahlindustrie durch die MR²³⁷⁾.

Hinsichtlich der Versorgungs- und Verteilungsprobleme forderten die Gewerkschafter die sofortige Installierung kommunaler Ausschüsse und Kontrollorgane, "in denen die Gewerkschaften als Vertreter der schaffenden Bevölkerung ausschlagendes Mitspracherecht haben", und kündigten bei Anhalten der skandalösen Zustände gewerkschaftliche Protestaktionen und Kundgebungen an.

In der zweiten EntschlieÙung appellierten sie an die deutsche und die Weltöffentlichkeit "uns Freiheit und Frieden, Arbeits- und Lebensmöglichkeiten zu geben, damit wir an uns selbst und an der Welt die Schäden wieder gutmachen, die ein verruchtes Verbrechersystem in unserem Namen angerichtet hat".

Beiden EntschlieÙungen kam in den Auseinandersetzungen der darauffolgenden Monate programmatische Bedeutung zu, da sie, die gewerkschaftlichen Vorstellungen zu den zentralen gesellschaftspolitischen Fragen ergänzend, Sofortforderungen enthielten, die zur Beseitigung der schlimmsten Folgen der Nachkriegsnot führen sollten. Im Laufe der ersten Hälfte des Jah-

res 1947 erarbeitete der OA angesichts der andauernden wirtschaftlichen und sozialen Not zwei weitere, diesmal weitergehende Programme. Mitte Mai verabschiedeten die Ortsausschüsse Duisburg, Oberhausen, Essen, Moers, Mülheim und Dinslaken, die insgesamt fast eine halbe Million Arbeitnehmer repräsentierten, ein "Sofortprogramm zur Reorganisierung der deutschen Wirtschaft und Verwaltung in der britischen Zone und amerikanisch besetzten Zone"²³⁸⁾, und die Delegiertenkonferenz des OA von Anfang August 1947 faÙte Beschlüsse zu den demokratischen Grundrechten in der neu zu schaffenden Landesverfassung der britischen Zone²³⁹⁾.

Zudem wies die Geschäftsstelle des OA in mehreren Schreiben, u.a. an Hansen²⁴⁰⁾ und Böckler²⁴¹⁾, auf die katastrophale Ernährungslage der Duisburger Arbeitnehmerschaft hin und forderte die Unterstützung im Kampf gegen Hunger und niedrige Löhne.

FÜR MEHR EINFLUSS IN DEN STÄDTISCHEN INSTITUTIONEN

Über die Verabschiedung von Resolutionen und gewerkschaftlichen Programmen hinaus, versuchte der OA, die Interessen und Forderungen der Duisburger Arbeitnehmerschaft über Verhandlungen mit dem OB und den städtischen Verwaltungsstellen durchzusetzen. Frühzeitig ging er daran, den gewerkschaftlichen Einfluß institutionell absichern zu wollen. So hatte der provisorische OA der Gewerkschaften im April 1946 den JV Bau in seinem Vorstoß unterstützt, jeweils zwei Gewerkschaftsvertreter als gleichberechtigte Mitglieder für den städtischen Bau- und Wohnungsausschuß anzuerkennen²⁴²⁾.

Zur gleichen Zeit, am 2. April 1946, benannten die "Deutschen Gewerkschaften" ihre Vertreter für den städtischen Entnazifizierungsausschuß und protestierten beim OB und bei der MR gegen "das Übergewicht der Rechtsparteien" in diesem Ausschuß²⁴³⁾.

Vor dem Hintergrund der beiden Resolutionen der Delegiertenkonferenz vom 10.10.1946 stellte der OA zudem einen Antrag an den städtischen Hauptausschuß auf die Ergänzung sämtlicher

Fachausschüsse mit Gewerkschaftsvertretern²⁴⁴⁾, da die Duisburger Gewerkschaftsorganisation die "berufene Vertretung der schaffenden Bevölkerung" darstelle²⁴⁵⁾ und deshalb neben den politischen Parteien-Vertretern in sämtlichen Ausschüssen repräsentiert sein müsse.

In der Forderung an den Oberstadtdirektor nach "sofortiger Einsetzung von Verbraucherausschüssen zur Kontrolle der Lebensmittelvorräte und der Lebensmittelverteilung in den Einzelhandelsgeschäften unter entscheidender Einschaltung der Gewerkschaftsvertreter"²⁴⁶⁾ berief der OA sich gleichfalls auf die erwähnte Delegiertenkonferenz und wies auf die bedeutende Stellung der Gewerkschaftsbewegung auch in dieser Frage hin.

Nachdem die CDU-Mehrheit im Stadtparlament und im Hauptauschuß sämtliche Versuche der institutionellen Einflußgewinnung in der Politik verhindert hatte, konzentrierte sich der OA zwangsläufig, neben der Arbeit vieler seiner Funktionäre in den politischen Parteien, auf die Umsetzung seiner Macht in Form von Protestbriefen, Anträgen und Verhandlungsangeboten an den OB und die städtischen Verwaltungsstellen.

FÜR EINE GERECHTE VERTEILUNG DER BEDARFSGÜTER, DES WOHNRAUMS UND DER NAHRUNGSMITTEL

In einem Brief an OB Weitz vom 1.3.1946 zu der Kürzung der Lebensmittelrationen knüpfte der provisorische OA an die kommunalpolitische Arbeit des Aufbaukomitees der Einheitsgewerkschaft im Jahre 1945 an. Der Brief brachte die Empörung "unzähliger Betriebsräte bzw. Betriebsobleute" über den "Abzug von Brot und Nahrungsmitteln" zum Ausdruck und forderte den OB auf, sich mit den Gewerkschaften in Verbindung zu setzen, um eine Lösung des Problems im Interesse der Arbeitnehmerschaft in Angriff zu nehmen²⁴⁷⁾.

Im Sinne zahlreicher Entschlüsse zur Ernährungskrise, die in den darauffolgenden Monaten von Gründungsversammlungen der Industrieverbände, Betriebsrätekonferenzen und Delegier-

tagungen des OA verabschiedet wurden, unternahm der OA am 20.11.1946, nachdem seine Mitarbeit in den Fachausschüssen abgelehnt worden war, einen Vorstoß zur Bekämpfung des Schwarzhandels. Er forderte Oberstadtdirektor Klimpel zu entsprechenden Maßnahmen auf, woraufhin dieser sich bei der MR für die Betätigung der Polizei bei der Bekämpfung des Schwarzmarktes einsetzte und die weitere Behandlung dieser gewerkschaftlichen Forderung zusicherte²⁴⁸⁾.

In der Frage der Verwendung der zusätzlich geförderten Kohle brachte der OA gleichfalls die Aktivität des Oberstadtdirektors in Gang. Klimpel stellte bei der MR den Antrag, die am Buß- und Bettag 1946 von den Bergarbeitern der Zeche Hamborn-Neumühl geförderte Kohle der Duisburger Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Nachdem die MR dies abgelehnt hatte, bat Klimpel den OA, sich auf zentraler Ebene für seinen Antrag einzusetzen²⁴⁹⁾.

Auch der gewerkschaftliche Antrag auf Einsetzung von Verbraucherausschüssen zur Kontrolle der Nahrungsmittel- und Bedarfsgüterverteilung unter Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern blieb nicht ohne Wirkung. Im Laufe der Industriebesprechung vom 27.1.1947, einer regelmäßig stattfindenden Zusammenkunft von Unternehmervertreter der Duisburger Großbetriebe August-Thyssen-Hütte, Demag, Niemag, Deutsche Eisenwerke etc., der Industrie- und Handelskammer und der Stadtverwaltung, mußte Oberstadtdirektor Klimpel folgendes feststellen: "Auf Anregung der Gewerkschaften sind vor kurzem 25 ehrenamtliche Mitglieder der Gewerkschaften eingesetzt worden, die die städtischen Kontrollorgane bei ihren Feststellungen begleiten. Es ist zu hoffen, daß durch diese Maßnahme das Mißtrauen gegen die Stadtverwaltung sich bessert"²⁵⁰⁾.

Während dieses Zitat von der hohen Autorität der Gewerkschaften in der Bevölkerung und infolgedessen gegenüber der Stadtverwaltung zeugt, weist der letzte Satz Klimpels allerdings darauf hin, daß für den OA kein Anlaß bestand, sich Illusionen über eventuelle arbeitnehmerfreundliche Absichten der politisch Verantwortlichen und der Unternehmerschaft zu machen. Ihr Interesse zielte auf den Abbau des

Mißtrauens der Arbeitnehmerschaft gegenüber ihrer Politik; von der Bekämpfung der sozialen Not war auf der Industriebe-sprechung nicht die Rede. Vielmehr galt die Sorge der Indu-striellen der Entnazifizierung. Sie müsse endlich dazu füh-ren, "daß die einmal Entnazifizierten nun auch wieder als vollgültige Menschen betrachtet und eingesetzt werden kön-nen"²⁵¹⁾, womit sie offenbar sich selbst und viele ihrer ehemaligen Mitarbeiter aus den Leitungsgremien der deut-schen Schwerindustrie meinten. Außerdem formulierten sie den Wunsch, daß "... den Unternehmern ... die Anerkennung da-für nicht versagt bleiben (sollte), daß sie in dieser Lage den Mut nicht verlieren, sondern immer wieder auf Mittel und Wege sinnen, um ihren Betrieben das Durchhalten zu er-möglichen ..." ²⁵²⁾.

Ein solches Betriebsführer-Denken warf ein bezeichnendes Licht auf den Erfahrungshorizont dieser Unternehmer und es war das Resultat einer bereits wieder wirkenden 'Logik des Kapitals'. So hatte das Handeln der Großindustriellen und auch der städtischen Verwaltungsspitzen schon früh negative Folgen für die soziale Situation der Arbeitnehmerschaft, wengleich die zentrale politische und wirtschaftliche Macht noch in der Hand der MR lag.

Aus diesem Anlaß kam es Mitte April 1947, wenige Wochen nach den Streiks und Aktionen gegen Hunger und für Sozialisierung, in einer Sitzung des OA zu "temperamentvollen Auseinandersetzungen". In Anwesenheit von Oberstadtdirektor Klimpel und Ernährungsdezernent Tenhagen erklärte der OA-Vorsitzende Adalbert Stenzel, daß die ehrenamtliche Mitarbeit der Gewerk-schafter in den Ausschüssen zur Kontrolle der Lebensmittel-Verteilung und die Ergebnisse der Kontrollgänge während ei-ner kürzlich stattgefundenen Ratssitzung beschönigend und daher falsch wiedergegeben worden seien. Die Berichterstat-ter erklärten übereinstimmend, daß die Arbeit der Ausschüsse völlig unbefriedigend verlaufe und ihnen als gewerkschaft-liche Vertreter oftmals Beschränkungen ihrer Kontrolltätig-keit durch die städtischen Beamten auferlegt würden. Zudem würde der Einzelhandelsverband die Arbeit sabotieren, indem er seine Mitglieder vor Kontrollen warne. Diese stellten ih-

re Waagen zu ihren Gunsten ein und verkauften die besonders benötigten und hochwertigen Nahrungsmittel "unter der Theke". Gegen solche und ähnliche Fälle gingen die deut-schen Verwaltungsstellen zu zaghaft vor.

Kollege Stenzel "wandte sich scharf gegen den Vorwurf der Unzuverlässigkeit, der den Gewerkschaften (vom Beigeordne-ten Tenhagen, d. Verf.) gemacht worden sei". In der weite-ren Diskussion versuchte Klimpel die Mitglieder des OA zu besänftigen, indem er meinte, einzelne Vorfälle seien nicht zu verallgemeinern. Auf seine ihm übliche Art versprach er die Lösung der angesprochenen Probleme, ohne auf die Forde-rung der Anwesenden nach Ausbau der Kontrollbefugnisse der gewerkschaftlichen Vertreter - durch Aushändigung eines Kontrollausweises - einzugehen ²⁵³⁾.

Der OA der Gewerkschaften war sich allerdings darüber im klaren, daß die gleichmäßige Verteilung von Nahrungsmitteln und Bedarfsgütern letztlich nur planmäßig auf zentraler Ebene zu lösen war; im übrigen war die Forderung der Gewerk-schaften bekannt, die Zonengrenzen aufzuheben und die Bildung einer deutschen Zentralregierung zuzulassen. In einem Brief an Böckler stellte der OA fest, daß "ganze Gebiete der Zone da sind, bei denen ein Warenüberschuß besteht, weil keine Bezugsscheine da sind, während in anderen Gebieten Bezugs-scheine, die nach der allgemeinen Verfügung ausgegeben wer-den, mangels Ware nicht beliefert werden können" ²⁵⁴⁾. Des-halb sah sich der OA veranlaßt, am 30. Mai 1947 der MR sei-nen Protest und entsprechende Forderungen zu übermitteln ²⁵⁵⁾ und zugleich den Kollegen Böckler darauf hinzuweisen, daß der Bundesvorstand des DGB sich einschalten müsse ²⁵⁶⁾: Wenn es nicht umgehend zu Kontroll- und Planungsmaßnahmen seitens der MR und der deutschen Verwaltungsstellen komme - vor al-lem hinsichtlich des katastrophalen Bekleidungsstandes der Arbeiterschaft -, könne es "hier im Ruhrgebiet in kurzer Zeit zu Revolten und zu Aktionen gegen die Textilgeschäfte kommen" ²⁵⁷⁾.

Der Kampf des OA gegen die Wohnungsnot und für die gerechte Verteilung des vorhandenen Wohnraums war, wie bereits dargelegt²⁵⁸⁾ mit ähnlichen Bedingungen konfrontiert. Obgleich es dem provisorischen OA in Zusammenarbeit mit dem JV Bau im April 1946 gelang, daß ein Arbeitsausschuß zur Prüfung und Begutachtung der Bauanträge berufen wurde, dem neben den Vertretern der sozialistischen und bürgerlichen Parteien auch gewerkschaftliche Funktionäre angehörten²⁵⁹⁾, behinderte die Profitwirtschaft der privaten Baustoffproduzenten und Bauunternehmer die Arbeit erheblich.

In einer Sitzung des vom OA gebildeten Arbeitsausschusses für das Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaftswesen unterstützte dieser deshalb die vom JV Bau angestrebte Zusammenarbeit mit der Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft und der Wohnungs-AG, da nur über die Stärkung dieser Genossenschaften eine gerechte Verteilung von Wohnraum und eine demokratische Mitwirkung der Mieter an allen Entscheidungen möglich schien²⁶⁰⁾.

FÜR DIE ENTNAZIFIZIERUNG

In der Frage der Entnazifizierung arbeitete der OA auf zwei Ebenen.

Zum einen gehörten Gewerkschaftsvertreter dem städtischen Entnazifizierungsausschuß an, der die Arbeit der einzelnen Entnazifizierungs-Kommissionen für die Bereiche Verwaltung, Industrie, Handel etc. anleitete und kontrollierte²⁶¹⁾. Gegen Ende des Jahres 1946 sah sich der OA angesichts des ungerechten Verlaufs der Entnazifizierung und des geringen Einflusses des Ausschusses gezwungen, erneut die gründliche Entnazifizierung in den Verwaltungen und Aufsichtsräten der Großbetriebe zu fordern²⁶²⁾.

Zum anderen leistete der OA Unterstützungsarbeit für die antifaschistische Tätigkeit der Betriebsräte und Betriebsobleute. An diese versandte Gustav Sander, infolge eines Beschlusses der Duisburger "Vertrauensleute"-Konferenz vom 6.4.1946, eine Zusammenstellung von Fakten und Daten über

die Folgen der Schreckensherrschaft der Nazis. Dieser Schritt erschien ihm notwendig, da "noch sehr viele Unklarheiten über die wahnsinnige Kriegsführung der Nazis" herrschten. Hinzugefügt waren Fakten, die bewiesen, daß sich mit den Kriegsaufträgen der Nazis die "Wertanlagen und Privatbesitze der herrschenden Klassen" außerordentlich vergrößerten, z.B. bei Krupp, Flick, Kirdorf, Stinnes, Hugenberg und Siemens.

Dieses Material, so Sander, müsse jeder Betriebsrat unbedingt haben, "um Nazieinflüssen begegnen zu können"²⁶³⁾.

Hinsichtlich der Arbeit des OA der Gewerkschaften im politischen Raum kann zusammenfassend festgestellt werden, daß der wesentliche Einfluß auf die Stellenbesetzungen und die Maßnahmen der städtischen Verwaltungsstellen versperrt blieb. Am Ende des Jahres 1946 verschlechterten sich zusehens die Durchsetzungsbedingungen für einen personellen Einfluß in der Kommunalpolitik. Unter den Arbeitern gab es indessen nach wie vor eine große Sympathie für grundlegende Veränderungen der alten sozialen Verhältnisse. In den Betrieben wuchs die Empörung über die gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen in Wirtschaft und Politik. Dem mußten die politisch Verantwortlichen Rechnung tragen, so daß die reale Macht der Gewerkschaften dennoch, obgleich nicht institutionell verankert, in den Auseinandersetzungen im Stadtparlament und in den Ausschüssen wirkte. Der zunehmende Einfluß bürgerlicher Kreise auf die Kommunalpolitik konnte dadurch allerdings nicht verhindert werden. Insofern überrascht es nicht, wenn eine Betriebsrätekonferenz vom 16.12.1947 den OA beauftragte, den OB und die Verwaltungsstellen erneut zu einer besseren Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften aufzufordern: angesichts der unveränderten wirtschaftlichen und sozialen Not der Arbeitnehmerschaft seien die Gewerkschaften, neben ihrer Hinzuziehung zu entsprechenden Sitzungen der Fachausschüsse, vor allem im Rahmen des städtischen Wirtschaftsamt gleichberechtigt zu beteiligen, gleichfalls in Bezug auf die Baulenkung, die Einrichtung von Volksküchen und die Organisierung der Schulspeisung²⁶⁴⁾.

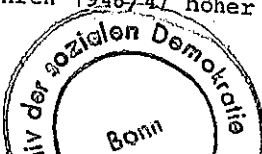
IV. DER KAMPF DER DUISBURGER GEWERKSCHAFTEN FÜR MITBESTIMMUNG UND SOZIALISIERUNG

1. ENTFLECHTUNG UND MITBESTIMMUNG STATT SOZIALISIERUNG

"Eine der ersten wirtschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften nach 1945 war die nach Sozialisierung der Grundstoffindustrien der Kohle, des Eisens und der Großchemie. Sie stellte damit ein Verlangen, das schon nach dem ersten Weltkrieg im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Diskussion gestanden hatte" ²⁶⁵⁾.

Die Sozialisierungs-Forderung ging von der Erkenntnis aus, daß die ausbleibende Demokratisierung der Wirtschaft im Jahr 1919 dem deutschen Großkapital zur wirtschaftlichen und politischen Macht verholfen und schließlich die Machtergreifung der Nazis begünstigt hatte ²⁶⁶⁾.

Da die geballte ökonomische Macht nun unter alliierter Kontrolle gestellt war, bot sich die Eigentumsregelung als unentschiedene Frage dar. Infolgedessen stand die "wirtschaftliche und politische Neuordnung" an der Spitze des gewerkschaftlichen Forderungskatalogs. Während die Forderungen nach Sozialisierung der Schlüsselindustrien und nach zentraler volkswirtschaftlicher Planung das Fundament abgaben, waren die Forderungen nach betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung die notwendige Ergänzung. Jedoch gewannen die Mitbestimmungsforderungen angesichts der sich hinauszögernden Lösung der Eigentumsfrage den Charakter von gewerkschaftlichen Mindestforderungen, die die Voraussetzung für eine künftige Wirtschaftsdemokratie schaffen sollten. Vor diesem Hintergrund waren die 1946 einsetzenden Verhandlungen zwischen MR, Unternehmern und Gewerkschaften über die Eigentumsform der Werke der Grundstoffindustrien stets mit der Mitbestimmungsproblematik gekoppelt. Zugleich machten sich an dieser Frage die ersten Zugeständnisse der Repräsentanten des privaten Kapitals fest, so daß die Durchsetzungschancen in der Mitbestimmungsfrage in den Jahren 1946/47 höher lagen als hinsichtlich der Vergesell-



schaffungsforderung.

Im Anschluß an die Verhandlungen zwischen MR, Unternehmervertretern und Gewerkschaften in der Eisen- und Stahlindustrie, die sich über das gesamte Jahr 1946 erstreckten, erließ die MR im Februar 1947 die Verordnung Nr. 78, das sogenannte De-kartellisierungsgesetz ²⁶⁷⁾. Es sah eine Dezentralisierung, die sogenannte Entflechtung von Kartellen, Syndikaten und Trusts und die Einführung der paritätischen Mitbestimmung in den entflochtenen Werken vor, sparte jedoch die Eigentumsregelung dieser Werke aus. Die Folge der Verordnung war, daß am 1.3.1947 die ersten 4 Hüttenwerke aus ihren Konzernverbänden herausgelöst wurden - bis zum 1.4.1948 folgten weitere 21 Werke. Diese gründeten sich als selbständige Aktiengesellschaften neu, und der Aufsichtsrat bestand aus 5 Unternehmervertretern, 5 Arbeitnehmervertretern und 1 Vertreter der Treuhandverwaltung.

"Die fünf Vertreter der Arbeitnehmer setzten sich zusammen aus zwei Mitgliedern des Betriebsrats, und zwar je einem Arbeiter und einem Angestellten, zwei Mitgliedern der Gewerkschaften, und zwar je einem Vertreter der IG Metall und des DGB, sowie einem Vertreter der öffentlichen Hand, der von den Gewerkschaften vorgeschlagen wurde" ²⁶⁸⁾.

Der Aufsichtsrat hatte den Vorstand zu wählen, dem neben dem technischen und dem kaufmännischen Direktor der Arbeitsdirektor angehörte ²⁶⁹⁾.

In den vier Duisburger Werken waren folgende Kollegen Arbeitsdirektor:

- Eisenwerke Mülheim-Meiderich AG, Peter Schmidt
- Hüttenwerk Huckingen AG, Hugo Ginkel

- Hüttenwerk Ruhrort-Meiderich AG, Konrad Skrentny
- Stahl- und Walzwerke Großenbaum AG, Robert Stahl *

Sowenig diese ersten Schritte zum Ausbau des gewerkschaftlichen Einflusses in der Wirtschaft das kapitalistische Eigentum in Frage stellten, so trügerisch wäre es allerdings anzunehmen, diese hätten den Charakter von selbstverständlichen politischen Geschenken der britischen MR gehabt.

Die ausbleibende Einführung der paritätischen Mitbestimmung in den übrigen Unternehmen der Grundstoffindustrien - so war z.B. die Einrichtung eines "Arbeitsdirektors" auch für den Bergbau von gewerkschaftlicher Seite ins Gespräch gebracht worden²⁷⁰⁾ - zeigt vielmehr, daß es der Besatzungsmacht mit diesem Schritt mehr um die Verhinderung von "Arbeitsunruhen in der Industrie"²⁷¹⁾ und die Wiederherstellung eines unge störten Produktionsablaufs in der Schwerindustrie ging, als um eine Demokratisierung.

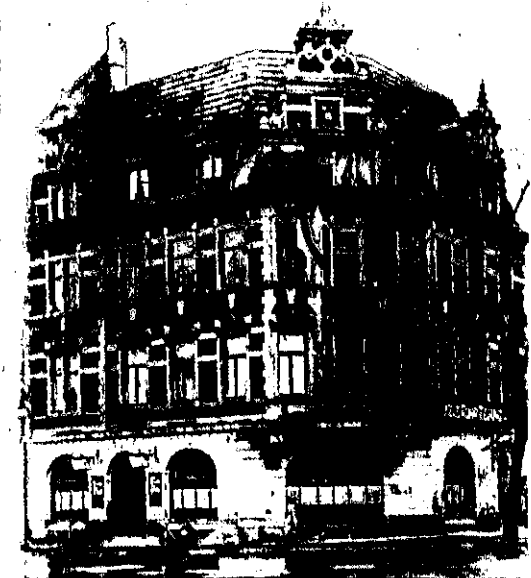
Die folgende Passage aus dem Bericht des NGISC-Leiters Harris-Burland vom 11.7.1947 erhellt das Hauptmotiv der MR: "In den einzelnen Stahlwerken drängten die Betriebsräte, die im allgemeinen linker orientiert und weniger verantwortungsbewußt als die Gewerkschaften waren, das Management der Konzerneigentümer zu weitreichenden Zugeständnissen, von denen viele anarchistischer und unpraktikabler Natur waren"²⁷²⁾.

* Vgl. GBZ, S. 109/110; Während über den Kollegen Peter Schmidt keine Angaben aufzufinden sind - vermutlich gehörte er dem Mülheimer OA an -, spielten die übrigen 3 Kollegen im Zusammenhang mit der Duisburger bzw. überörtlichen Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle. Robert Stahl zählte zu den führenden Funktionären des SPD-Ortsvereins, gehörte ab Oktober 1946 dem Stadtrat an und war zugleich Bürgermeister. Hugo Ginkel gehörte als Mitglied der KPD dem Stadtrat an und wurde für kurze Zeit zum Bürgermeister ernannt. Konrad Skrentny, Mitglied der KPD, gehörte bereits dem "Siebener Ausschuss" an, später den Zonenausschüssen und ab April 1947 dem DGB-Bundesvorstand als ehrenamtliches Mitglied. (Vgl. GBZ, S. 46 ff.)

Vor dem Hintergrund der zahlreichen Entschließungen gewerkschaftlicher Gliederungen und Betriebsrätekonferenzen zur Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und wegen des zentralen Stellenwerts, den diese Forderung in den Frühjahrsaktionen 1947 im Ruhrgebiet eingenommen hatte, erschien der MR die Einführung der paritätischen Mitbestimmung in den entflochtenen Werken ratsam²⁷³⁾, um Schlimmeres zu verhüten.

Die Regelung der Eigentumsfrage im Sinne der Gewerkschaften rückte damit und mit dem Anwachsen des US-Einflusses in weitere Ferne. So konnte die Gewerkschaftsbewegung der britischen Zone die paritätische Mitbestimmung in den entflochtenen Werken der Eisen- und Stahlindustrie lediglich als Teilerfolg buchen, dem in den Jahren 1948/49 keine weiteren dieses Ausmaßes folgten. Im Gegenteil, selbst das erreichte Mitbestimmungsrecht war nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland massiven Angriffen der Regierung ausgesetzt und seine gesetzliche Verankerung erfolgte erst nach den gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen der Jahre 1950/51²⁷⁴⁾.

Abb. 25

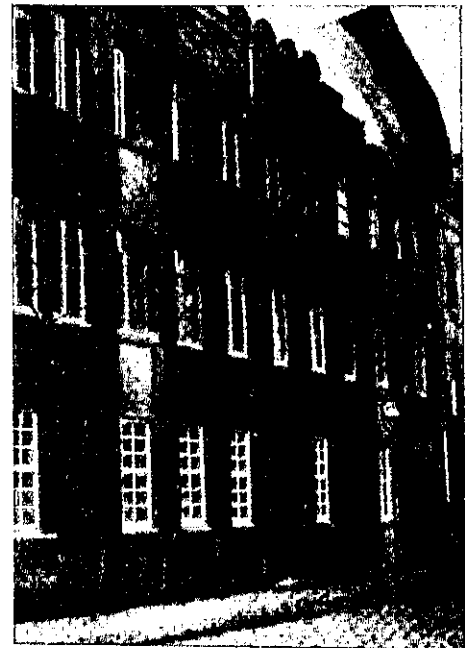


Gewerkschaftshaus Burgplatz 3. Hier war vom 1. November 1946 bis zum 28. April 1953 der Sitz der Geschäftsstelle des Ortsausschusses der Duisburger Gewerkschaften bzw. des DGB.



Gewerkschaftshaus Düsseldorf, Straße 98. Bis zum 28. April 1953 hatten IG Metall, ÖTV, HBV, IG Bau, NCG, IG Chemie hier ihre Duisburger Geschäftsstellen.

Abb. 27



Gewerkschaftshaus Mittelstraße 21 in Hamm. Hier waren Geschäftsstellen der IG Bergbau, IG Metall, IG Bau und ÖTV.

2. DIE PROGRAMME DER DUISBURGER GEWERKSCHAFTEN ZUR NEUORDNUNG

PROGRAMME IN DEN JAHREN 1945/46

Die Duisburger Gewerkschaftsorganisation begann, im Vergleich zu vielen anderen örtlichen und betrieblichen Initiativen im Ruhrgebiet, relativ frühzeitig mit der Entwicklung und Propagierung ihrer wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen. Wie bereits ausgeführt, war ihr dies auf der Gründungsversammlung im Juli 1945 nur bedingt und im Sinne einer Veröffentlichung gewerkschaftlicher Programme im Jahre 1945 noch gar nicht möglich gewesen; abgesehen von der Beteiligung an Beschlüssen von Betriebsräte-Konferenzen, beispielsweise der Bergbau-Betriebsrätekonferenz im November 1945*.

Insofern sahen sich die Duisburger Gewerkschafter zunächst gezwungen, über die politischen Parteien der Arbeiterbewegung ihren wirtschaftsdemokratischen Forderungen Nachdruck zu verleihen, so daß die meisten Gewerkschaftsfunktionäre an der Konstituierung der Parteien, den Einheitsverhandlungen von SPD und KPD sowie der Arbeit auf parlamentarischer Ebene beteiligt waren. Daß es sich hierbei nicht nur um sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschafter handelte, sondern auch um die christlichen Kollegen Föcher, Andermahr, Schmitz u. a., zeigte folgender Beschluß des Duisburger Stadtparlaments vom 28.12.1945, der mit den Stimmen von SPD und KPD und mit Stimmen aus der CDU angenommen wurde:

"Die versammelten Stadtverordneten sind der Auffassung, daß die jetzt enteigneten Bergwerke niemals wieder in die Hände ihrer ehemaligen Besitzer zurückgegeben werden dürfen, sondern den Kommunal- und Provinzialbehörden in treuhänderische Verwaltung unter Kontrolle der Gewerkschaften und der demokratischen Parteien übergeben werden müssen. Darüberhinaus sind sie der Auffassung, daß eine ähnliche Enteignungsmaßnahme wie bei den Bergwerken, bei den Werken der Schwerindu-

* Siehe Seite 50

strie des Ruhrgebietes durchgeführt werden muß²⁷⁵⁾. Mit diesem Beschluß, der am 8.10.1946 anlässlich der Demonstagepläne der MR bekräftigt wurde²⁷⁶⁾, ging es den Duisburger Arbeiter- und Gewerkschaftsfunktionären, die zu diesem Zeitpunkt - im Dezember 1945 - auch innerhalb der CDU noch großen Einfluß ausübten, um mehr als um die Enteignung der Schlüsselindustrien durch die MR. Sie wollten mit der vorläufigen Übernahme des Eigentums durch die Kommunal- und Provinzialverwaltungen offenkundig eine erste Voraussetzung für die zukünftige Vergesellschaftung der gesamten deutschen Schlüsselindustrien und den Aufbau einer gesamtdeutschen zentralen Wirtschaftsplanung geschaffen sehen. Im Vergleich dazu verharrten die gewerkschaftlichen Zonenkonferenzen des Jahres 1946 in der Hoffnung auf die Nationalisierungspläne der MR. Sie wollten das Eigentum der monopolistischen Gebilde sofort "den Händen des Staates und nicht (erst) einzelnen Gemeinden, Provinzen oder Ländern"²⁷⁷⁾ übereignen. Wenngleich diese Ansicht mit der Bedeutung einer deutschen Zentralregierung und der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands begründet wurde, bedeutete sie in der Konsequenz eine abwartende Haltung gegenüber der Politik der MR und der Herstellung der deutschen Einheit; zu einem Zeitpunkt, da die Repräsentanten der privatkapitalistischen Interessen schrittweise wirtschaftliche und politische Schlüsselpositionen auf zentraler, bezirklicher und örtlicher Ebene einnahmen.

Im Übrigen waren sich auch die Duisburger Gewerkschaften der Bedeutung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands und der zentralen politischen Macht der Arbeitnehmerschaft bewußt. Dies dokumentierten sie auf den ersten Gründungsversammlungen der Industrieverbände und sobald ihnen die Möglichkeit des öffentlichen Auftretens gegeben war.

Den Anfang bildete die 1.-Mai-Demonstration 1946, die erste Demonstration der Duisburger Arbeitnehmerschaft seit 1932. Der gemeinsam von SPD, KPD, CDU und den Gewerkschaften (Sander, Stock, Föcher) unterzeichnete Aufruf stand unter der Losung "Für die Einheit der Arbeiterklasse, für Demokratie, für die politische Macht der Arbeiterklasse, im Bund

mit allen Werktätigen für den Sozialismus" und er sprach sich für "die freie demokratische Republik" aus. "Statt gegenseitiger Bekämpfung setzt sie (die deutsche Arbeitnehmerschaft, d. Verf.) ihre ganze Kraft für die Zusammenarbeit der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront der demokratischen Parteien, für die Einheitsgewerkschaftsbewegung, für die Sicherung des Friedens, für die Freiheit, für Arbeit und Brot, für die Völkerverständigung, für den Sozialismus ein"²⁷⁸⁾.

Wenige Wochen später, Anfang Juni 1946, veranstalteten SPD, KPD, CDU, Zentrum und die Gewerkschaften eine Großkundgebung auf dem Dellplatz und verabschiedeten eine Resolution, die sich gegen die im Westen beabsichtigte "Abtrennung des Rhein-Ruhr-Gebietes" und für ein "einheitliches demokratisches Deutschland" aussprach. Zugleich wurde der Wunsch erneuert, daß "nie wieder kapitalistische Interessen über die Schlüsselindustrien des Ruhrgebietes verfügen"²⁷⁹⁾.

DIE FORDERUNG DER DUISBURGER GWERKSCHAFTEN NACH SOZIALISIERUNG UND DIE SOFORTPROGRAMME IM FRÜHJAHR 1947

Die von wirtschaftsdemokratischen und sozialistischen Forderungen geprägte Tradition der Jahre 1945/46 setzte sich im Frühjahr 1947 anlässlich der Hungersnot, der alliierten Demontagepläne und der ausbleibenden Sozialisierung der Schlüsselindustrien fort. Nachdem Ratsherr Brünen, Sekretär des SPD-Ortsvereins, in einem Interview mit der NRZ vom 1.2.1947 bekräftigt hatte, daß die Sozialisierung "von der organisierten Arbeiterschaft und den Gewerkschaften" getragen werde, und versichert hatte, daß die Duisburger Gewerkschaften jederzeit bereit seien, "die für eine solche Aufgabe erforderlichen Kräfte zur Verfügung zu stellen"²⁸⁰⁾, sprach sich Paul Manowski, Angestelltensekretär des JV Metall, am 9.4.1947 für die sofortige Sozialisierung aus, da die "Aktivität des Besitzbürgertums" nach "ausländischem Kapital" strebe, "die uns zwangsläufig in koloniale Abhängigkeit bringen

muß". "Die Werktätigen dürfen nicht ein zweites Mal den Anschluß verpassen ... Kapitalismus und imperialistischer Krieg sind siamesische Zwillinge. Eine friedliche Entwicklung garantiert nur die sozialistische Planwirtschaft"²⁸¹).

Gleichermaßen äußerte sich der Kollege Adalbert Stenzel, Vorsitzender des Ortsausschusses der Gewerkschaften Duisburg-Hamborn, auf dem Gründungskongreß des DGB (britische Zone) am 23. April 1947:

"Der neue Geist und die neue Struktur der neuen Wirtschaft wird bestimmt sein durch die Verwirklichung einer echten Wirtschaftsdemokratie und der Forderung auf Sozialismus, auf Übernahme der Produktionsmittel in die Hände der Allgemeinheit ..."²⁸²)*.

Diese vergleichsweise radikalen Forderungen der Duisburger Gewerkschaften zur wirtschaftlichen und politischen Neuordnung hatten auf zwei Ebenen ihre Wirkung.

Zum einen waren sie eine der Initiativen für die Massendemonstrationen der Jahre 1946/47 im Duisburger Raum, auf die später einzugehen sein wird.

Zum andern zogen sie die rasche Erstellung gewerkschaftlicher Sofortprogramme nach sich, die gleichsam eine Brücke schlugen von den gesellschaftspolitischen Vorstellungen zu den sozialen Problemen und den praktischen Schritten der Gewerkschaft auf betrieblicher, überbetrieblicher und kommunalpolitischer Ebene. Den Gewerkschaftern stand so ein Konzept zur Verfügung, das aktuelle Orientierungshilfen und gewerkschaftspolitische Handlungsperspektiven bot, was sich in der Arbeit der Industrieverbände und des Ortsausschusses der Gewerkschaften zeigte, wie bereits dargestellt wurde.

Wenige Wochen nach seiner Konstituierung verfügte der OA über ein gewerkschaftspolitisches Sofortprogramm, das auf einer Delegiertenversammlung des OA vom 10.10.1946 in Form zweier Resolutionen verabschiedet wurde.

Die erste Resolution bezog sich angesichts des bevorstehenden 'Notwinters' auf die "gerechte Verteilung der Lebensmittel, Bedarfsgüter und des Wohnraums". Einer katastrophalen Versorgungslage standen angesammelte Lagerbestände an Textilien, Schuhwerk, Hausrat und Nahrungsmitteln und bauliche Maßnahmen

* Die Rede ist vollständig wiedergegeben in Dokument 6.

"unter dem Gesichtspunkt persönlicher Vorteile" gegenüber. "Profit- und eigensüchtige Kräfte" hätten "die allgemeine Not rücksichtslos auszunutzen" versucht, während "so manche Stellen des deutschen öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens" die Gewerkschaften "von jeder Mitarbeit ferngehalten haben", was eine "Rückwirkung des arbeiterfeindlichen nazistischen Denkens" sei.

Neben der Aufforderung an die Verwaltungen und die Militärbehörden, kommunale Kontrollausschüsse mit "ausschlaggebender" gewerkschaftlicher Mitsprache einzurichten, kündigte die Resolution "öffentliche Kundgebungen" an mit der Begründung, daß es den Gewerkschaften nicht möglich sein werde, "die arbeitende Bevölkerung noch lange davon zu überzeugen, daß scheinbar nur in ihrer ernsten und opferbereiten Arbeit der Weg in eine bessere Zukunft liegt"²⁸³)*.

Die zweite Resolution richtete sich gegen die durch die alliierten "Betriebsstillegungen und Wirtschaftsbeschränkungen" ausgelöste "Wirtschaftskatastrophe" und forderte die Verwendung der Kohle nicht "ausschließlich für Ausfuhrzwecke", eine Produktionserlaubnis für die Werke der eisenschaffenden Industrie und die Zurücknahme der alliierten Demontagepläne:

"Die Rüstungsbetriebe können und müssen zu Produktionsstätten für Friedenszwecke umgewandelt werden ... Übergebt die Betriebe an der Ruhr in das Gemeineigentum und in die Mitverantwortung der Schaffenden und die Wirtschaft der Ruhr wird nie mehr für Kriegszwecke mißbraucht werden können"²⁸⁴**.

Deuten die zitierten Passagen bereits die Unruhe der Gewerkschaften über die sich zuspitzenden sozialen Probleme an - die im Frühjahr 1947 die Bereitschaft vieler Arbeiter zur Aktion auslösten -, so erstellte der OA im April 1947 gemeinsam mit den OA Oberhausen, Essen, Mülheim, Moers und Dinslaken ein "Sofortprogramm zur Reorganisation der deutschen Wirtschaft und Verwaltung in der britischen und amerikanischen besetzten Zone"^{***}, das bei Nichterfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen Konsequenzen ankündigte und die politisch Verantwortlichen beim Namen nannte:

* Siehe Dokument 4 ** Siehe Dokument 5 *** Siehe Dokument 8

"Weder den Besatzungsmächten noch den deutschen Dienst- und Wirtschaftsstellen ist es in den zwei Nachkriegsjahren gelungen, auch nur Ansätze eines organischen Wirtschaftssystems zu finden. In Wirtschaft und Verwaltung herrscht und waltet derselbe Geist, wie in der Zeit vor 1945. Freiwirtschaftsbestrebungen, Separatismus der Länder und Provinzen, Standesrechte, Machtstreben und Nationalismus sind die Triebe der in Wirtschaft und Verwaltung herrschenden Menschen. Die Gewerkschaften sind die einzige Organisation, an die die Arbeiterschaft glaubt und in die sie ihre Hoffnung setzt. Der Glaube der Schaffenden an die Gewerkschaften muß jedoch verloren gehen, wenn nicht eine radikale Reorganisation der Gesamtwirtschaft erfolgt. Wenn daher nicht folgende Sofortmaßnahmen in Angriff genommen werden, müssen die Gewerkschaften jegliche Verantwortung und Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten und den deutschen Dienststellen ablehnen und einstellen. Ihre Tätigkeit wird sich dann lediglich darauf beschränken, die Arbeiterschaft über die wirklichen Absichten und die Unfähigkeit der internationalen und nationalen reaktionären Kräfte aufzuklären". Das Programm setzte einen Termin fest, den 15. Juni 1947, bis zu dem die vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen von den Zentralämtern und Länderregierungen zumindest auf dem Verordnungswege eingeleitet sein sollten.

Der Forderungskatalog enthielt die Aufforderung an die MR, bis zum 1. Juni 1947 die Einschränkungen der wirtschaftlichen Lebensinteressen des deutschen Volkes einzustellen: die Demontagen, die Beschränkung des deutschen Handels auf dem Weltmarkt und die mangelnde Einfuhr von Lebensmitteln aus Übersee. Sodann forderten die Ortsausschüsse die "restlose Erfassung der Produktion durch periodische Meldungen der Betriebsinhaber unter Gegenzeichnung der Betriebsvertreter" an die Zentralämter, Länderministerien und "die zu errichtenden Wirtschaftskammern", die Kontrolle und zukünftige paritätische Vertretung der Gewerkschaften in den staatlichen Wirtschaftskammern und das Ablieferungssoll für die Groß- und Mittelbauern, wobei das Soll von "Vertretern der Bauernschaft, den Gewerkschaften und den amtlichen Stellen" fest-

gelegt werden solle. Zur "Warenverteilung" verlangte das Programm die sofortige Einrichtung von Kontrollausschüssen mit exekutiver Gewalt - unter maßgeblicher Beteiligung der Gewerkschaften - und die Einsetzung von Wirtschaftsgerichten, die Verstöße gegen Ablieferungspflichten zu ahnden hätten und ebenfalls paritätisch mit Beisitzern aus der Industrie bzw. Landwirtschaft und dem Handel sowie den Gewerkschaften und der Verbraucherschaft besetzt sein sollten²⁸⁵⁾.

Dieses Sofortprogramm betonte also erneut, was der Jugendsekretär des JV Metall Duisburg, Willi Schmidt, auf dem Gründungskongreß des DGB (britische Zone) hinsichtlich der Frühjahrsaktionen der Arbeiterschaft gesagt hatte.

"... die Hunderttausenden (haben) in gewaltigen Kundgebungen demonstriert ..., daß ein Punkt erreicht ist, wo die Arbeitnehmerschaft nicht mehr mitmachen kann und will"; da "die Lösung der Besitzverhältnisse" und die "Demokratisierung der Wirtschaft" den "Kern der Dinge" ausmachten, seien "klare Entschlüsse" zu fassen²⁸⁶⁾ *.

Diese lagen nun vor: in Form der Entschließungen des Gründungskongresses zur "Sozialisierung", zur "Neuordnung der Wirtschaft", zur "Demontage", zur "Ernährungsfrage" etc.²⁸⁷⁾ und in Form des Sofortprogramms der Ortsausschüsse des westlichen Ruhrgebietes.

EIN GRUNDRECHTE-KATALOG

Gleichzeitig waren sich die Mehrheit der Delegierten des DGB-Gründungskongresses und auch der Duisburger OA der schwieriger werdenden Durchsetzungsbedingungen ihrer wirtschaftsdemokratischen Ziele im Jahre 1947 bewußt. Deshalb gewannen die Forderungen an Bedeutung, die die paritätische Mitbestimmung in den "Handels- und Industriekammern und ähnlichen Wirtschafts-Spitzenkörperschaften"²⁸⁸⁾ vorsahen und die Mitwirkung an der Wirtschaftsplanung - durch die Entsendung von gewerkschaftlichen Vertretern in die Ausschüsse der von der MR eingerichteten Wirtschaftsverwaltung²⁸⁹⁾.

* Die Rede ist vollständig wiedergegeben in Dokument 7.

Verlangt wurde auch die betriebliche Mitbestimmung: durch die paritätische Besetzung der Aufsichtsräte aller Großbetriebe mit Gewerkschaftsvertretern und Betriebsräten und durch die Mitwirkung des Betriebsrates an Entscheidungen der Produktion, Kalkulation, Kontrolle und Verteilung²⁹⁰⁾.

Waren diese Mitbestimmungsforderungen bereits in den Entschlüssen der Zonenkonferenzen vom März und August 1946 enthalten, so erhielten sie besondere Bedeutung, als die ersten Verfassungsentwürfe für die Länder der britischen Zone vorlagen. Zu diesem Anlaß erstellte die Delegiertenkonferenz des Duisburger OA Anfang August 1947 einen einstimmig gebilligten Grundrechte-Katalog, den er in die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen aufgenommen sehen wollte.

In ihm waren enthalten: die "Koalitionsfreiheit" und das Recht der Gewerkschaften "zur gleichberechtigten Mitwirkung und Mitbestimmung in allen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten"; das "Recht der Mitbestimmung im Betrieb der Betriebsräte"; "die paritätische Mitwirkung der Gewerkschaften in den neuen Wirtschaftskammern" - die nach allgemeiner gewerkschaftlicher Vorstellung alle bisherigen Exekutivaufgaben der Industrie- und Handelskammern übernehmen sollten; das Streikrecht; die Wiedereinführung von Tarifverträgen über die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen; ein weitgehender Kündigungsschutz für Arbeitnehmer; die 40-Stunden-Woche; die "neue Sozialversicherung", "die in einem einheitlichen Sozialversicherungsträger alle Schaffenden ohne Unterschied umfaßt, von den Gewerkschaften verantwortlich verwaltet" sowie den "Grundsatz der Sozialisierung mit dem Ziel der Schaffung einer gemeinverpflichteten, auf den Bedarf ausgerichteten und planvoll gelenkten Wirtschaft", in die "die schaffende Bevölkerung durch die Gewerkschaften und die Betriebsräte vollverantwortlich und mitbestimmend eingeschaltet ist, zur Schaffung neuer Gesellschaftsformen für die neue Wirtschaft"²⁹¹⁾.

Der Duisburger OA befand sich zu diesem Zeitpunkt in Übereinstimmung mit den gewerkschaftlichen Vorstellungen auf der zonalen Ebene, auch im letztgenannten Fall. Der DGB (bri-

tische Zone) hatte an die Landesregierungen die Forderung gestellt, "das Gemeineigentum der überführten Betriebe (des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Grundchemie und der Energiewirtschaft, d. Verf.) .. auf das Land"²⁹²⁾ zu übertragen.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die Vergesellschaftung der Grundstoffindustrien und die Beteiligung der Gewerkschaften und Betriebsräte an der Leitung der Wirtschaft und der einzelnen Betriebe in der Gewerkschaftsbewegung weitgehend akzeptierte Forderungen waren. Unterschiede zwischen der zonalen und der örtlichen Entwicklung in Duisburg gab es hinsichtlich ihrer Verbindung mit sozialistischen Perspektiven - politische Macht der Arbeiterklasse, sozialistische Planwirtschaft - und hinsichtlich ihrer Umsetzungsformen in Resolutionen, Verhandlungen und Demonstrationen und Streiks. Hier waren die Programme und Aussagen der Duisburger Gewerkschaften von weitergehenden Forderungen geprägt und mit einem Handeln verbunden, das bis zum April 1947 oft zielstrebig verlief und stärker auf die Aktivität der betroffenen Arbeitnehmerschaft abzielte. Ab Mitte 1947 allerdings, als sich die Prophezeiungen vom Ende des Kapitalismus als Illusion herausstellten, "die Auseinandersetzungen um die Realisierung der Forderungen nach Demokratisierung der Wirtschaft und Sozialisierung der Schlüsselindustrien ... bald wieder die traditionellen Formen ... (annahmen) ... wie man sie aus der Weimarer Zeit gewohnt war ..."²⁹³⁾, und als durch den DGB-Gründungskongreß eine Vereinheitlichung der zonalen Gewerkschaftsbewegung hergestellt worden war, war eine Angleichung der gewerkschaftlichen Sofortprogramme und der gewerkschaftspolitischen Praxis zu beobachten. Sie verhinderte jedoch nicht die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen der Jahre 1948 und 1949, die die Stellung der Gewerkschaft zum Marshall-Plan und zur Währungsreform zum Inhalt hatten.

3. DER EINFLUSS DER GEWERKSCHAFT IN DEN DUISBURGER BETRIEBEN UND IN DEN VERWALTUNGEN DER WIRTSCHAFT 1946/47

Die Lage in den Duisburger Werken der Grundstoffindustrien hatte sich in den Jahren 1946/47 im Vergleich zu 1945 nicht verändert. Nach wie vor übte die MR ihre Kontrolltätigkeit aus, in den Werksleitungen saßen größtenteils bereits alte und neue Repräsentanten des privaten Kapitals und die soziale Lage der Belegschaften verschlechterte sich sogar. Vor diesem Hintergrund sei im folgenden auf die Versuche der gewerkschaftlichen Einflußgewinnung auf die im Entstehen begriffenen Machtstrukturen der großen Werke und der örtlichen Wirtschaftskörperschaften eingegangen*.

DIE MITBESTIMMUNG IN DEN ENTFLOCHTENEN WERKEN

Die Verordnung Nr. 78 der britischen MR vom Februar 1947 hatte in Duisburg zur Ausgliederung von vier Werken geführt. Die Hütte Ruhrort-Meiderich und die Eisenwerke Mülheim-Meiderich wurden aus der August-Thyssen-Hütte - ehemals Tochtergesellschaft der Vereinigten Stahlwerke - und das Hüttenwerk Huckingen und das Stahl- und Walzwerk Großenbaum aus der Verbindung mit dem Mannesmann-Konzern herausgelöst²⁹⁴). In diesen Werken waren die Gewerkschaften und Belegschaften nunmehr im Aufsichtsrat paritätisch und im Vorstand mit einem Arbeitsdirektor vertreten²⁹⁵). Nach den gewerkschaftlichen Vorstellungen sollte ihnen die

* Die folgende Darstellung beschränkt sich auf eine allgemeine Übersicht und auf einzelne Beispiele, die entweder der veröffentlichten Literatur, der damaligen Presse oder Gesprächen mit damaligen gewerkschaftlichen Betriebsfunktionären entnommen sind. Eine genauere Darstellung der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit muß einzelgewerkschaftlichen Untersuchungen vorbehalten bleiben.

Aufgabe obliegen, "gegenüber der rücksichtslosen Ausbeutung des Arbeiters für monopolkapitalistische Interessen eine wirkliche Wertschätzung des Menschen als Träger der Arbeitskraft an vorderste Stelle" zu rücken:

"Dabei handelt es sich um den richtigen Arbeitsplatz, den entsprechenden Lohn, die Betreuung im Betrieb wie auch die soziale Hilfe außerhalb des Betriebes auf den verschiedensten Gebieten"²⁹⁶).

Zudem sah die Mitbestimmungsregelung die Teilnahme der beiden Betriebsrats-Vorsitzenden an den Vorstandssitzungen und aller anderen verantwortlichen Betriebsorgane vor, so daß es "keine Personalfrage, keine produktions- und kreditpolitische Frage (gab), in der der Betriebsrat nicht vollverantwortlich mitwirkte und über die der Betriebsrat nicht voll informiert wäre"²⁹⁷).

Es dürfe allerdings, so Arbeitsdirektor Skrentny damals, in der Belegschaft nicht die Illusion aufkommen, der Arbeitsdirektor könne die soziale Not beseitigen:

"Was der Arbeitsdirektor ... heute ... tun kann, ist die Not der Belegschaften mildern, um dadurch dem einzelnen die Kraft und den Glauben für den Kampf um eine bessere Zukunft zu erhalten". In Zukunft jedoch ginge es "um mehr als einen Direktor. Es geht um das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in der Wirtschaft überhaupt. Es gilt an Stelle der alten Wirtschaftsordnung ... eine neue Ordnung zu errichten, in der nicht ein Dutzend Monopolbesitzer die Nutznießer sind, sondern dem gesamten Volk der Ertrag der Wirtschaft zugute kommt"²⁹⁸).

Gleichwohl bedeutete die Montan-Mitbestimmung eine Einschränkung der Unternehmer-Freiheit, die für die betroffenen Belegschaften nicht ohne Vorteile blieb. So konnten beispielsweise Vorstand und Aufsichtsrat des Mannesmann-Konzerns Ende 1946, also vor Inkrafttreten der Entflechtungsmaßnahmen und Mitbestimmungsregelung, noch die Verlagerung von Produktionskapazitäten des Werkes Großenbaum in andere Werke des Konzerns beschließen, ohne die Zustimmung der Gewerkschaften und des Betriebsrates einholen zu müssen²⁹⁹). Die Durchführung einer solchen Maßnahme, die für die Bevöl-

kerung Großenbaums die Vernichtung zahlreicher Arbeitsplätze bedeutet hätte, war nunmehr, nach der Entflechtung des Werkes, nicht mehr möglich.

Ein weiteres Beispiel war die Tätigkeit des Arbeitsdirektors Hugo Ginkel im Hüttenwerk Huckingen. Auf seine Initiative hin und in Absprache mit dem Betriebsrat³⁰⁰⁾ entstanden soziale Einrichtungen, wie z.B. das Gesundheitshaus, von denen ältere Kollegen des Werkes noch heute berichten³⁰¹⁾.

Von Beginn an versuchten die Unternehmer in den Betrieben und die politischen Kräfte des Duisburger Bürgertums, die Realisierung der Mitbestimmungsregelung zu unterlaufen. Dies sei an folgendem Ereignis dargestellt.

Da die Regelung für die entflochtenen Werke vorsah, einen der fünf Unternehmervvertreter für den Aufsichtsrat aus dem Bereich der öffentlichen Verwaltung zu bestellen³⁰²⁾, wählte der Duisburger Stadtrat den sozialdemokratischen Oberstadtdirektor Klimpel zum Aufsichtsratsmitglied des Hüttenwerkes Ruhrort-Meiderich AG. Die CDU-Mehrheit im städtischen Hauptausschuß lehnte diese Entscheidung ab und forderte den Rat auf, seine Entscheidung zu revidieren, mit dem Argument, Beamte dürften "entsprechend guter Duisburger Tradition" keine Posten in privaten Unternehmen einnehmen.

Daraufhin vertrat der sozialdemokratische Bürgermeister und Arbeitsdirektor Stahl im Laufe der Ratssitzung vom 2.8.1947 folgende Auffassung:

"Es handelt sich bei dem Hüttenwerk nicht um eine Privatgesellschaft, sondern um einen Betrieb, der aus der Konzernverwaltung herausgenommen und für die Sozialisierung in Frage komme ... Oberstadtdirektor Klimpel sei durch die Gewerkschaften in das Ehrenamt berufen worden, und man könne nicht umhin, die Genehmigung zu erteilen".

SPD und KPD konnten für diese Auffassung und den Vorschlag der Gewerkschaften jedoch keine Mehrheit finden, da CDU und

Zentrum geschlossen gegen Klimpel stimmten*.

In den übrigen Duisburger Betrieben der Eisen- und Stahlindustrie, den Schachtanlagen des Ruhrkohlebergbaus und den chemischen Werken gab es wie bisher keinen institutionellen Einfluß der Gewerkschaften und Belegschaften. Selbst die Zusammensetzung der Aufsichtsräte in den Gesellschaften mit starker kommunaler Beteiligung, wie die Duisburg-Ruhrorter-Häfen-AG oder die Hafag, hatte sich im Vergleich zu 1945 nicht wesentlich geändert**, so daß die Gewerkschaften gegenüber Vertretern der Stadt und der Unternehmerschaft deutlich unterrepräsentiert waren³⁰³⁾. Lediglich auf die Besetzung des Aufsichtsrates der städtischen Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft bestanden weitergehende Einwirkungsmöglichkeiten. Der Rat der Stadt schlug der Hauptversammlung der Genossenschaft Kandidaten vor, die diese entweder wählen oder ablehnen konnte. So setzte sich der Aufsichtsrat im Jahre 1947 aus den Ratsherren Pütz (SPD), Ginkel (KPD), Kaes und Aps (beide CDU) sowie dem Wirtschaftstreuhandler Braun und dem Architekten Schmidt zusammen. Den Gewerkschaften wurden hin-

* Vgl. Prot. der Ratssitzung vom 2.8.1947, S. 5 f, und der Ratssitzung vom 5.9.1947. Nebenbei bemerkt beinhaltet dieses Ergebnis, daß sich die christlichen Gewerkschafter der CDU in diesem Fall für die Position ihrer Fraktion und gegen den Vorschlag des OA der Gewerkschaften entschieden, was den Schluß erlaubt, daß sie zu diesem Zeitpunkt bereit waren, punktuell die Position der bürgerlichen und sozialisierungsfeindlichen Kreise in der Fraktion zu unterstützen.

** Im Aufsichtsrat der Duisburg-Ruhrorter-Häfen-AG saßen neben dem Vertreter der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Stadtverordneten, Gustav Sander, vier sogenannte Staatsvertreter, dazu OB Weitz und Haniel-Generaldirektor Ahlers als die Vertreter der Stadt Duisburg, als Vertreter der Schifffahrt der Reedereibesitzer Hugo Stinnes und Direktor Müßig, zwei Vertreter der Spedition und ein Vertreter des Kohlensyndikats. Der städtische Hafenausschuß bestand aus sieben Unternehmervvertretern, vier Arbeitern und zwei nicht näher bezeichneten Personen (vgl. Prot. des Verfassungs- und Personalausschusses vom 31.7.1945; S. 17/18; StA DU).

gegen auch in diesem Fall keine besonderen Sitze zugestanden, so daß sie lediglich über die ihnen nahestehenden Ratsherren und die Mitglieder der Genossenschaft Einfluß nehmen konnten³⁰⁴).

Insgesamt reduzierte sich also die Verankerung gewerkschaftlicher Machtpositionen in den betrieblichen Leitungsorganen auf die Vorstände und Aufsichtsräte der vier entflochtenen Werke, während den Belegschaften der übrigen Betriebe lediglich die informellen Einflußmöglichkeiten ihrer Betriebsräte und die faktische Macht der Duisburger Gewerkschaftsbewegung zur Verfügung stand.

GERINGE CHANCEN DER MITWIRKUNG AUF ÜBERBETRIEBLICHER EBENE

Der überbetriebliche Kampf der Gewerkschaften um erste Schritte der Demokratisierung der Wirtschaft konnte infolge der Behinderungen des organisatorischen Aufbaus der Gewerkschaft erst zu einem Zeitpunkt einsetzen, als sich die Unternehmerschaft Nordrhein und Westfalens bereits in einer Arbeitsgemeinschaft konstituiert hatte. Dies war im Januar 1946.

Die Unternehmer der Duisburger Großbetriebe setzten die im April 1945 begonnenen Industriebesprechungen mit dem Oberbürgermeister und dem Oberstadtdirektor in den Jahren 1946/47 fort - im Abstand von 14 Tagen. Hier ging es längst nicht mehr nur um die Regelung rein betrieblicher Angelegenheiten. Die Teilnehmer behandelten die Besetzung des Entnazifizierungs- und anderer Verwaltungsausschüsse, diskutierten ein gemeinsames Vorgehen gegenüber den Betriebsräten und stimmten sich in allen wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Fragen untereinander und mit dem OB und dem Oberstadtdirektor ab³⁰⁵). Dies galt auch für die ab Juli 1945 regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Industrieausschusses der Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel. Er beschäftigte sich mit der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Lage in Duisburg, mit entsprechenden rechtlichen Problemen der Unternehmerschaft und mit dem Erhalt des privaten Besitzes³⁰⁶).

Verfügte die Duisburger Unternehmerschaft mit den Industriebesprechungen, den informellen 'Experten'-Kontakten zu Stadtverwaltung und MR und mit ihrer Stellung in den Leitungen der Betriebe bereits 1946/47 über erheblichen Einfluß auf die überbetrieblichen Fragen in der Wirtschaft - der den Einfluß der Gewerkschaften weit übertraf -, so unterbaute sie diesen noch, indem die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer zu Organen ihrer Interessenvertretung ausgebaut wurden. Gewerkschaftliche und kommunale Vertreter hatten dort keinen Platz. Da ein Wirtschaftskammergesetz, wie es die Gewerkschaften und sozialistischen Parteien forderten, ausblieb, war ihnen die Möglichkeit dazu gegeben.

So konnten sie in der Industriebesprechung vom 27.3.1947 sogar eine beratende Mitarbeit der Gewerkschaft in den Ausschüssen der Industrie- und Handelskammer und eine beobachtende Teilnahme der Gewerkschaft an den Industriebesprechungen ablehnen, ohne mit der Intervention der Stadtverwaltung rechnen zu müssen³⁰⁷).

Von gewerkschaftlicher Seite wurde diese Entwicklung nicht hingenommen. Neben dem Versuch, die Gründung von demokratischen Wirtschaftskammern auf parlamentarischem Wege durchzusetzen, nutzten sie ihre organisatorische Stärke, um Druck auf die Unternehmerschaft auszuüben. Auf der Grundlage eines Beschlusses des Zonenausschusses waren sämtliche Gewerkschaftsfunktionäre, gleich in welchem Betrieb tätig, verpflichtet, "mit Arbeitgeberverbänden, nach Art der früheren, weder Verhandlungen zu führen noch Abschlüsse zu tätigen"³⁰⁸). So blieb den Industrie- und Handelskammern die Anerkennung durch die Gewerkschaften zunächst versagt, was ihre Wirkungskraft bei tariflichen Verhandlungen durchaus behinderte. Insofern beschränkten sich die Verträge zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern in den Jahren 1946/47 auf betriebliche Vereinbarungen. Angesichts der politischen und moralischen Diskreditierung vieler Unternehmer und ihrer nicht vollständig wiedererlangten Macht, schuf diese Situation vor allem für diejenigen Betriebsräte, die sich einer hohen Autorität in der Belegschaft sicher sein konnten, gewisse Freiräume, die sich in Form von informellen Zugeständ-

21. März 7

OSTD/Gf.

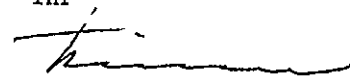
Herrn
Hans Böckler
Gewerkschafter für Nordrhein-Westfalen
K ö l n
Venloer Wall 9

Sehr verehrter Genosse Böckler !

Für Ihren freundl. Brief vom 13. März danke ich Ihnen verbindlichst
Heute möchte ich folgende Frage stellen :
Am 27. März 1947 soll in Wuppertal die Gründung eines Arbeitgeber-
Verbandes für die Gemeinden Nordrhein-Westfalen erfolgen. Die Stel-
lungnahme der Gewerkschaften hierzu scheint nicht klar zu sein.
Richtig ist, dass wir einen Vertragspartner brauchen. Ich wäre Ihnen
deshalb sehr dankbar, wenn Sie umgehend eine Klarstellung über die
Haltung der Gewerkschaften in dieser Frage veranlassen würden.
Für eine postwendende Nachricht wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Mit herzlichen Grüßen,

Ihr



(Klimpel)

*Nach Hilfe bei der Einwirkung der Gewerkschaften Wuppertal ist
die Gründung = Vereinbarung des Arbeitgeberverbandes
Wuppertal v. 27. ... auf lange Zeit verschoben. Keine Termin
wird misspendet.
25. März 47*

GEWERKSCHAFTEN VON NORDRHEIN-WESTFALEN

Fernsprecher: 57423
Bank: Deutsche Bank, Köln, Konto Nr. 110 100
Postcheckkonto: Köln Nr.

KÖLN, VENLOERWALL 9

den 26.3.1947

Geschäfts-Zeichen: B6/KL.

Wir bitten, vorstehendes Geschäfts-Zeichen
im Antwortschreiben anzugeben.

Herrn
Oberstadtdirektor K l i m p e l

D u i s b u r g

Stadt Duisburg
Oberstadtdirektor
31. MARZ 1947

Sehr geehrter Genosse Klimpel!

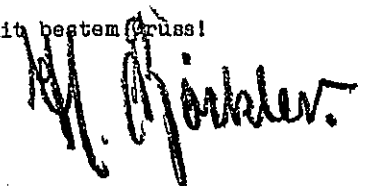
Auf Ihre Anfrage vom 8. März möchte ich Sie hiermit wissen lassen, dass
die Angelegenheit diese Tage von einem grösseren Kreis der Interessen-
ten besprochen wurde, ohne jedoch zu einer Lösung zu gelangen.

An der Besprechung nahmen, nach dem mir gewordenen Bericht, die Herren
von Aubel, Schweißfurt, Wirtz und andere Vertreter der gemeindlichen
Interessen teil. Von unserer Seite waren Oberbürgermeister a. D. Brisch
und drei weitere Mitglieder des Vorstandes der Gewerkschaft Öffentliche
Dienste anwesend.

Nach längerer Aussprache ist man dahin übereingekommen, im engeren Krei-
se eine Lösung zu suchen. Sie muss derart gefunden werden, dass den
Gewerkschaften Verhandlungen und Vereinbarungen mit anderen Körperschaf-
ten als reinen Arbeitgeberverbänden möglich sind.

Die Gewerkschaften sind jedenfalls durch einen Beschluss ihrer zentralen
Stelle gehalten, mit Arbeitgeberverbänden, nach Art der früheren, weder
Verhandlungen zu führen noch Abschlüsse zu tätigen.

Mit bestem Gruß!



nissen der Werksleitungen nutzen ließen.

Aus vermutlich ähnlichen Gründen sahen sich die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer gezwungen, gemeinsam mit dem Oberstadtdirektor im April 1947 eine Besprechung mit den Gewerkschaften über die Wohnungsnot und die Situation auf dem Wohnungsmarkt abzuhalten. Im Verlauf dieser Besprechung kamen die Vertreter des Unternehmertums in Bedrängnis, als ihnen der Kollege Stenzel als Vorsitzender des OA der Gewerkschaften und der Ratsherr Pütz (SPD) als Vorsitzender des Baulenkungsausschusses Belege eines unsozialen Verhaltens der Bauunternehmer und der privaten Baustoffproduzenten vorlegten. Über den Handel mit Baustoffen zu Schwarzmarktpreisen und über das "Schwarz-Bauen" würden, so Pütz, nur jene unterstützt, die "ihr Geld noch vor der neuen Währungsreform sicher anlegen" wollten. Dies untergrabe die gerechte Baulenkung und diene nicht dem Wohle der Allgemeinheit. Deshalb sei eine strenge Baulenkung und -kontrolle durch die Stadtverwaltung erforderlich.

Stenzel kündigte den Kampf der Gewerkschaften für die restlose Erfassung und Beschlagnahme "schwarz" gehandelten Baumaterials an und wies darauf hin, daß dies nur der erste Schritt zum Aufbau einer zentralen volkswirtschaftlichen Planung sei³⁰⁹⁾.

Insgesamt jedoch sollte das Beispiel dieser Besprechung nicht darüber hinwegtäuschen, wie gering sich der gewerkschaftliche Einfluß auf die überbetrieblichen Entscheidungen zur Wirtschaftslage in Duisburg darstellte. Die Gewerkschaften waren in einer defensiven Lage, so daß die Industrie- und Handelskammer bereits im Mai 1947 den Versuch unternehmen konnte, im Namen der Belegschaften "ihrer" Betriebe aufzutreten, indem sie die Legitimierung von Kompensationsgeschäften "im Interesse der Beschäftigten" forderte.

Im Namen der ÖTV stellte Gustav Sander klar, daß die berechtigten Wünsche der Arbeitnehmerschaft in der Ernährungsfrage "an die hierfür in Frage kommenden Stellen einzig und allein nur von der Gewerkschaft aus erfolgen" könnten. Die Gewerkschaften würden die Handelskammern "als Vormund für die Belange der Arbeiterschaft absolut nicht anerkennen". Im übrigen

gen trete die Eingabe der Industrie- und Handelskammer "vollinhaltlich für den Schwarzhandel ein", während die meisten Arbeitnehmer in Betrieben beschäftigt seien, "wo Kompensationen unmöglich sind", so daß die IHK-Eingabe in keinsten Weise eine Lösung des Versorgungsproblems darstelle. Zudem verwies Sander auf die weithin bekannten gewerkschaftlichen Vorstellungen zu dieser Frage³¹⁰⁾.

DIE AUSEINANDERSETZUNGEN UM EIN BETRIEBSRÄTEGESETZ UND DAS KONTROLLRATS-GESETZ NR. 22 IM APRIL 1946

Es ist bereits dargestellt worden, wie der Aufbau der neuen Gewerkschaftsbewegung auch in den Betrieben begann und wie die ersten Betriebssprecher den Betriebsrätegedanken aus der Weimarer Zeit wieder aufnahmen.

Überdies verfügten sie kraft ihrer Autorität in der Belegschaft über Einwirkungs- und Mitwirkungsrechte. Davon zeugt folgender Bericht von Willi Koske, im Jahre 1946 Vertrauensmann im Stahlbau und später Betriebsratsvorsitzender bei der Demag AG:

"... nach dem Kriege war der Betriebsrat ein Machtfaktor. Der Betriebsrat hatte manchmal die Möglichkeit, wirklich so weitgehend in der Produktion mitzubestimmen, daß heute jene, die die Geschichte nicht kennen und das damals nicht mitgemacht haben, sagen, das gibt es doch gar nicht. Wir haben manchmal dem Geschäftsführer, dem Direktor direkt vorgeschrieben, was er zu tun hat"³¹¹⁾.

Bei der Demag ging dies so weit, daß - wie bereits erwähnt³¹²⁾ - der ehemalige Direktor Reuter zu Anfang 1946 den Betriebsrat um seine Wiedereinstellung bat.

Gleichwohl darf dieses Beispiel nicht darüber hinwegtäuschen, daß in den Werksleitungen allein Kapitalvertreter saßen, an die sich die Betriebsräte, auch die der Demag, mit ihren Forderungen wenden mußten, ohne auf gesicherte Mitbestimmungspositionen zurückgreifen zu können. Ebenso wenig konnten sie die Restriktionspolitik der MR aufheben, so daß - um das Beispiel der Demag aufzugreifen - nach der erfolgten Ab-

lehnung Reuters durch den Betriebsrat, die MR ihn Ende 1946 erneut zum Direktor der Demag AG berief.

Zudem hatte die MR Ende 1945/Anfang 1946 mittels diverser Anordnungen den legitimierten Wirkungsbereich der Betriebsräte auf ein Minimum reduziert³¹³⁾.

In dieser Situation gab es erste Versuche, die Betriebsräte in Anlehnung an das Betriebsräte-Gesetz von 1920 auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Am 23.1.1946 legte der Arbeitsrechtsausschuß beim Oberpräsidenten der Nordrhein-Provinz einen Gesetzentwurf vor, der die Errichtung von Betriebsräten in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten und das Recht zur Vertretung im Aufsichtsrat für den Betriebsrats-Vorsitzenden und seinen Stellvertreter vorschreiben wollte. Ein wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht war nicht vorgesehen und die Arbeit der Betriebsräte sollte der "Förderung des Betriebsfriedens" und dem "Ausgleich von Streitigkeiten" dienen³¹⁴⁾.

Die Vorstellungen der Gewerkschaften gingen über diesen Entwurf hinaus, so daß eine Entschließung der ersten Zonenkonferenz im März 1946 folgende Passage enthält:

"Dieses neue Betriebsräte-Gesetz muß nicht nur die Rechte der Betriebsvertretungen wieder herstellen, die im alten Betriebsräte-Gesetz vom 20. Februar 1920 enthalten sind, sondern muß darüber hinaus den Betriebsräten Rechte gewähren, die den Anforderungen des demokratischen Aufbaus des Staates und dem Wiederaufbau der Wirtschaft entsprechen. Diese Rechte bestehen in der Mitbestimmung der Betriebsräte in allen sozialen und arbeitsrechtlichen Angelegenheiten des Betriebes, in der verantwortlichen Mitarbeit und Mitbestimmung bei der Produktion und Verteilung des Ertrages. Die Mitbestimmung über die Produktion durch die Betriebsräte ist die Garantie dafür, daß die Betriebe für die Bedarfsdeckung der Allgemeinheit und nicht nur für die Vorbereitung eines neuen Krieges arbeiten"³¹⁵⁾.

Während vor allem in den Ländern der sowjetisch besetzten Zone schon 1945 Landesgesetze erlassen wurden, "die die Betriebsräte mit ganz neuen Funktionen, vor allem auch mit we-

sentlichem Einfluß auf wirtschaftspolitischem Gebiet ausstatteten"³¹⁶⁾, bestand in der britischen Zone der "rechtlose Zustand"³¹⁷⁾ noch bis zum April 1946 fort.

Eine Entscheidung brachte das Kontrollratsgesetz Nr. 22, das am 11.4.1946 vom Kontrollrat erlassen und damit zwingendes und allgemeines Recht für das gesamte besetzte Deutschland wurde. Das Gesetz hatte den Charakter einer Synthese zwischen den verschiedenen Anschauungen der Besatzungsmächte³¹⁸⁾.

Es sah die Bildung von Betriebsräten nicht zwingend vor, sondern "gestattete" sie lediglich. Die Bildung von Gesamtbetriebsräten war ebenfalls nicht vorgesehen. Das Wahlverfahren sollte demokratisch und die Wahlperioden einjährig sein. Während die Betriebsräte "im Rahmen dieses Gesetzes selbst ihre Aufgaben im einzelnen und die dabei zu befolgenden Verfahren" bestimmen konnten, sollten sie diese lediglich "in Zusammenarbeit mit den anerkannten Gewerkschaften" ausführen. Ein Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft und in der Produktion blieb ihnen in diesem Rahmen versagt³¹⁹⁾.

Die Gewerkschaften sahen dieses Gesetz alles in allem als einen Rückschritt gegenüber dem alten Betriebsräte-Gesetz an, da es "die Sicherung von Rechten vermissen (läßt), die in jahrzehntelangen Gewerkschaftskämpfen errungen waren und in der Zeit vor 1933 einen wesentlichen Bestandteil der deutschen Wirtschafts- und Sozialverfassung bedeuteten"³²⁰⁾. Selbst der Gesetzentwurf der nordrheinischen Provinzialverwaltung vom Januar 1946 hatte in einigen Passagen weitergehende Formulierungen enthalten.

Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 22 galten nunmehr alle bisherigen Entwürfe und Verordnungen als überholt, so daß die künftigen Auseinandersetzungen der Belegschaften mit der Kapitalseite sich auf der Basis dieser Bestimmungen abwickelten.

DIE ERSTEN LEGITIMEN WAHLEN ZU DEN BETRIEBSRÄTEN 1946/47

Nachdem die MR den Bergarbeitern des Ruhrgebietes bereits im Herbst 1945 die ordnungsgemäße Wahl von Betriebsräten gestattet hatte³²¹⁾, ordnete sie diese Anfang 1946 auch für die übrigen Betriebe an. Deshalb konnten erst im Jahre 1947 die Betriebsrätewahlen in allen Betrieben Duisburgs zu einem einheitlichen Termin stattfinden³²²⁾.

Bemerkenswert für die im Januar/Februar 1946 in Duisburg stattfindenden Wahlen war, daß sie vor dem Hintergrund der bereits regelmäßigen Konferenzen der provisorischen und gewählten Betriebsräte und Betriebsrats-Vorsitzenden aller Duisburger Großbetriebe stattfanden³²³⁾; ihre Abhaltung also zu einer Stabilisierung des erreichten Standes beitrug.

Die Vorbereitung lag in der Hand des Aufbaukomitees der Einheitsgewerkschaft, dessen Mitglieder in den entsprechenden Betrieben auf die ordnungsgemäße Abhaltung der Wahlen zu achten hatten.

Im Mannesmann-Hüttenwerk Huckingen gestaltete sich das wie folgt:

"In der riesigen Halle der Schlackemühle des Mannesmannwerkes waren am 28. Januar weit über 1.000 Angehörige des Betriebes zur Wahl des Wahlvorstandes für die Betriebsratswahl zusammengekommen. Als Vertreter des Aufbaukomitees der Gewerkschaften wies Stadtvertreter Föcher auf die Bedeutsamkeit dieser ersten Wahl seit 1933 hin und forderte, daß nur die Tüchtigsten und Geeignetesten zur Wahl aufgestellt werden sollen. Im Anschluß an das Referat wurde in offener Abstimmung der Wahlvorstand einstimmig gewählt"³²⁴⁾.

Die Wahl verlief nicht nach Arbeitern und Angestellten getrennt, sondern beide Gruppen der Arbeitnehmerschaft wählten einen gemeinsamen Betriebsrat. Diese Regelung wich vom Betriebsräte-Gesetz des Jahres 1920 ab, wonach gesonderte Arbeiter- und Angestellten-Räte gewählt wurden, und sie bedeutete zugleich, wie die Wahl überhaupt, einen Vorgriff auf das Kontrollratsgesetz Nr. 22³²⁵⁾. Die Wahlen in den übrigen Duisburger Werken verliefen in ähnlicher Weise wie im Huckinger Mannesmannwerk, so auf der August-Thyssen-Hütte Ham-

born³²⁶⁾, auf der Kupferhütte³²⁷⁾ etc.

Eine Aufschlüsselung der Wahlergebnisse nach der politischen Zusammensetzung der Betriebsräte ist nicht bekannt. Lediglich aus einem Brief des christlichen Gewerkschafters Föcher an den OB Weitz vom 15.3.1946 läßt sich auf die Tendenz der Ergebnisse schließen³²⁸⁾.

Der Brief sollte darauf aufmerksam machen, daß die Duisburger Einheitsgewerkschaft ein zunehmend einseitiges "partei-politisches Gesicht" zeigte:

"So wurde z.B. bei den jetzt durchgeführten Betriebsratswahlen in der Metallindustrie mit offenkundigen unlauteren Mitteln gearbeitet, um die Mehrheit in diesen Organen einer an sich bedeutungslosen Gruppe von kommunistischen Treibern in die Hände zu spielen".

Über diesen Weg seien zudem die Industrieverbände Metall, Bau und Nahrung und Genuß "unter sozialistische Führung" und Beeinflussung geraten. Dies entspreche "in keiner Weise der tatsächlichen parteipolitischen und religiösen Einstellung der Arbeitnehmer".

Ihn selbst, Föcher, beabsichtigte die Einheitsgewerkschaft "nur" als 2. Bevollmächtigten des JV Metall den Delegierten vorzuschlagen, den Kommunisten Willi Stock indessen als 1. Bevollmächtigten. So bestätigte Föcher die Annahme, daß die Metallarbeiter der Duisburger Werke insbesondere jene Kollegen in die Betriebsräte und die gewerkschaftlichen Leitungsgremien wählten, die weitergehende wirtschaftsdemokratische und sozialistische Vorstellungen vertraten. Dies geht auch aus mehreren Gesprächen mit damaligen betrieblichen und gewerkschaftlichen Funktionären hervor³²⁹⁾, wie aus den Angaben von Pietsch, wonach 1947 im Hüttenwerk Huckingen 5 Sozialdemokraten und 10 Kommunisten und im Hüttenwerk Ruhrort-Meiderich 9 Sozialdemokraten, 4 Kommunisten und 1 christlicher Kollege den Betriebsrat stellten³³⁰⁾.

Nun gibt Föcher als Grund für den vergleichsweise hohen Einfluß sozialdemokratischer und kommunistischer Gewerkschafter "unlautere Mittel" an, die dazu geführt hätten, daß sich die tatsächliche Einstellung der Arbeitnehmerschaft verzerrt darbot. Jedoch weder das Gründungsprotokoll vom Juli

1945 und das Protokoll der Gründungsversammlung des JV Metall, noch seine eigenen Ausführungen belegen diese Behauptung. Ebenso wenig sind Anfechtungen von Betriebsrats- und Vorstandswahlen aufzufinden. Hinsichtlich der Einstellung der Duisburger Arbeitnehmerschaft deuten vielmehr die Entschlüsse der gewerkschaftlichen Versammlungen und die Ziele und Forderungen der Duisburger Massendemonstrationen in den Jahren 1946/47 auf eine weit verbreitete Sympathie mit wirtschaftsdemokratischen und sozialistischen Vorstellungen hin, die ja selbst die CDU zeitweise, wie bei dem erwähnten 1.-Mai-Aufruf 1946, unterstützte.

Zuletzt sei auf eine Wirkung des Briefes von Föcher hingewiesen, die der Einheit der Gewerkschaftsorganisation schadete. Obwohl ihm der Widerstand der Kommunisten gegen das NS-Regime und ihr Anteil an der Aufbauarbeit der Einheitsgewerkschaft bekannt gewesen sein mußte, nannte er die kommunistischen Kollegen eine "bedeutungslose Gruppe" von "Treibern". Auch verließ er den Boden einheitsgewerkschaftlicher Prinzipien, da er seine Bedenken nicht innerhalb der Organisation, sondern gegenüber OB Weitz vortrug, einer Persönlichkeit, die sich keineswegs durch Sympathie für die Einheitsgewerkschaft auszeichnete. Im Gegenteil, wenige Tage später, am 18.3.1946, trug Weitz der MR zum wiederholten Male seine "größte Sorge" über das "unlautere Treiben ... linksradikaler Kräfte" vor, berief sich hierbei auf den Kronzeugen Föcher und wies auf die Notwendigkeit rascher Maßnahmen hin, die Verwaltungen wieder "unpolitisch zu gestalten"³³¹⁾. Was er damit meinte, war anhand seiner Politik gegenüber den Duisburger Gewerkschaften zu sehen.

DIE SCHWERPUNKTE IN DER ARBEIT DER BETRIEBSRÄTE 1946/47

Die Interessenvertretung der Betriebsräte mußte von zwei Bedingungen ausgehen.

Einmal waren die meisten wirtschaftlichen und sozialen Probleme von Entscheidungen auf überbetrieblicher und politischer Ebene abhängig, so daß wichtige Auseinandersetzungen mit den Repräsentanten des Kapitals auf betrieblicher Ebene nicht geführt werden konnten und sich stattdessen, wenn überhaupt, im Bereich der staatlichen Organisation und Wirtschaftspolitik abwickelten. Dies wird anhand der Sozialpolitik beispielhaft deutlich. Den leitenden Stellen des Duisburger Versicherungsamtes, der Krankenkasse, der Unfallversicherung und des Verwaltungsausschusses des Arbeitsamtes gehörten zwar Gewerkschaftsvertreter an³³²⁾, die rechtlichen Entscheidungen beruhten indessen auf Anordnungen der MR und des Zentralamtes für Arbeit.

Zum anderen gab das Kontrollrats-Gesetz Nr. 22 einen Rahmen vor, in dem wirtschaftliche Mitbestimmungsrechte nicht vorgesehen waren. So beklagt der Betriebsrat des Eisenwerkes Wanheim in einem Gespräch mit der NRZ, daß er nur auf Neueinstellungen und Entlassungen Einfluß habe, während es in allen anderen Fragen kein Mitbestimmungsrecht gäbe. Dies hätte zur Folge, daß sich, obwohl alle 12 Betriebsratsmitglieder das "volle Vertrauen der Belegschaftsmitglieder" besäßen, viele Kollegen "apathisch" gegenüber dem betrieblichen Geschehen verhielten. Zudem stelle sich die "Kohldampfschieberei" als Problem für den Arbeitswillen der Belegschaft dar³³³⁾.

Deshalb mußten sich die Betriebsräte vor allem auf die Versorgung der Belegschaften mit Nahrungsmitteln, Bedarfs Gütern und Wohnraum konzentrieren, wie schon im Jahre 1945³³⁴⁾. Dennoch konnten in der Mitbestimmung punktuelle Erfolge erzielt werden. So sahen sich die Teilnehmer der Industriebesprechung vom 4.4.1946 zum Beispiel zu einer Absprache gezwungen, wonach die Betriebsrats - Vorsitzenden die Freistellung "von der Arbeit im eigenen Betrieb beanspruchen könnten"³³⁵⁾.

Einen zweiten Bereich der Betriebsratstätigkeit stellte der Kampf um die Entnazifizierung der Werksleitungen dar. Er konnte an die politische und moralische Diskreditierung der Unternehmerschaft anknüpfen und es gab die Möglichkeit punktuellen Einflusses der Gewerkschaft. Der Wochenbericht 7 des Oberstadtdirektors an die MR vom 12.9.1946 beinhaltete hierzu folgende Darstellung:

"Aus den Kreisen der Wirtschaft wird darauf hingewiesen, daß durch die langsame Erledigung des Entnazifizierungsverfahrens die Disziplin in den Betrieben sehr stark leidet. Die Vorgesetzten haben bei der Arbeiterschaft keine Autorität, wenn es bekannt ist, daß das Entnazifizierungsverfahren für die Vorgesetzten noch nicht abgeschlossen ist. Die Arbeiter und Angestellten sind unpünktlich und lassen sich von ihren Vorgesetzten nichts sagen"³³⁶).

In solchen Fällen konnten die Betriebsräte mitunter sogar Einfluß auf Fragen der betrieblichen Leitung gewinnen. Neben dem bereits geschilderten Beispiel der Demag AG sei ein weiteres genannt. Auf der August-Thyssen-Hütte in Hamborn sahen sich Aktionäre und Werksleitung angesichts ihrer Rolle, die sie bis 1945 gespielt hatten, und wegen der alliierten Demontagepläne einem großen Druck ausgesetzt. Dieser machte sie auch vom Wohlwollen des Betriebsrates abhängig, so daß der Betriebsrat in den Jahren 1946/47 noch über ein weitgehendes Mitspracherecht verfügte³³⁷).

Auch hier ist es jedoch so, daß das Beispiel nicht zu verallgemeinern ist. So erhielt der Betriebsrat des Eisenwerkes Wanheim nicht einmal die Möglichkeit eines Einblicks in die innerbetrieblichen Entnazifizierungsverfahren³³⁸). Eine Chance der direkten Einwirkung bestand für Gewerkschaften hingegen in den Unterausschüssen und betrieblichen "comitees" des städtischen Entnazifizierungsausschusses, die die Entnazifizierung in den Wohngebieten und Betrieben zu initiieren und zu überwachen hatten*.

* Artikel V, Abschnitt e) des Kontrollrats-Gesetzes Nr. 22 sah die Mitarbeit des Betriebsrates bei der Entnazifizierung der Betriebe ausdrücklich vor.

Bereits die Installierung der Entnazifizierungsausschüsse war für OB Weitz Grund zur Sorge. In einem Schreiben an den Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerke AG, Hueck, beklagte er sich über die Genehmigung der personellen Zusammensetzung der Ausschüsse durch die MR. Er warnte vor der Mitarbeit von SPD- und KPD-Mitgliedern, die gegenüber den "Nichtsozialisten" die Mehrheit bildeten³³⁹).

Diese Reaktion deutete darauf hin, daß die Arbeit des städtischen Entnazifizierungsausschusses und seiner Unterausschüsse in den Betrieben die Arbeitgeberseite und die Verwaltungsspitze zumindest zur Vorsicht veranlaßte. Die volle Realisierung der Beschlüsse zur Entnazifizierung der Betriebe und Verwaltungen blieb indessen aus, da die MR die Entscheidungen des Entnazifizierungsausschusses meist nicht anerkannte, abschwächte oder verhinderte*.

* In einem Schreiben des Ortsausschusses der Gewerkschaften vom 2.12.1946 heißt es: "Es ist hier in Duisburg eine bekannte Tatsache, daß die Entnazifizierung nur die kleinen Leute trifft, während die führenden Persönlichkeiten günstig davon kommen". Neben der Kritik an der Zusammensetzung des städtischen Entnazifizierungsausschusses, der mehrheitlich nicht mit Widerstandskämpfern, sondern mit CDU-Ratsmitgliedern besetzt war (SPD und KPD stellten sechs von vierzehn Ausschußmitgliedern), protestierte der Ortsausschuß dagegen, daß die "... ganz großen Leute von den Engländern in besonderen Verfahren behandelt werden, auf die der Entnazifizierungs-Ausschuß keinen Einfluß hat. Auch sind Fälle bekannt, in denen die Militärregierung eine andere Entscheidung getroffen hat, als der Entnazifizierungsausschuß vorgeschlagen hatte". Ein solcher Fall war Horten. Im Zuge der Arierisierung von jüdischem Eigentum durch die Nazi-Partei in den Besitz zweier großer Kaufhäuser in Duisburg gekommen, hatte er zu den Finanziers der Nazis in Duisburg gehört. Der Entnazifizierungsausschuß stufte ihn deshalb unter die Kategorie "hauptschuldig" ein und schlug der MR einen Gerichtsprozeß vor. Die MR verhinderte diesen und Horten erhielt nach kurzer Zeit die beiden Kaufhäuser zurück - und er konnte ungestraft Lager von Konsumwaren anlegen, mit denen er dann nach der Währungsreform 1948 das erste große Geschäft machte. (Vgl. OA der Gewerkschaften an Gewerkschafts-Zonensekretariat, 2.12.1946; Archiv des DGB-Bundesvorstandes, Düsseldorf, Ordner "Entnazifizierung" des gewerkschaftlichen Zonensekretariats 1946; siehe auch Interview, Willi Schmidt.)

Neben den aufgezeigten Schwerpunkten betrieblicher Interessenvertretung ist zu beachten, daß die Betriebsräte in sämtliche Aktivitäten und Aktionen des OA der Gewerkschaften eingebunden waren. Vermittelt über die regelmäßigen Betriebsräte-Konferenzen und die zahlreichen Versammlungen der Industrieverbände fiel ihnen in den zentralen sozialen und politischen Auseinandersetzungen die Aufgabe zu, die Belegschaften mit den gewerkschaftlichen Forderungen bekannt zu machen und zur Aktivität zu bewegen. So schwierig diese Arbeit angesichts des Hungers und des Elends auch war, so erfolgreich gestaltete sie sich dennoch bei den Demonstrationen und Streiks gegen die alliierten Demontagepläne, gegen die skandalöse Ernährungslage, die angeordneten Sonderschichten im Bergbau und für die Mitbestimmungs- und Sozialisierungsforderungen der Gewerkschaften. Sämtliche Aktionen zeichneten sich durch einen hohen Aktivitätsgrad der Belegschaften aus³⁴⁰⁾.

Nicht zuletzt hatten die Betriebsräte und gewerkschaftlichen Vertrauensleute wesentlichen Anteil an der raschen Gewinnung neuer Gewerkschaftsmitglieder, an der Schulungs- und Bildungsarbeit der entsprechenden Ausschüsse und an der Betreuung der Mitglieder.

BETRIEBSVEREINBARUNGEN ZWISCHEN WERKSLEITUNGEN UND BETRIEBSRÄTEN

Wie erwähnt stellten sich die Bedingungen der unmittelbaren Interessenvertretung im Betrieb widersprüchlich dar: dem eng gesteckten gesetzlichen Rahmen standen größere Freiräume gegenüber, die sich aus der Diskreditierung vieler Unternehmer und der Autorität der meisten Betriebsräte ergaben. Hier boten sich Ansatzpunkte für die Durchsetzung sozialer Zugeständnisse der Unternehmensleitungen. Bezogen sich diese weitgehend auf Bereiche, die außerhalb vertraglicher und längerfristig bindender Vereinbarungen lagen, so schuf der Artikel V des Kontrollrats-Gesetzes Nr. 22 immerhin die Möglichkeit von betrieblichen Vereinbarungen zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat³⁴¹⁾.

Darauf gestützt wollten die Gewerkschaften Betriebsvereinbarungen mit "weitreichenden rechtlichen und wirtschaftlichen Forderungen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und der Aufgaben der Betriebsräte"³⁴²⁾.

Das zu diesem Anlaß vom Zonenausschuß der Gewerkschaften ausgearbeitete Muster einer Betriebsvereinbarung enthielt folgende Bestimmungen: gleichberechtigte Beteiligung des Betriebsrates an allen Produktionsabsichten und sonstigen Planungen und bei allen Personalveränderungen; Einblick des Betriebsrates in die Lohnbücher und Personalakten, die Bilanzen und wichtigsten kaufmännischen Bücher; paritätische Besetzung des Aufsichtsrates oder gleichartiger Aufsichtsorgane mit Vertretern der Arbeitnehmerschaft, die von der Gewerkschaft bestellt werden³⁴³⁾.

Die Realisierung dieser "Mindestanforderungen der Gewerkschaften" sollten sämtliche "aus der Nazi-Zeit stammenden und auf dem Führerprinzip beruhenden Vereinbarungen und Betriebsordnungen" beseitigen helfen und nunmehr "einen wirksamen Schutz der Betriebsangehörigen gewährleisten und dem Betriebsrat das volle Mitbestimmungsrecht bei der Regelung aller Fragen geben"³⁴⁴⁾.

Der Kampf um die Durchsetzung dieser Musterbetriebsvereinbarung führte in der britischen Zone zu ersten größeren Streiks für die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechts. So legten im November 1946 die 320 Arbeiter und Angestellten der Firma Bode-Panzer AG in Hannover für 23 Tage die Arbeit nieder, bis eine Betriebsvereinbarung ausgehandelt worden war, die ihren Forderungen entsprach³⁴⁵⁾.

Ebenso erfolgreich verliefen der sogenannte Schmidding-Streik in Niedersachsen³⁴⁶⁾ und der fünfwöchige Streik der Miele-Belegschaft in Bielefeld³⁴⁷⁾.

Insgesamt wurden jedoch bis zum Herbst 1947 in der britischen Zone nur 21 kollektive Musterbetriebsvereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern abgeschlossen, von denen nur ein "verschwindend kleiner Prozentsatz ... den wirtschaftspolitisch geforderten Grundsätzen" der Gewerkschaft entsprach³⁴⁸⁾, so daß der Geschäftsbericht des DGB (britische Zone) von 1949 konstatieren mußte:

"Leider hat der Gang der Entwicklung die an diese Musterbetriebsvereinbarungen geknüpften Hoffnungen nicht erfüllt"³⁴⁹⁾.

Ein Durchbruch für die betriebliche Mitbestimmung wurde also auch in diesem Falle nicht erreicht. Die Frage nach den Gründen, die die Gewerkschaften veranlaßt haben mögen, den Kampf um die betrieblichen Vereinbarungen nicht aufzunehmen und auf die Initiierung einer Streikbewegung zu verzichten*, versucht Pirker zu beantworten:

"Es ist anzunehmen, daß die Gewerkschaften diese strategisch günstige Situation auf dem Gebiet des Kampfes um die Betriebsvereinbarungen deshalb nicht ausgenützt haben, weil sie auf eine umfassendere Regelung der Betriebsverfassung und Wirtschaftsverfassung gehofft haben ... Nicht zuletzt war für die Gewerkschaften die Frage der Vergesellschaftung der Grundstoffindustrien nicht entschieden. Vielleicht haben sie befürchtet, daß durch ein zu schnelles Eingehen auf die Veränderung der Betriebsverfassung ihre andere und wichtigste Zielsetzung, nämlich die Vergesellschaftung, in Verzug kommen würde"³⁵⁰⁾.

Zudem hatten vermutlich Illusionen der Gewerkschaften in die Politik der MR und der deutschen Verwaltungsstellen auch hier ihre Wirkung. Jedenfalls waren die meisten bezirklichen und zonalen Gewerkschaftsvorstände nicht nur in der Frage der betrieblichen Vereinbarungen, sondern auch hinsichtlich der Mitbestimmungs- und Sozialisierungsforderungen zu Streiks und Demonstrationen der Mitglieder nicht bereit³⁵¹⁾. Sie konzentrierten ihre Arbeit auf die parlamentarische und Verhandlungsebene und hofften, Einfluß zu nehmen durch die Erarbeitung von differenzierten Gesetzesvorlagen und durch zahlreiche Gespräche mit den Parteien und Regierung Nordrhein-Westfalens³⁵²⁾.

* Bis zum 31.12.1947 fanden nur 31 Streiks in kleineren Betrieben statt.

Vgl. Schmidt, E.; a.a.O., S. 94

Die Entwicklung in Duisburg entsprach der allgemeinen Situation. Wenngleich dem Verfasser wenig Material über betriebliche Vereinbarungen vorliegt, kann doch mit annähernder Sicherheit festgestellt werden, daß es 1946/47 im Duisburger Raum zu keinen Streiks für die Durchsetzung betrieblicher Mitbestimmungsforderungen gekommen ist. Hierbei hat eine Erscheinung Bedeutung, die Pirkers Vermutung bestätigt. Es fällt auf, daß sich alle vorliegenden Streik-Beispiele für die britische Zone³⁵³⁾ auf kleinere und Mittelbetriebe beziehen, während Streiks zur Durchsetzung der betrieblichen Mitbestimmung in Betrieben der Stahl- und Metallindustrie und des Ruhrbergbaus nicht bekannt sind. Daß dies keineswegs einer mangelnden Kampfbereitschaft der Ruhrarbeiter für politische Ziele zuzuschreiben war, zeigte sich in den Aktionen gegen die Hungerpolitik und für die Sozialisierung im Frühjahr 1947. Es war wohl eher so, daß sich die Betriebsräte und Gewerkschaften hier fast ausschließlich auf die Sozialisierung der Grundstoffindustrien konzentrierten. Diese Orientierung stellte sich Ende 1946/Anfang 1947 angesichts der nicht entschiedenen Eigentumsregelung der Werke als durchaus erfolgversprechend dar und hätte mit ihrer Durchsetzung die wirtschaftliche Mitbestimmung der Betriebsräte gleich mit bewirkt.

Ein weiterer Aspekt dürfte eine Rolle gespielt haben, wenn gleich im nachgeordneten Sinn.

Aufgrund der Struktur der Duisburger Betriebe, die, abgesehen von den entflochtenen Werken, meist in überörtliche Konzerne eingebunden waren, hätten Kampfmaßnahmen um betriebliche Vereinbarungen der Koordinierung auf bezirklicher und auf Landesebene bedurft. Das heißt, die Arbeit der Duisburger Betriebsräte war in starkem Maße in die Arbeit der überörtlichen Industrieverbände eingebunden und von deren Entscheidungen geprägt. So dürfte die ablehnende Haltung des Vorstandes der IG Metall (britische Zone) gegenüber einer Streikbewegung³⁵⁴⁾ in der Frage der Betriebsvereinbarungen seine Wirkung auch auf die Betriebsräte der Duisburger Metallbetriebe nicht verfehlt haben.

Unter diesen Umständen gab es auch in den Duisburger Großbetrieben Betriebsvereinbarungen, die punktuell den gewerkschaftlichen Vorstellungen entgegenkamen. So handelten z.B. Betriebsrat und Direktion der Demag AG eine Vereinbarung aus, die eine jährliche "Arbeits-, Erfolgs- und Treueprämie" für die Belegschaft beinhaltete und zugestand, daß dem Aufsichtsrat ein Arbeitnehmer-Vertreter angehören sollte. Angesichts der niedrigen Lohneinkommen und der Tatsache, daß der Arbeitnehmer-Vertreter nicht von der Belegschaft gewählt, sondern von der Direktion berufen werden sollte, relativierte sich der positive Gehalt dieser Vereinbarung allerdings³⁵⁵⁾.

Im übrigen war es erklärte Taktik der Arbeitgeberseite, die Verhandlungen um Grundsätze der Vereinbarungen nicht auf betrieblicher Ebene zu führen, sondern den Arbeitgeberverbänden zu überlassen³⁵⁶⁾. So lehnte beispielsweise die Betriebsleitung der HOAG in Oberhausen-Sterkrade jegliche Verhandlung mit dem Betriebsrat ab, gab ihrer Befürchtung Ausdruck, bei betrieblichen Vereinbarungen könne "ein Betrieb gegen den andern" ausgespielt werden und verwies auf die Verhandlungsangebote des Arbeitgeberverbandes Nordrhein-Westfalen³⁵⁷⁾.

Diese wurden von den zentralen Gliederungen des DGB und der Industrieverbände abgelehnt, da vorerst mit Unternehmerverbänden im traditionellen Stil nicht verhandelt werden sollte.

Ergebnisse im Interesse der Belegschaften blieben indessen auch dann aus, nachdem die Verhandlungen zwischen Arbeitgeberseite und Gewerkschaften aufgenommen worden waren³⁵⁸⁾.

DAS BEISPIEL DER DUISBURGER KUPFERHÜTTE

Die Betriebsvereinbarung zwischen dem Betriebsrat und der Direktion der Duisburger Kupferhütte aus dem Jahre 1946 und die späteren, betrieblichen Tarifverträge gewannen besondere Bedeutung, da sie Bestimmungen enthielten, denen der Gedanke der "Sozialpartnerschaft", der "Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit", zugrunde lag.

Initiator dieser Vereinbarungen war Dr. Kuß, der 1946 als

früheres Vorstandsmitglied von der MR mit der Leitung des Unternehmens beauftragt worden war. Er führte ein besonderes System der Beteiligung der Belegschaft am Gewinn des Unternehmens ein und nannte dieses den "gerechten Lohn". Zudem strebte er eine "Mitbestimmung des Betriebsrates bei der Produktion" an und machte den Betriebsratsvorsitzenden zum "Prokuristen" und Abteilungsleiter mit dem Recht der Teilnahme an Direktionssitzungen. Im Sinne der katholischen Soziallehre und der programmatischen Aussagen der CDU wollte er mit seinen Vorschlägen zur "Befriedung der Wirtschaft" beitragen und die sozialistische Anschauung vom Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit endgültig widerlegen³⁵⁹⁾.

Der Betriebsrat der Kupferhütte ging auf die Vorschläge ein und schloß einige Jahre jeweils gesonderte Verträge mit Kuß ab, ohne dabei die ausgehandelten Tarifverträge zwischen Arbeitgeberverband und Gewerkschaft zu berücksichtigen. In einem Gespräch äußert der damalige Betriebsrats-Vorsitzende, daß diese Vereinbarungen in den ersten Nachkriegsjahren einige soziale Verbesserungen nach sich gezogen haben, so die Einrichtung einer Werksküche, die Anstellung eines Werksarztes und die Einrichtung einer Pensions- und Krankenkasse. Er selbst habe bei vielen Entscheidungen mitdiskutieren können, was jedoch einer gleichberechtigten Mitbestimmung nicht entspreche³⁶⁰⁾.

Die Kritik der Gewerkschaften richtete sich hauptsächlich gegen den "gerechten Lohn".

Der "gerechte Lohn" wurde als Ergebnislohn am Ende eines Jahres ausgeschüttet - vergleichbar dem heute üblichen 13. Monatsgehalt - und bestimmte sich nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit des jeweiligen Belegschaftsmitgliedes und dessen Stellung im Produktionsprozeß. Hierbei wurde jedem Arbeitnehmer die Rolle eines "Mit-Unternehmers" zugeschrieben, d.h., er bekam das Jahr über einen Mindestlohn ausgezahlt, während alle darüber hinausgehenden finanziellen Zuwendungen (übertarifliche Leistungen) als "Kapitalanlage" von der Betriebsleitung einbehalten wurden. Am Ende des Jahres dann, nachdem die erforderlichen Abschreibungen vorgenommen und die Kapitalrücklagen gesichert waren, wurden jedem "Mit-Unterneh-

mer" mindestens 6 % Dividende und ein bestimmter Prozentsatz des Gewinns ausgezahlt.

Von gewerkschaftlicher Seite wurde dieses System der Sozialpartnerschaft mit folgenden Argumenten beantwortet:

Zum einen errechnete die IG Metall, daß die auf der Kupferhütte gezahlten Löhne nicht höher als andere Löhne waren, sondern den "in der dortigen Metallindustrie üblichen Löhnen" entsprachen:

"Dabei hat dann das Unternehmen noch den Vorteil, daß es das ganze Jahr über mit diesen Summen zinslos arbeiten kann, was eben nicht der Fall wäre, wenn, wie vielfach üblich, durch bessere Bezahlung über den Mindestlohn hinaus, der Arbeiter und Angestellte schon allwöchentlich und allmonatlich in den Besitz dieser angeblichen 'Gewinnbeteiligung' käme³⁶¹⁾.

Ein drittes Argument betraf die Höhe der Gewinnbeteiligung. Sie betrug im Dezember 1948 960.000 DM für 2.700 Arbeitnehmer, während die Gruppe der Aktionäre mit 640.000 DM am Gewinn beteiligt war - abgesehen davon, daß es sich bei den insgesamt 1,6 Millionen DM nicht um den Reingewinn handelte:

"Dem mühelosen Einkommen der wenigen Aktionäre steht das im besten Falle 13. Monatsgehalt der Arbeiter und Angestellten gegenüber"³⁶²⁾.

Zuletzt sei darauf hingewiesen, daß die Ernennung des Betriebsrats-Vorsitzenden zum "Prokuristen" ihn de facto nur zu einem "Abteilungsleiter für die soziale Betreuung der Belegschaft" machte, der über "wesentlich geringeren Einfluß als etwa die Arbeitsdirektoren in den entflochtenen Betrieben" verfügte³⁶³⁾.

4. DIE ARBEIT DER GEWERKSCHAFT FÜR EINE VERBESSERUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN LAGE UND DIE FORDERUNG NACH MITBESTIMMUNG UND SOZIALISIERUNG

In der neuen Einheitsgewerkschaft war man sich einig, daß es, wie Hans Böckler auf der 1. Zonenkonferenz 1946 formulierte, "nicht ein zweites Mal ... der deutschen Arbeitnehmerschaft passieren (darf), was in den Jahren 1920/21 passiert ist. Daß sie trotz ihrem ehrlichen Streben letzten Endes doch wiederum die Betrogenen sind ..." ³⁶⁴⁾.

DIE 1.-MAI-DEMONSTRATION 1946

Vorbereitung und Verlauf der 1.-Mai-Demonstration 1946 in Duisburg zeigten wie weit die Einsicht in die historische Rolle der Arbeiterbewegung ging. Der Aufruf³⁶⁵⁾ begann mit dem Resümee, daß es nach 13 Jahren die erste Maikundgebung im Sinne eines "Kampftages der Werktätigen" sei und seit 1914 die erste gemeinsame "Demonstration der deutschen Arbeiterklasse". Sie wurde als Zeichen gesehen für die Überwindung der Spaltung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. In diesem Sinne gestaltete sich die Rede Gustav Sanders auf der Kundgebung vor dem Stadttheater:

"Heute steht wiederum die deutsche Arbeiterklasse vor einem geschichtlichen Wendepunkt und jetzt heißt es, die große Chance zu erkennen. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft muß sich darauf vorbereiten, die leitenden Stellungen in der Wirtschaft zu übernehmen". Dies müsse im "Kampf gegen Nazismus und Reaktion" durchgesetzt werden³⁶⁶⁾.

Dem Aufruf folgten insgesamt rund 40.000 Duisburger Arbeitnehmer, wovon jeweils 20.000 in der Duisburger Stadtmitte und in Hamborn demonstrierten³⁶⁷⁾.

Bei einer Gesamtzahl von 120.542 Arbeiter, Angestellten und Beamten im Dezember 1946 waren dies etwa 1/3 der Duisburger Arbeitnehmerschaft³⁶⁸⁾.

Als Redner hatte der OA der Gewerkschaften in Hamborn die

Abb. 30



Willi Schmidt, (ParteiSekretär der KPD in Duisburg und ab 1. März 1946 Jugendsekretär des IV Metall) als Redner auf der Kundgebung am 1. Mai 1946 vor dem Duisburger Stadttheater auf dem König-Heinrich-Platz. Er gehörte der ersten am 17. März 1946 gewählten Ortsverwaltung des IV Metall an. Weitere Angaben Seite 8.

Abb. 31



Teilnehmer der 1. Mai-Kundgebung auf dem König-Heinrich-Platz in Duisburg.

Kollegen Müßig und Metz und in der Stadtmitte die Kollegen Sander, Föcher und Schmidt nominiert³⁶⁹⁾.

Die 40.000 Teilnehmer stimmten per Akklamation einer EntschlieÙung zu, die auf die "großen Gefahren der Ernährungsnot" für die Arbeiterschaft hinwies und Maßnahmen bis zur Enteignung der Groß- und Mittelbauern und der Händler forderte, falls diese weiterhin die Versorgungskrise durch Warenhortungen und Schwarzhandel verschärfen würden³⁷⁰⁾.

An der 1. Mai-Demonstration 1946 ließ sich auch die politische Defensive ablesen, in der sich die bürgerliche Mehrheit in der CDU damals noch befand. Während sie im Duisburger Stadtrat bereits die Besetzung kommunalpolitischer Schlüsselpositionen mit Vertretern der Arbeitnehmerschaft verhinderte, sah sie sich - für die Öffentlichkeit - gezwungen, den 1. Mai-Aufruf zu unterschreiben, und somit sogar die Forderung nach "politischer Macht der Arbeiterklasse".

Für den OA der Gewerkschaften stellte sich mit den Monaten heraus, daß die zahlreichen Resolutionen, Anträge und Verhandlungsangebote an die Unternehmerschaft und die deutschen Verwaltungsstellen weithin wirkungslos geblieben waren und sich die soziale Lage der Arbeitnehmer noch verschlechterte. Nun sei, so seine Auffassung am 6.12.1946, "die Stunde der Resolutionen und Deputationen vorbei ... Es sei beabsichtigt, die Arbeitsruhe für Stunden - und wenn diese Maßnahme wirkungslos bleibt - für Tage anzuordnen, damit den berechtigten Forderungen der arbeitenden Bevölkerung auf eine gerechte Versorgung, auf die entscheidende Mitbestimmung in der Wirtschaft und auf den organischen Aufbau der Ruhrwirtschaft der entscheidende Nachdruck verliehen würde"³⁷¹⁾.

Dieser Beschluß bildete die Aktionsorientierung für die Gewerkschaften in den nächsten Monaten und die notwendige Ergänzung der im Oktober 1946 verabschiedeten Sofortprogramme³⁷²⁾.

Er fiel außerdem in eine Zeit, in der die Auseinandersetzungen um die alliierten Demontagepläne in Duisburg sich zuspitzten.

4.1. GEGEN DIE ALLIIERTEN DEMONTAGEPLÄNE UND PRODUKTIONSEINSCHRÄNKUNGEN

Bei der Beurteilung der Auseinandersetzungen um die alliierten Demontagepläne ist zu beachten, daß die westdeutsche Wirtschaft 1946/47 ihren Tiefpunkt erreichte.

"Der Zusammenbruch der westdeutschen Wirtschaft im Winter 1946/47 war vollständig und nachhaltig. Die auf den akuten Schwächeanfall des Transportsystems folgende Krise des wirtschaftlichen Organismus hielt bis in den Sommer 1947 hinein an ..." ³⁷³⁾.

Im Investitionsgüterbereich z.B. sank das Produktionsniveau um mehr als 85 % auf einen Stand, der bereits zur Jahreswende 1945/46 erreicht worden war³⁷⁴⁾.

Obgleich die weitgehende Zerstörung des Transportsystems zum wirtschaftlichen Chaos beitrug, deuten folgende Zahlen auf weitere Ursachen hin.

Während die Ausnutzung der Industriekapazitäten in der sowjetischen Besatzungszone 1946 durchschnittlich 49 % betrug, lag sie in der britischen Zone bei etwa 30 % und in der amerikanischen bei 29 %³⁷⁵⁾. Die Rohstahlerzeugung in Nordrhein-Westfalen erreichte 1946 nur 15,8 % und die Steinkohleförderung 45,6 % des Produktionsstandes von 1936³⁷⁶⁾.

Dies erlaubt die Schlußfolgerung, daß neben den Sabotageakten ehemaliger Nazis und Wirtschaftsführer in den Betrieben die Ausfuhr der geförderten Kohle und die Produktionsbeschränkungen und Demontagen durch die MR den Zusammenbruch der westdeutschen Wirtschaft förderten.

Die Folgen bekam vor allem die Arbeitnehmerschaft zu spüren. Die Ankurbelung der deutschen Wirtschaft war insgesamt, bis zur Konsumgüterproduktion, erheblich behindert, und große Produktionskapazitäten lagen brach, so daß nicht alle Arbeitnehmer, die arbeitsfähig waren und nicht als "Arbeitsbefreite" oder "Invaliden" galten, eine Anstellung fanden. So betrug die Zahl der Arbeitslosen in Duisburg im Dezember 1946 4,5 % der Gesamtbevölkerung³⁷⁷⁾.

Angesichts dieser Situation stießen die ersten Demontagepläne der britischen Besatzungsmacht auf eine große Empörung in

den Gewerkschaften. Es gab die Befürchtung, die Arbeitslosigkeit könne sich um ein Vielfaches verschlimmern. Hinzu kam folgende Überlegung des Kollegen Stenzel:

"In Wirklichkeit ist die Zahl von der Gesamtdemontage im Ruhrgebiet betroffenen Menschen direkt und auch indirekt bedeutend höher, als es die Belegschaftszahlen der zur Demontage bestimmten Betriebe erkennen lassen, wenn man auch die diesen Betrieben vor- oder nachgelagerten Produktionsstätten mit in Betracht zieht und dann noch weiter die Bevölkerung in den Städten und Gemeinden, die durch die Schließung großer Betriebe und durch die Gefährdung von Großbetrieben in ihrer gesamten kommunalen Existenz gefährdet sind"³⁷⁸⁾.

Der Kampf gegen die Demontagepläne lag also nicht nur im Interesse der betroffenen Belegschaften, sondern - vor allem auf Duisburg bezogen - im Interesse fast aller Arbeitnehmer.

Die Darstellung der Auseinandersetzungen um die Demontage kann sich im Rahmen der vorliegenden Arbeit nur auf die erste Zeit der Planung beziehen, während die Demontagen und ihr schließlicher Abbruch erst zu einem Zeitpunkt stattfanden, der den Rahmen dieser Darstellung übersteigt.

Erst am 17.10.1947 legte die britische MR eine Liste der zu demontierenden Betriebe vor³⁷⁹⁾. Hierbei berief sie sich auf die entsprechenden Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, wonach sämtliche Kriegsanlagen und Rüstungsindustrien zerstört und die industrielle Produktion auf ein begrenztes Niveau festgesetzt werden sollten³⁸⁰⁾.

Da es sich bei den geplanten Demontagen jedoch zum großen Teil nicht um reine Rüstungsbetriebe handelte - in Duisburg beispielsweise waren 3 Hüttenwerke der ATH Hamborn, 2 Werke des Mannesmann-Konzerns und einige mittlere Werke der Zubringerindustrie sowie des Maschinenbaus betroffen³⁸¹⁾ -, wiesen die Gewerkschaften auf "die Unvereinbarkeit der Demontage deutscher Friedensproduktion mit dem Wiederaufbau Deutschlands" hin³⁸²⁾.

Diese Argumentation der Gewerkschaften setzte nicht erst mit der Veröffentlichung der detaillierten Pläne der MR ein. Da

die britische Besatzungsmacht im Jahre 1946 erste Pläne veröffentlichte und auch Demontagen vornahm, sah sich Hans Böckler bereits am 26.11.1946 in einer Sitzung des Zonenbeirats zu der Äußerung veranlaßt:

"Wenn die Demontagen in dem Umfang weiter fortgesetzt werden sollen, wie sie jetzt stattfinden, dann stehen wir in kurzer Zeit vor der Tatsache, daß unsere deutschen Arbeiter sich weigern werden, bei solchen Demontagen Hand anzulegen, was dann weiterhin entsteht, dürfte jedenfalls den Besatzungsmächten nicht ganz einerlei sein. Die Unzufriedenheit der deutschen Arbeiter hat einen solchen Umfang angenommen, daß mit solchen Dingen zu rechnen ist, und keine Macht in der Lage ist, sie zu verhüten"³⁸³⁾.

Mit diesen Worten drückte Böckler eine Stimmung aus, die auch auf die Duisburger Situation übertragbar war.

DIE ERSTEN STILLEGUNGSPLÄNE DER MR UND DIE STELLUNGNAHME DES OA DER GEWERKSCHAFTEN

Im September 1946 wurde bekannt, daß die MR die Stilllegung der August-Thyssen-Hütte in Hamborn plante und die des Mannesmann-Werkes in Großenbaum bereits am 1.10.1946 vollziehen wollte. Dies beschwor eine Verschärfung der katastrophalen wirtschaftlichen Situation herauf. In einer Resolution machten die Teilnehmer der Delegiertenkonferenz des OA vom 10.10.1946 dies anhand einiger Beispiele und Zahlen deutlich. Eine Stilllegung der August-Thyssen-Hütte "als der typischen Repräsentation einer modernen Verbundwirtschaft" ziehe weitreichende Folgen nach sich: Der gesamte Komplex der umliegenden Betriebe, die angeschlossene Energiegewinnung und -versorgung (Gas und Strom) sowie die übrigen angeschlossenen Wirtschaftszweige und der öffentliche Konsum seien direkt betroffen. Außerdem seien augenblicklich mehr als 5.000 Arbeitnehmer "mit dem Schicksal der ATH" verbunden und würden mit ihrer Stilllegung arbeitslos.

Von einer Betriebsstilllegung in Großenbaum, eines "produk-

tionsfähigen Eisenwerkes"*, seien insgesamt 1.500 Arbeitnehmer betroffen, so daß eine "unvorstellbare Not in einen ganzen Stadtteil einziehen würde".

Die Delegierten sahen in den Stilllegungsplänen zudem eine Gefahr für die gesamte Ruhrwirtschaft und nannten ihre Sofortforderungen. Zur Beendigung der Verwendung der geförderten Kohle zu Ausfuhrzwecken sollte die MR ein Kohlenmoratoriums gewähren, so daß die Kohle zu häuslichen Zwecken und in der Eisen- und Stahlproduktion verwendet werden konnte. Weiterhin sollte jede Demontageabsicht zurückgestellt und die Rüstungsbestriebe sollten auf Friedensproduktion umgestellt werden:

"Übergebt die Betriebe an der Ruhr in das Gemeineigentum und in die Mitverantwortung der Schaffenden, und die Wirtschaft der Ruhr wird nie mehr für Kriegszwecke mißbraucht werden können".

Darüber hinaus sei es erforderlich, "der eisenschaffenden Industrie an der Ruhr in stärkerem Maße Produktionserlaubnis zu geben" und den Duisburger Hafen wieder zum zentralen Umschlagplatz für die Wirtschaft zu machen³⁸⁴⁾.

Vor dem Hintergrund dieser Forderungen entwickelte sich in den darauffolgenden Wochen eine Protestbewegung.

PROTESTRESOLUTIONEN UND DEMONSTRATIONEN

Bereits Anfang Oktober 1946 hatte Oberstadtdirektor Klimpel in seinem Wochenbericht an die MR geschrieben, daß er angesichts der Stilllegungspläne "pflichtgemäß darauf aufmerksam mache, daß die Stimmung sehr erhitzt ist". Die Arbeiterschaft der betroffenen Werke sei nicht bereit, auf die Pläne der MR einzugehen³⁸⁵⁾.

* Das Werk wies nur wenige Kriegsschäden auf und trug im September 1945 90 % der gesamten deutschen Stahlproduktion.

Vgl. Grefermann, M.; a.a.O.; S. 25

Der Oberbürgermeister Der Stadt Duisburg

Stadamt..... (.....)
Verwaltungsgebäude.....
Stimmer Nr., Seitenruf 26121, Nebenanschluß

1.) an den Wirtschafts-Minister Dr. Nollting
Düsseldorf, Landesregierung,
2.) an den Eisenbeirat Düsseldorf,
3.) an die Militär-Regierung Düsseldorf

Ihre Zeichen Ihr Schreiben vom Mein Zeichen OB/Pe. Tag 9. Okt. 1946

Betrifft: Stilllegung von Duisburger Betrieben.

Von der Militärregierung ist erneut eine Stilllegung wichtigster deutscher Werke angeordnet oder in Aussicht genommen. Der an sich schon unter den Auswirkungen des Krieges besonders notleidende Duisburger Wirtschaftsraum wird hierdurch erneut betroffen. So sollen u. a. stillgelegt werden ein Teil der größten Duisburger Werke, der August-Thyssen-Hütte, ferner die Mannesmannröhren-Werke Abt. Duisburg-Großenbaum. Diese Stilllegungen bedeuten für tausende Duisburger Arbeiter und Angestellte den Verlust ihrer Existenzbasis, da es sich größten Teils um Arbeitskräfte handelt, die durch ihre Wohnungen fest mit ihrem Betrieb verbunden sind, ^{im reiferen Alter stehen} und ^{in der Lage wären,} die Strapazen einer Vorpflanzung in andere Bezirke in ihrem an sich schon außerordentlich geschwächten Gesundheitszustand zu ertragen. Von den Stilllegungen der Werke werden bei der systematischen Organisation der Industrie des Duisburger Raumes zwangsläufig auch weitere Produktionsstätten betroffen, die entweder Lieferfirmen oder die Abnehmer dieser Betriebe sind. Durch die Stilllegung wird ferner der Wiederaufbau im engeren Sinne des Wortes, vor allem die Wiederherstellung der zerstörten Brücken - Die Hafenstadt Duisburg ist hierdurch mit 60 zerstörten Brücken stärker als jede andere Stadt betroffen - auf lange Zeit verzögert. Aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen hat der Rat der Stadt Duisburg ^{im Namen der Menschlichkeit u. der Vernunft} deshalb in seiner Sitzung vom 8.10.1946 einmütig die bittende und beschwörende Stimme erhoben, die Stilllegungen rückgängig zu machen und von weitem solcher Eingriffe in das Wirtschaftsleben abzusehen. Wenn die Menschen im Industriegebiet nicht zur Verzweiflung getrieben werden sollen, müssen diese Stilllegungs- und Reparationsmaßnahmen unterbleiben.

Es muß nach einstimmiger Ansicht des Rats der Stadt nach Ablauf von 1 1/2 Jahren, seit die Waffen ruhen, vielmehr darangegangen werden, das deutsche Wirtschaftsleben besonders im Ruhrgebiet auf ruhiger und solider Basis aufzubauen und wieder herzustellen. Diese Bitte dürfte, was die eisenschaffende und -verarbeitende Industrie betrifft, um so berechtigter sein, als bisher bei weitem nicht die von den alliierten Mächten koncedierte, außerordentlich bescheidene und unzureichende Produktionsmenge von Eisen und Stahl erreicht ist.

Die mitunterzeichnenden Gewerkschaften sowie die Industrie- und Handelskammer Duisburg treten dieser Entschliessung des Rates der Gemeinde bei.

gez. Dr. Weitz

(Dr. Weitz)

Unterszeichner:

Dr. Herber für die Industrie- u. Handelskammer

*Stoek, K. P. D. }
Sander, S. P. D. } für die Gewerkschaften
Föcher, C. D. W. }*

2.) z. d. A. 16.10.46

Im Mannesmann-Werk Großenbaum gelang es der Werksleitung und dem Betriebsrat zunächst, einen Aufschub der Stilllegung zu erreichen³⁸⁶⁾. Wenige Tage später jedoch, wurde das Werk stillgelegt und 1.200 Arbeitnehmer "freigesetzt". Der Betriebsrat legte daraufhin Protest ein und rief für Anfang November zu einer Kundgebung auf. Hierin fand er die Unterstützung der Großenbaumer Werksleitung und der Parteien des Duisburger Stadtparlaments. Im Anschluß an die Demonstration bildete sich ein sogenannter Mannesmann-Ausschuß aus Vertretern des Betriebsrates, der Gewerkschaft und der politischen Parteien, der die Aufgabe hatte, mit der Mannesmann-Konzernleitung und den Stellen der MR zu verhandeln³⁸⁷⁾. Das vorläufige Resultat war die Wiederaufnahme der Produktion und die Festsetzung des Stilllegungstermins auf den 30.11.1946.

Gegen Ende November wurde dem "Mannesmann-Ausschuß" allerdings ein Vorgang bekannt, der auf die gegensätzlichen Interessen der Kapitaleigner und Aktionäre einerseits und der Arbeitnehmerschaft andererseits aufmerksam machte; und auf das vorrangige Interesse der Unternehmerschaft nach Sicherung ihrer Vermögenswerte, das nicht per se den Willen zur Wiedereingangssetzung der Produktion einschloß.

Wie es hieß, war nicht die bloße Stilllegung und Demontage des Großenbaumer Werkes und die Ausfuhr der demontierten Maschinen nach Großbritannien beabsichtigt, sondern die Überführung der Universal-Walzenstraße in das Huckinger Werk und die Aufteilung der übrigen Produktionskapazitäten auf die Mannesmann-Werke in Düsseldorf-Rath und Huckingen. Dies hatte die Mannesmann-Konzernleitung mit den verantwortlichen Stellen der MR ausgehandelt. Die Leitung des Konzerns hatte also keinerlei Sachwertverluste zu befürchten, während der Großenbaumer Belegschaft die Arbeitsplätze verloren gingen.

Diese "Machenschaften der Konzernleitung" hätten nur deshalb geschehen können, so der Vertreter der Gewerkschaft im "Mannesmann-Ausschuß", Effmann, weil ein Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und der Belegschaften fehlte. Man werde sich jedoch solche "Verschiebungen", die nicht erstmalig erfolgten und deren "wirklicher Sinn ... sich nicht im

Moment", wohl aber später offenbare, nicht bieten lassen.

Hierbei konnten sich die Gewerkschaften auf die Stimmung in der Belegschaft berufen. Die Empörung der Arbeiter könne, so das Betriebsrats-Mitglied Biller, "bei Verschärfung der augenblicklichen Lage zum Äußersten führen". Alle Werksangehörigen würden sich geschlossen weigern, "auch nur einen Schraubenschlüssel zur Abmontierung der Anlagen in Großenbaum anzurühren, sie sagen: 'der Konzern raubt uns aus:'"³⁸⁸⁾.

Die Stilllegung des Werkes wurde indessen zunächst realisiert. Erst ab Oktober 1947 genehmigte die MR im Zuge ihrer wirtschaftspolitischen Umorientierung die Wiederaufnahme der Produktion und in den folgenden Jahren ihre Erweiterung und Modernisierung*.

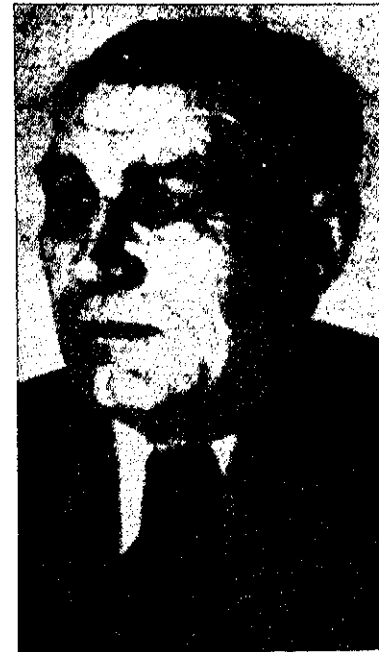
Die Protestbewegung gegen die Demontage der August-Thyssen-Hütte setzte nach dem Bekanntwerden des Beschlusses der britischen Besatzungsbehörden am 17. Januar 1947 ein. Im Vergleich zu den Ereignissen in Großenbaum trat die Stilllegung der Hütte nicht sogleich in Kraft. Ihre Produktion war jedoch bereits begrenzt, da die MR die Kohle- und Energieversorgung des Werkes drosselte.

Am 22. Januar überbrachte der Betriebsrat dem nordrhein-westfälischen Landtag eine Protestresolution und forderte die Abgeordneten auf, sich zu Anwälten der 5.000 Thyssen-Arbeiter und der 100.000 Einwohner zählenden Hamborner Bevölkerung zu machen³⁸⁹⁾.

Eine Woche später, am 28.1.1947, fand eine Protestkundgebung in der Eisenbahnwerkstätte der ATH statt, zu der Betriebsrat und JV Metall aufgerufen hatten³⁹⁰⁾.

Vor den 3.000 anwesenden Thyssen-Arbeitern sprachen die Kollegen Konrad Skrentny (Mitglied des Zonenausschusses und kommunistischer Landtagsabgeordneter), Adalbert Stenzel (Vorsitzender des OA der Gewerkschaften), Mathias Föcher (Geschäftsführer der ÖTV), Willi Stock (1. Bevollmächtigter

* Vgl. Grefermann, M.; a.a.O.; S. 25; siehe Seite 166, 168f



Johann Effmann. Er war in den ersten Monaten nach Kriegsende Betriebsratsvorsitzender der Gießerei Melderich, gehörte der ersten am 17. März 1946 gewählten Ortsverwaltung des IV Metall an und wurde Sekretär des IV Metall in Hamborn. Johann Effmann war Gewerkschaftsvertreter im Mannesmann-Ausschuß, der die Maßnahmen zur Wiederinbetriebnahme und gegen die Demontage des Werkes in Großenbaum koordinierte.

Abb. 34



Fritz Radtke. Betriebsrat der August-Thyssen-Hütte vom Wiederbeginn gewerkschaftlicher Aktivitäten bis 1962 und Mitglied der ersten am 17. März 1946 gewählten Ortsverwaltung.



Heinrich Schmitz. Ab 1946 Partisekretär und Fraktionsvorsitzender der KPD im Rat der Stadt Duisburg. Weitere Angaben zur Person Seite 8.



Eberhard Brünen. Partisekretär der SPD in Duisburg und Mitglied der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Duisburg.

des JV Metall Duisburg), Heinrich Schmitz (Ratsherr der KPD) und Eberhard Brünen (Ratsherr der SPD) sowie OB Weitz. Skrentny betonte, daß die Gewerkschaften keineswegs gegen einen Beitrag der deutschen Arbeiter zur Wiedergutmachung der Verwüstungen durch die NS-Armee seien. Sie wollten allerdings auch im Innern "Garanten einer friedlichen Entwicklung in Deutschland" sein. Dies setze die Sozialisierung der Betriebe voraus, da die "Industrie in Händen von Kapitalisten ... neue Kriegsgefahr" bedeute und erfordere zudem die Ermöglichung eines friedlichen Aufbaus der deutschen Wirtschaft. Diesem Ziel würden die alliierten Demontagepläne nicht entgegenkommen.

Ratsherr Brünen knüpfte an diesen Gedanken an und sah den einzigen Ausweg "aus der verfahrenen Situation kapitalistischer Wirtschaft" in dem "konsequenten Eintreten für eine sozialistische Gesellschaftsordnung".

Im Anschluß daran stellte Ratsherr Schmitz die Frage nach dem Verbleib der geförderten Kohle: Obwohl zunehmend mehr Kohle gefördert werde, sinke die Industrieproduktion weiterhin ab. Dies könne offenbar nicht mit dem Argument der MR erklärt werden, es herrsche akute Energieknappheit. Anscheinend entziehe die MR immer noch den größten Teil der Kohle der einheimischen Industrie und Bevölkerung und exportiere diese in andere westeuropäische Länder.

Daß die deutschen Bergarbeiter zu freiwilligen Sonderschichten durchaus bereit waren, sobald es um gewerkschaftliche Solidarität und die Steigerung der Ruhrindustrie-Produktion gehe, meinte der Kollege Stenzel. So hätten sich die Duisburger Bergleute bereit erklärt, die durch höhere Anweisung reduzierte Kohlenzuteilung an die Thyssenhütte durch freiwillige Sonntagsschichten auszugleichen. ³⁹¹⁾

In den darauffolgenden Monaten konnte hingegen keine einzige Erlaubnis einer Produktionssteigerung erreicht werden. Als die MR im Oktober 1947 die Liste der Demontageobjekte veröffentlichte, befand sich auch die August-Thyssen-Hütte unter den aufgeführten Werken. Demontiert werden sollten alle der Eisen- und Stahlproduktion dienenden Anlagen, samt der Nebenbetriebe. Dies wäre einer vollständigen Demontage

gleichgekommen. Deshalb entfielen allein 60 % der gesamten Rohstahlkapazität, die im Ruhrgebiet unter die alliierten Pläne fiel, auf die ATH Hamborn.

Nachdem die ersten Maschinen im Sommer 1948 aus ihren Fundamenten entfernt und abgebaut worden waren, entstand erneut eine Protestbewegung, die nun bereits den Interessen der Westmächte in gewisser Weise entgegenkam, da diese mittlerweile eine Umorientierung ihrer Deutschlandpolitik auf die Stärkung einer kapitalistischen Wirtschaft in Westdeutschland vorgenommen hatten.

Zur Jahreswende 1948/49 war die Thyssen-Hütte trotz der ersten Demontagen noch nicht abgebaut, so daß die Absetzung von der Demontageliste am Ende des Jahres 1949 - eine Folge des Petersberger Abkommens zwischen den Westalliierten und der Adenauer-Regierung - ihren weitgehenden Erhalt sicherte³⁹²⁾.

Neben den beiden bedeutenden Werken gab es im Duisburger Raum weitere Betriebsanlagen, die von der Demontage betroffen sein sollten, so ein Teilwerk der Demag AG, die Niederrheinische Hütte und die Hütte Vulkan (beide ATH-Konzern), das Eisenwerk Wanheim, das Deutsche Eisenwerk Meiderich sowie einige kleinere Betriebe. Letztendlich wurde nur die Hütte Vulkan vollständig demontiert, während alle anderen Werke erhalten blieben und ab 1948/49 ihre Produktion auszuweiten begannen³⁹³⁾.

Dieser Verlauf ging auf den Industrieplan der MR vom August 1947³⁹⁴⁾ zurück, der die Produktionserlaubnis bereits erheblich erweitert und die ursprünglichen Demontagepläne gekürzt hatte.

"Die deutsche Industriekapazität (sollte) nur noch 5 - 10 % unter dem Niveau von 1936 liegen"³⁹⁵⁾.

Dementsprechend sah die Demontageliste vom Oktober 1947 eine Einschränkung der ursprünglichen Absichten vor.

Diese Tendenz setzte sich in den Jahre 1948/49 fort, indem schrittweise eine Reduzierung der Demontageliste vorgenommen wurde³⁹⁶⁾.

Abzulesen ist diese Entwicklung z.B. anhand der Rohstahlproduktion der Niederrheinischen Hütte. Sie betrug bereits 1948 wieder 136.000 t und stieg seither rasch auf 196.000 t (1949) und 251.000 t (1950) an³⁹⁷⁾.

Deutlicher noch zeigte sich dies an der Rohstahlproduktion der Mannesmann-Hüttenwerke. Sie betrug in den Jahren 1946 und 1947. 210.000 t und 217.000 t und stieg 1948 auf 347.000 t an³⁹⁸⁾.

DER DUISBURGER HAFEN

Von großer Tragweite für Duisburg war die Zerstörung des Hafens. Mit dem insgesamt hohen Zerstörungsgrad des Transportsystems³⁹⁹⁾, gab sie in den Jahren 1946/47 eine zusätzliche Ursache für den drohenden Zusammenbruch der wirtschaftlichen Verhältnisse ab. So zeigte sich bei der Kohleversorgung, neben der Ausfuhr der geförderten Kohle in andere westeuropäische Länder, ein weiteres Problem:

"Von 183.000 Tagestonnen (Kohle) im Oktober 1946 stieg die Förderung auf 234.000 Tagestonnen im März 1947 an. Gleichzeitig wuchsen aber die Haldenbestände von 318.000 Tonnen auf 1.227.000 Tonnen. Eine Vervielfachung inmitten der Kohlenot - dies signalisierte eine Transportkrise großen Ausmaßes"⁴⁰⁰⁾.

Sie kam in Bezug auf den Duisburger Hafen darin zum Ausdruck, daß dessen Gesamtumschlag von über 24 Millionen Tonnen (1927) auf 5 Millionen (1946) gesunken war, und die Anzahl der dort Beschäftigten von 3.000 (1927) auf 1.250 (1946) abfiel⁴⁰¹⁾.

In einem Gespräch mit der NRZ sprach Gustav Sander einen weiteren Aspekt an:

"Früher schaffte ein Mann 60 Tonnen Schaufelkohle pro Tag, das ist der normale Jahresbedarf von 30 Familien. Heute kommt er, trotz besten Willens, nur auf 30 - 33 Tonnen. Es fehlt an der entsprechenden Nahrung"⁴⁰²⁾.

Obgleich der Hafen nicht von den angeordneten Umschlagsbeschränkungen oder Demontagen betroffen war, lag es in der

Verantwortung der MR, seinen schnellen Aufbau zu gewährleisten. Stattdessen wurden im Februar 1947 Bestrebungen bekannt, demnächst alle überseeischen Güter in Hamburg zu "löschen". Dies entsprach den Interessen des Hamburger Handelskapitals und fand zunächst nicht den Widerspruch der britischen Besatzungsmacht. Für den ehemals größten Binnenhafen der Welt hätte ein solcher Schritt die Bedeutungslosigkeit bedeutet. So sprach sich Sander in dem Interview für den gewerkschaftlichen Kampf um den Wiederaufbau des Duisburger Hafens aus ⁴⁰³⁾.

Zusammengefaßt sei festgehalten, daß im Bemühen der Gewerkschaften um den Erhalt von Arbeitsplätzen und den Aufbau einer vergesellschafteten Friedensproduktion zwei Faktoren vor allem eine Rolle spielten.

Einmal waren viele Arbeiter in ihrem Protest gegen die Demontage bereit, sehr weit zu gehen, z.B. die Anweisungen der MR zur Demontage zu boykottieren.

Zum anderen wurden in diesem Falle die Forderungen nach Sozialisierung und Friedensproduktion auch von bürgerlichen Kreisen unterstützt. Dies zeigte die Protestresolution von Industrie- und Handelskammer, OB Weitz und dem OA der Gewerkschaften gegen die Demontagepläne ⁴⁰⁴⁾, deutlicher noch die Entschließung des Rates der Stadt vom 8.10.1946. In ihr bekräftigten CDU, SPD und KPD ihren Beschluß zur Sozialisierung vom 28.12.1945 und forderten die Übergabe der zur Demontage anstehenden Betriebe in die treuhänderische Verwaltung der Stadt Duisburg mit der Begründung:

"Ohne die Übergabe der Großbetriebe in die Hand des Volkes ist der Wiederaufbau unseres Vaterlandes und das Erheben aus den Ruinen nicht denkbar" ⁴⁰⁵⁾.

4.2. STREIKS UND GROSSDEMONSTRATIONEN GEGEN DIE NOT UND FÜR SOZIALISIERUNG

4.2.1. DIE SOZIALE LAGE DER ARBEITERSCHAFT 1946/47

Im Herbst 1946 wuchs die soziale Not in den Industriegebieten der Westzonen an und erreichte im Frühjahr 1947 katastrophale Ausmaße.

Neben dem Zusammenbruch der Wirtschaft, den sinkenden Lohn-einkommen und den schlechten Wohnverhältnissen verschärfte sich die Ernährungskrise. So sank die Lebensmittelzuteilung für die Duisburger Bevölkerung von 1.309 Kal. (16.9. - 30.10. 1946) auf 1.146 Kal. (11.11. - 31.12.1946) und erreichte im Zeitraum vom 28.4. - 25.5.1947 den Tiefstand mit 885 Kalorien pro Tag ⁴⁰⁶⁾.

Zieht man in Betracht, daß "nach den international anerkannten Bedarfssätzen der Ernährung und der arbeitsphysiologischen Untersuchungen" die Normalration bei 2.400 Tageskalorien zu liegen hatte - wobei der Teilschwerarbeiter einer Zulage von 600 und der Schwerstarbeiter einer Zulage von 2.100 Tageskalorien bedurfte -, so bekommt man eine Vorstellung von dem Ausmaß der Hungersnot ⁴⁰⁷⁾. Die Gefahr des Hungertodes war Realität.

Auch verschlechterte sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung. In den Ruhrgebietsstädten grassierten Lungentuberkulose und Lungenentzündung ⁴⁰⁸⁾, und in den Betrieben kam es infolge der Erschöpfung der Arbeiter zu vielen Unfällen ⁴⁰⁹⁾.

Angesichts der steigenden Preise und der Tatsache, daß es Nahrungsmittel und Bedarfsgüter vielfach nicht gab - so fehlte in den Städten des Ruhrgebietes oft tagelang Brot ⁴¹⁰⁾ - war der Tausch- und Schwarzmarkthandel oft die einzige Chance, zu überleben.

"Das System des organisierten Tauschhandels zwischen gewerblichen Unternehmungen und Bauern und die illegale Zuteilung von rationierten Verbrauchsgütern an die Industriearbeiter, die damit Lebensmittel eintauschen, hat einen solchen Umfang angenommen, daß man von der Verfolgung einzelner Fälle

keinen Erfolg mehr erwarten kann ... Meine Mitarbeiter haben z.B. festgestellt, daß Arbeiter Kohle gegen Kartoffeln tauschen. Es gibt einen festen Tauschansatz von 1 Ztr. Kartoffeln gegen 15 Ztr. Kohle ..." ⁴¹¹⁾.

Dieser Bericht von Viktor Agartz, dem Leiter des zonalen Verwaltungsamtes für Wirtschaft, an die MR wirft die Frage nach den Ursachen auf.

Die Verordnungen und der Bewirtschaftungsplan des alten nazistischen Reichsernährungsministeriums hatten noch bis zum Herbst 1947 Gültigkeit, und die leitenden Funktionäre des Reichsnährstandes waren fast vollständig vom deutschen Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft übernommen worden, so auch der Leiter dieses Amtes, Schlange-Schöningen ⁴¹²⁾.

Auch befanden sich Grund und Boden nach wie vor in Eigentum und Verwaltung der Großbauern und Junker. Diese widersetzten sich den Veränderungen der bisherigen Anbaupläne und umgingen sie. So wurden 1946 in der Nordrheinprovinz statt 90.000 nur weniger als 70.000 Hektar Land mit Roggen bebaut, und das Verhältnis von Ackerland zu Grünland betrug in der britischen Zone nur 1,3 : 1, während es in der sowjetischen Zone 3,75 : 1 ausmachte ⁴¹³⁾.

Viele Bauern und Großbauern zogen es vor, ohne vom Ernährungsamt daran gehindert zu werden, "lieber Vieh zu züchten, als Brotgetreide anzubauen. Mit Vieh konnten sie über den Schwarzen Markt horrenden Gewinne einstecken" ⁴¹⁴⁾.

Neben dieser Sabotage befand sich das System der Erfassung und Verteilung der vorhandenen Lebensmittel und Bedarfsgüter - ebenfalls unter der Verantwortung des Ernährungsamtes - in völlig ungenügendem Zustand.

Da es sich auch hier um subjektive Mängel und z.T. um Sabotage handelte, galt den Gewerkschaften die Ernährungsfrage als lösbar, wie aus den Entschlüssen der Duisburger Gewerkschaften zu sehen ist ⁴¹⁵⁾, trotz der objektiven Ursachen der Ernährungskrise, wie die Kriegszerstörungen oder die Außenhandelsbeschränkungen.

4.2.2. DER KAMPF DER RUHRBERGARBEITER GEGEN DIE SONDER-SCHICHTENAUFBLAGE DER MR

Der Ruhrkohlebergbau nahm in der Nachkriegszeit eine zentrale Rolle ein. Seine Produktionssteigerung war für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft wie für den Export und die Reparationsleistungen in westeuropäische Länder wichtig. Zudem war die Hausbrandkohle der hauptsächlichste Energiespender für die privaten Haushalte. Aus diesen Gründen, vorrangig wegen des Exports, bestanden für die Bergbaubetriebe keine Produktionsbeschränkungen. Gleichzeitig herrschte jedoch großer Arbeitskräftemangel.

"Nach der Freilassung von 337.000 Fremdarbeitern im Juli 1945 waren im Bergbau nur noch 133.000 Arbeiter verblieben, etwa 200.000 mußten neu rekrutiert werden" ⁴¹⁶⁾.

Trotz der anfangs angewandten Zwangsverpflichtung gab es Ende November 1946 in der britischen Zone noch rund 30.000 offene Stellen ⁴¹⁷⁾. Außerdem wirkte sich die Ernährungssituation trotz Care-Pakete auf die Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter negativ aus.

Da die MR den größten Teil der ohnehin schwer in Gang kommenden Förderleistung exportierte, machte sich im Sommer/Herbst 1946 in der Bevölkerung Unmut breit ⁴¹⁸⁾. Der bevorstehende Winter warf ein Licht auf den Mangel an Hausbrandkohle.

In dieser Situation schlug die MR im September 1946 den Bergleuten Sonderschichten vor, mit deren Hilfe eine bessere Kohleversorgung der deutschen Bevölkerung erreicht werden sollte.

Nachdem der Vorsitzende des Industrieverbandes Bergbau (britische Zone), August Schmidt, diesem Vorschlag zunächst zugestimmt haben soll ⁴¹⁹⁾, gab es im Vorstand des JV und unter den Betriebsräten großen Protest. Eine Zustimmung zu Sonderschichten wurde von der Einlösung des Sozialisierungsversprechens oder zumindest von einer besseren Entlohnung abhängig gemacht ⁴²⁰⁾.

Die Ansicht der Bergbau-Gewerkschafter, die hauptsächlichste Ursache für die katastrophalen Zustände im Ruhrbergbau sei in den Eigentums- und politischen Verhältnissen zu suchen,

fand auch die Unterstützung des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers von Nordrhein-Westfalen, Nölting: "Die Arbeitsleistung im Bergbau scheuert sich an den Eigentumsschranken und Besitzverhältnissen. Auf die Leistung drückt das nicht eingelöste Sozialisierungsversprechen" (421).

Wie im ganzen Ruhrrevier so waren auch die Betriebsräte der Duisburger Zechenbetriebe nur unter der Mindestbedingung einer verbesserten sozialen Lage zu Sonderschichten bereit.

Am 20.9.1946 überbrachten die Betriebsvertretungen der Schachtanlagen Neumühl, Westende und Beeckerwerth dem Oberstadtdirektor den Protest von 14.000 Bergarbeitern gegen die unzureichende Brotversorgung. Betriebsrat Johann Reitz verlangte eine sofortige Verbesserung der Kontrolle und Verteilung von Nahrungsmitteln und Bedarfsgütern, während der Funktionär der IG Metall und Kommunist Alois Nickel die Schaffung eines Kontrollorgans mit Beteiligung der arbeitenden Bevölkerung als Ausweg aufzeigte (422).

Wenige Wochen später führten Betriebsrat und JV Bergbau auf der Schachtanlage Hamborn-Neumühl eine Urabstimmung durch, bei der sich nur 18 von 3.000 Belegschaftsmitgliedern für Sonderschichten aussprachen (423).

Da sich Willenskundgebungen dieser Art bis Mitte Oktober 1946 im ganzen Ruhrgebiet gehäuft hatten, fand am 18.10.1946 eine Konferenz aller gewerkschaftlichen Obleute und Schachtgewerkschaftsgruppenleiter in Bochum statt. Auf dieser Tagung versuchten August Schmidt und Hans Böckler die Anwesenden zu überzeugen, den Sonderschichten zuzustimmen. Sie trafen indes eine andere Meinung der Bergbaugewerkschafter an. Nur 8 von über 500 Delegierten stimmten für eine Entschliessung, die zu Sonderschichten aufrief (424). Die Konferenz nahm stattdessen einen Antrag an, in dem die Überführung des Bergbaus in die Kontrolle der Landesverwaltung, das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften und weitere soziale Maßnahmen gefordert wurden (425).

Urabstimmung im Ruhrbergbau!

vom 18. bis 20. Okt. 1946

Kameraden, Bergarbeiter!

Am 18. Oktober haben die Betriebsräte und Sachtgruppenleiter auf der Konferenz in Bochum fast einstimmig die Leistung von Mehrarbeit im Ruhrbergbau abgelehnt. Trotzdem versuchten gewisse Kreise, Euch zur Leistung von Sonderschichten zu bewegen. Man wollte Euren einheitlichen Abwehrwillen aufspalten. So ist es gekommen, daß auf einer zweiten Konferenz Eure Vertreter die endgültige Entscheidung über die Leistung von Sonntags- oder Sonderschichten durch eine Urabstimmung in Eure eigene Hand gelegt haben.

Warum haben Eure Vertreter in Eurem Namen auf der ersten Konferenz gegen die Sonntagschichten gestimmt?

Warum habt Ihr in zahlreichen Belegschaftsversammlungen wiederholt das Verfahren von Sonderschichten abgelehnt?

Wei Mehrarbeit den tatsächlichen monatlichen Fördereffekt nicht erhöht, also die Kohlenkrise nicht beseitigt!

Meharbeit droht Euch schon stark erschütterte Arbeitskraft vollkommen zu zerstören. Eure Ernährung ist unzureichend. Eure Frauen und Kinder hungern. Eure berechnigte 30% Lohnforderung wurde nur teilweise erfüllt. Die Wohnverhältnisse eines großen Teils der Bergarbeiter, besonders die Neuangelegten, sind menschenunwürdig. Das Nötwendigste an Hausrat, warmer Kleidung und Schuhwerk steht Euch und besonders Euren Familien nicht zur Verfügung. Durch Überanstrengung steigen die Unfallziffern in erschreckendem Maße. Eure Forderung auf Auszahlung der vollen Knappschaftsrenten wurde nicht erfüllt. Trotzdem die Bergarbeiter niemals auf die ihnen gesetzlich zustehende 7-Stundenschicht verzichtet haben, leisten sie erneut seit 18 Monaten 1 Stunde Mehrarbeit und bringen dadurch für die Wiederingangsetzung der Wirtschaft ein großes Opfer.

Hausbrand für die Bevölkerung?

JA! Unter allen Umständen!

Aber nicht durch Mehrbelastung der Bergarbeiter, sondern aus der normalen Förderung.

Darum keine Mehrarbeit, keine Sonntags- oder Sonderschichten,

sondern Erfüllung der Forderungen der Bergarbeiter.

Mehr Brot!

Mehr Lohn!

Volle Renten!

Verbesserung der technischen Arbeitsbedingungen. Mehr Arbeitskräfte in den Bergbau. Überführung des Bergbaus in die Hände des deutschen Volkes. Volles Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte.

So wird die Kohlenkrise überwunden.

So gibt es mehr Kohle.

So gibt es genügend Hausbrand für die ganze Bevölkerung!

Kommunistische Partei Deutschlands
Bezirksleitung Ruhrgebiet-Westfalen

Abb. 37

Wohlfeld-Druck Hagen/Leipzig, Dattl 3, 8 1444 M 3 C

Nachdem im Anschluß an die Konferenz jedoch einige Mitglieder der Vorstände des IV Bergbau und des DGB Sonderschichten für den 31.10., 20.11. und 29.12.1946 zugestimmt hatten, fand am 13.11. eine zweite Ruhrkonferenz der Obleute und Gruppenleiter statt.

Die erste Sonderschicht am 31.10.1946 hatte "das bekannte Fiasko erlebt"⁴²⁶⁾, nur ein geringer Teil der Bergarbeiter war "eingefahren", und so beschlossen die Delegierten die Durchführung einer Urabstimmung für den 16.11.1946⁴²⁷⁾.

Trotz der Drohung der MR, die Zuteilung für die Hausbrandkohle solange zu stoppen bis die Bergarbeiter regelmäßige Sonderschichten "fahren"⁴²⁸⁾, brachte die Urabstimmung folgendes Ergebnis: Von 306.403 stimmberechtigten Bergarbeitern beteiligten sich 77,1 %, davon stimmten 86,9 % gegen und 12,7 % für die Sonderschichten⁴²⁹⁾.

Das Ergebnis veranlaßte die MR zur Zurücknahme ihrer Zusatzschichten-Auflage, und sie führte einige Verbesserungen ein. So erhöhte sie die Löhne der Bergarbeiter um 20 % und die Knappschaftsrenten⁴³⁰⁾.

Andererseits zeigte das folgende Ereignis, daß die Auseinandersetzungen nicht ganz den erfolgreichen Abschluß hatten. Die Bergarbeiter der Duisburger Zeche Hamborn-Neumühl hatten am Buß- und Betttag, einem Tag im November 1946, 400 t Kohle gefördert. Auf Drängen der Betriebsräte stellte Oberstadtdirektor Klimpel bei der MR den Antrag, die an diesem Tag geförderte Kohle der Duisburger Bevölkerung zu häuslichen Zwecken zur Verfügung zu stellen. Die MR lehnte ab⁴³¹⁾.

Nach dem mißglückten Vorstoß in der Sonderschichten-Frage führte die MR im Januar 1947 ein sogenanntes Punkte-System ein, um auf diesem Wege eine Produktionssteigerung zu bewirken. Es basierte auf einer Abmachung zwischen der North German Coal Control (NGCC) und dem Zonenvorstand des JV Bergbau und sah die bevorzugte Belieferung der Bergarbeiter mit Lebensmitteln und Bedarfsgütern vor. Sie sollten die Möglichkeit erhalten, diese nach einem Leistungssystem in besonderen Läden zu normalen Preisen zu kaufen⁴³²⁾. Seither stand den Bergarbeitern der Erwerb z.B. von fettem Speck, Textilien und Bohnenkaffee in Aussicht.

Der Arbeitskräftemangel im Bergbau wurde durch diese Maßnahme schlagartig beseitigt. Weshalb die Gewerkschaften und die Betriebsräte dem Punktesystem zustimmten, drückten zwei Duisburger Bergarbeiter in einem Interview mit der NRZ so aus.

Es sei "endlich einmal eine Tat; der Versuch aus dem Dreck herauszukommen". Allerdings dürfe es "nicht zum Antreiber-system ... des kapitalistischen Ausbeutersystems" werden, denn die Sozialisierung des Ruhrkohlebergbaus stehe nach wie vor aus⁴³³⁾.

Diese Überlegung spricht ein weiteres Resultat des Kampfes der Bergarbeiter gegen die Sonderschichten an. Er forcierte die Sozialisierungsdiskussion. Auch war er als Beispiel interessant für andere Schichten der Arbeitnehmerschaft. Dieser Zusammenhang geht aus einer Rede Böcklers hervor, die dieser am 21.10.1946 vor Vertretern der MR hielt. In der Niederschrift heißt es:

"Ihn selber hat der Beschluß der Bergarbeiter überrascht und enttäuscht. Er unterschätze aber nicht die psychologischen Schwierigkeiten, unter denen alle Arbeiter zu leiden hätten. So ist die Klärung der Besitzfrage im Bergbau, in der Eisenindustrie und in den öffentlichen Versorgungsbetrieben dringend erforderlich. Diese Fragen interessieren auch die anderen Arbeiter. Auch die übrigen Gewerkschafter bekommen ein Gefühl der Ratlosigkeit. Sie müssen endlich wissen, wie die Gewerkschaften ihre Formen gestalten sollen. Sie werden entweder Wirtschaftsorganisationen, wenn wir zur Gemeinwirtschaft kommen, oder wir kommen zur Privatwirtschaft und damit zu Kampforganisationen der Gewerkschaften"⁴³⁴⁾.

4.2.3. DIE FRÜHJAHRSAKTIONEN 1947

DIE ERSTEN PROTESTE DER BERGARBEITER UND DER GENERALSTREIK IM APRIL

Neben der Tatsache, daß das "Punktesystem" für die Bergleute nicht per se die Belieferung mit Lebensmitteln bedeutete, war der enttäuschende Verlauf der Sozialisierungs-Debatte ausschlaggebend für die Ereignisse im Frühjahr 1947.

Bereits im November 1946 hatte die KPD im nordrhein-westfälischen Landtag einen Gesetzentwurf für die entschädigungslose Enteignung aller Bergbaubetriebe des Landes eingebracht. Nachdem die Beratung dieses Gesetzentwurfs von der CDU-Mehrheit abgelehnt worden war, beantragte die KPD, der Landtag möge "die Durchführung eines Volksentscheides über die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien im Ruhrgebiet" beschließen⁴³⁵⁾.

Seither erarbeiteten SPD und KPD entsprechende Gesetzentwürfe und Anträge und legten sie dem Landtag am 4./5. März 1947 zur Abstimmung vor.

Analog dazu forderten Betriebsräte- und Vertrauensleute-Konferenzen im Bergbau die Beendigung der Versorgungskatastrophe und die Sozialisierung⁴³⁶⁾. Wenige Tage vor der Landtags-sitzung fand eine Funktionsärskonferenz des JV Bergbau mit etwa 500 Delegierten statt, die zum wiederholten Male an die Einlösung der Sozialisierungsforderung erinnerte.

Im Anschluß an die Landtagssitzung, auf der die bürgerliche Mehrheit gegen die Anträge von SPD und KPD gestimmt hatte, liefen die Aktionen der Bergarbeiter auf ihren Höhepunkt zu.

Dies wurde deutlich auf einer weiteren Ruhrrevierkonferenz des JV Bergbau am 2. April 1947. Auf Initiative des stellvertretenden Vorsitzenden, Agatz, gegen den Willen des 1. Vorsitzenden, Schmidt, beschlossen die Delegierten die Durchführung eines 24-stündigen Proteststreiks und stimmten einer Entschließung zu, die folgende Passagen enthielt:

- Die Zusage der MR, für Kohleexporte und Lebensmittelimporte zu sorgen, sei nicht erfüllt. "Die Bergarbeiter lehnen es ab, auf Kosten der übrigen Bevölkerung bessergestellt zu werden".
 - Dem im Auftrag der NGCC gebildeten 8-köpfigen Ausschuß für die Neuordnung des Bergbaus gehöre nur ein Gewerkschaftsvertreter an, weshalb der Ausschuß auf das entschiedenste abgelehnt werde.
- Die Konferenz verlangte:
- Beseitigung aller Personen in den Ernährungs- und Wirtschaftsämtern, "die durch Unfähigkeit oder politische Boswilligkeit zu der jetzigen Katastrophe beigetragen haben",
 - Besetzung aller Ämter und Behörden mit demokratischen Kräften;
 - Sofortige Ernennung von Kontrollausschüssen zur gerechten Erfassung und Verteilung der vorhandenen Lebensmittel;
 - zu diesem Zweck seien Hofkontrollen durchzuführen;
 - Bekämpfung der Schwarzhändler und Schieber mit schärfsten Mitteln und
 - "die Sozialisierung ist zu einer Sache des arbeitenden Volkes, vor allem aller Bergarbeiter zu machen ... In allen zu bildenden Ausschüssen verlangt die Konferenz die stärkste Vertretung ihrer Organisation".

Alle Bergarbeiter und Bergbauangestellten wurden aufgerufen, "die Durchführung dieser Forderung mit allen Mitteln zu bestreiten" und "in einer großen Protestaktion ihre Kampfentschlossenheit zum Ausdruck zu bringen"⁴³⁷⁾.

Auch in Duisburg hatten der Hunger und die Not zu einer Radikalisierung unter den Arbeitern geführt. Anfang Februar 1947 waren die Bergleute der Schachtanlage Beeckerwerth in einen 3-stündigen Proteststreik getreten, da es seit Tagen kein Brot gegeben hatte. Der zuständige Oberst hatte den Leiter des Duisburger Ernährungsamtes, den Beigeordneten Tenhagen, herbeirufen lassen, um ihm die Verantwortung zu übertragen. Nachdem dieser bestätigt hatte, daß es seit 12 Tagen im gesamten Stadtgebiet kein Brot gäbe, hatte der Ver-

treter der MR die rasche Beseitigung des Mißstandes versprochen, was - nach Aussagen eines damaligen Betriebsratsmitgliedes - dann auch geschah. Erst danach waren die Bergleute wieder eingefahren⁴³⁸).

Bemerkenswert ist, daß es sich hier um eine Schachtanlage handelte, deren Belegschaft bis dahin nicht, im Vergleich zu den Betrieben in Neumühl, Walsum und Lohberg, mit Protesten an die Öffentlichkeit getreten war. Es war außerdem ein spontaner Streik, die bloße Aufforderung der Betriebsräte und Vertrauensleute hatte ausgereicht, die Kollegen am gleichen Tag zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Beide Faktoren wiesen auf die anwachsende Empörung unter den Bergarbeitern über die soziale Lage hin.

Diese äußerte sich am 3. April 1947 im gesamten Ruhrgebiet. Über 300.000 Bergarbeiter und Bergbauangestellte folgten dem Aufruf der Ruhrrevierkonferenz des JV Bergbau und traten in einen 24-stündigen Generalstreik. Da zwischen Konferenzbeschluß und Streik nur ein Tag lag, belegte die nahezu geschlossene Arbeitsniederlegung die Aktionsbereitschaft der Arbeiter.

Überdies waren die Organisatoren des Streiks nicht mehr allein die Betriebsräte und örtliche Gewerkschaftsausschüsse, sondern diesmal der gesamte Industrieverband Bergbau.

Auch fällt die enge Verbindung der sozialen und ökonomischen mit den politischen Forderungen auf. Der Kampf gegen den Hunger und die Ernährungspolitik hatte auch ein politisches Profil. Die Ablösung der reaktionären Politiker und der Unternehmer wie die Sozialisierung wurden auch mit den sozialen und politischen Problemen der Gegenwart begründet.

GRÜNDE FÜR DEN KAMPF DER BERGARBEITER

Pietsch bezeichnet die Aktionen der Bergarbeiter in den Jahren 1946 und 1947 als erfolgreiches Beispiel einer "kommunistischen Oppositionsstrategie in den Gewerkschaften"⁴³⁹).

Nach seiner Interpretation hatte die KPD es darauf angelegt, "durch Unterstützung von Tagesbedürfnissen der Bergarbeiterschaft Unterstützung zu finden und die auf Kooperation mit der Militärregierung eingeschworene sozialdemokratische Gewerkschaftsführung zu isolieren"⁴⁴⁰). Nach diesem "Konfliktmuster" seien sowohl der Kampf gegen die Sonderschichten als auch die Frühjahrsaktionen der Bergarbeiter verlaufen.

Zu diesen Zeitpunkten gehörten rund 35 % der Betriebsräte jeweils der KPD und der SPD an, etwa 15 % waren CDU-Mitglieder und ca. 10 % parteilos⁴⁴¹).

Deshalb überrascht die Argumentation von Pietsch. Denn nach seiner Logik müßten die rund 65 % nicht-kommunistischen Betriebsräte einer Politik zugestimmt haben, die sich hauptsächlich aus den taktischen Überlegungen ihrer kommunistischen Kollegen ableitete und gegen die eigene Gewerkschaftsführung gerichtet war.

Bei den Argumenten von Pietsch besteht die Gefahr, daß die Härte der sozialen Not damals und die sich daraus ableitende Empörung der Bergarbeiter relativiert wird bzw. in den Hintergrund der Ereignisse gerät.

Zum anderen enthalten seine Argumente eigenartige Vorstellungen über die Organisationsstruktur der Einheitsgewerkschaft. Der JV Bergbau spaltete sich keineswegs in eine "kommunistische Opposition" und eine "sozialdemokratische Gewerkschaftsführung". Der Vorstand war, infolge der regulären Wahlen, mit sozialdemokratischen, kommunistischen und christlichen Kollegen besetzt, und die Entscheidungsprozesse der Ruhrrevierkonferenzen und der Urabstimmungen verliefen demokratisch. Ihre Beschlüsse drückten - nach einer kontroversen Diskussion, die auch der politischen Herkunft der Bergarbeiter entsprach - die mehrheitliche Zustimmung der Bergbaugewerkschafter zu Kampfmaßnahmen und Sozialisierungsforderungen aus.

Diese Aussagen beruhten auf der Verankerung des wirtschaftsdemokratischen Denkens unter sozialdemokratischen, kommunistischen und christlichen Gewerkschaftern, das gleichsam den inhaltlichen Gehalt der Einheitsgewerkschaft darstellte.

Auch die im Frühjahr 1947 anwachsende Bereitschaft unter den Bergarbeitern zu radikalen Aktionen war nicht eine genuin kommunistische Bereitschaft.

In der Argumentation von Pietsch ist der Fehler angelegt, die Kontroversen zwischen SPD und KPD, die in den Jahren 1946/47 wieder stärker wurden, zum Maßstab der Gewerkschaftspolitik zu machen, und so auf Auseinandersetzungsformen abzuheben, wie sie aus der Zeit der Richtungsgewerkschaften bekannt sind. So muß eine Erfassung des Grundgedankens der Einheitsgewerkschaft mißlingen: daß es die Gewerkschaften "erst solidarisch und mit Hilfe gemeinsamer Aktionen vermögen ... Unterdrückung, Abhängigkeit und Ausbeutung aufzuheben" ⁴⁴²⁾.

Im übrigen ist Pietsch nicht weit entfernt von der Behauptung einer 'kommunistischen Unterwanderung' des JV Bergbau. Diese gehörte bereits damals zu den Argumenten der Unternehmerschaft und der politischen Repräsentanten des privaten Kapitals gegenüber der neuen, die ehemaligen Richtungsgewerkschaften überwindenden Gewerkschaftsbewegung. "Der oft artikulierte Verdacht kommunistischer Steuerung gehörte ... vielfach zum Propaganda-Arsenal des beginnenden Kalten Krieges" ⁴⁴³⁾.

DIE BEREITSCHAFT ZUR AKTION IN DUISBURG UND DIE FRÜHJAHRSAKTIONEN IM RUHRGEBIET

Die Massendemonstrationen und Streiks des Frühjahrs 1947 blieben nicht auf den Bergbau beschränkt. Das auslösende Moment war auch in Duisburg die Versorgungs- und Ernährungskrise. Der Duisburger OA der Gewerkschaften hatte am 10.10.1946 ein Sofortprogramm zu ihrer Beseitigung vorgelegt und den Oberstadtdirektor am 20.11.1946 aufgefordert, als einen ersten Schritt städtische Kontrollausschüsse mit gewerkschaftlicher Beteiligung einzurichten ⁴⁴⁴⁾.

Bereits die Verabschiedung des Sofortprogramms hatten die Gewerkschaften mit der Ankündigung öffentlicher Kundgebungen verbunden, für den Fall, daß ihre Forderungen nicht erfüllt werden ⁴⁴⁵⁾.

Am 6.12.1946 war für den OA "die Stunde der Resolutionen und Deputationen vorbei", man beabsichtigte, die "Arbeitsruhe für Stunden - und wenn diese Maßnahme wirkungslos bleibt - für Tage anzuordnen" ^{*}.

Diese Ankündigung war als letzte Warnung der Duisburger Gewerkschaften und als Aktionsorientierung für die Mitglieder zu sehen.

Anfang Februar 1947 sprach eine Abordnung von Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretern im Rathaus vor und wies letztmalig in dieser Form auf die völlig unzureichende Versorgungslage hin. In einem Gespräch mit Oberstadtdirektor Klimpel und dem Beigeordneten Tenhagen kritisierten sie die Politik des zentralen Ernährungsamtes und sagten, "daß die hungern- den Duisburger Bürger es einfach nicht verstehen, warum sie frieren müssen, obwohl sie doch buchstäblich auf der Kohle sitzen". Klimpel erklärte sich bereit, gemeinsam mit den Gewerkschaften dem Stadtkommandanten "die berechtigten Forderungen der werktätigen Bevölkerung vorzutragen" ⁴⁴⁶⁾.

Die folgenden Wochen zeigten keine positive Wirkung. Viel-

^{*} Siehe Seite 136

mehr teilte der städtische Ernährungsausschuß gegen Ende März mit, die Ernährungskrise habe ihren Höhepunkt erreicht. Die Fettzuteilung sei auf 75 Gramm pro Person/Woche gekürzt, Lagerbestände an Mehl seien nicht vorhanden, 40 % der Bevölkerung erhielten bereits in der 2. Versorgungswoche kein Fleisch, und Kartoffeln kämen nicht auf den Markt⁴⁴⁷⁾.

Inzwischen hatten in anderen Städten des Ruhrgebiets Demonstrationen und Streiks stattgefunden. Sie begannen am 3. Februar 1947 in Essen, wo 15.000 Krupparbeiter und die Belegschaften mehrerer Schachtanlagen in einem "Hungermarsch" zum Rathaus demonstrierten⁴⁴⁸⁾.

Eine Konferenz aller Essener Betriebsräte wenige Tage später faßte die Forderungen zusammen:
sofortige Absetzung des Leiters des Ernährungsamtes, Schlange-Schönigen; schnelle Durchführung der Bodenreform; Bildung von Kontrollausschüssen; Säuberung der Verwaltung von Nazis; Verstaatlichung der Bergbaubetriebe und entschädigungslose Enteignung der Schlüsselindustrien und ihre Überführung in die öffentliche Hand⁴⁴⁹⁾.

Am 6. Februar streikten 20.000 Metallarbeiter in Mülheim/Ruhr und Oberhausen gegen die schlechte Versorgungslage⁴⁵⁰⁾.

Ab Mitte März blieben die Protestaktionen nicht mehr auf einen Ort beschränkt, sondern weiteten sich zu einer Demonstrations- und Streikwelle aus:

- Am 22.3. protestierten 7.000 Arbeiter der IG Farbenwerke Leverkusen für bessere Ernährung und eine neue Organisationsform der Großchemie.

- Am 25.3. legten 80.000 Arbeitnehmer der Wuppertaler Betriebe die Arbeit nieder, und die örtlichen Gewerkschaften riefen zu einer Demonstration auf, an der sich 35.000 Menschen beteiligten.

- Am 27./28.3. fanden Protestkundgebungen in Rheinhausen mit 12.000, in Mülheim/Ruhr mit 6.000, in Gladbeck mit 7.000, in Velbert mit 10.000 Teilnehmern statt, während 80.000 Düsseldorfer Arbeiter auf Vorschlag der Gewerkschaften die Arbeit niederlegten; auch hier tauchten Forderungen gegen die soziale Not und für eine "deutsche Wirtschaftsplanung" auf.

- Am 31.3. veranstalteten 25.000 Hagener Arbeitnehmer einen Hungermarsch, in Wetter 3.000 und in Herdecke 2.500. 30.000 Arbeiter der Krefelder Betriebe taten das gleiche.
- Am 1./2. April erreichte die Bewegung einen weiteren Höhepunkt, so daß NRZ und WVE meldeten:
"Die Hungerdemonstrationen dauern an", "Aufmarsch der Hungernden - eine halbe Million Hungerdemonstranten". In Dortmund waren es 25. - 30.000, in Gelsenkirchen 35. - 40.000, im Rhein-Wupperkreis 40.000 und in Braunschweig 30.000 Teilnehmer. Überall forderten die Demonstranten die Absetzung Schlange-Schönigen, Entnazifizierung und Bodenreform und z.T. die Sozialisierung⁴⁵¹⁾.

DER VERLAUF DER PROTESTAKTION IN DUISBURG

In dieser Situation gab es auch bei den Duisburger Gewerkschaften die Bereitschaft zu Kampfaktionen.

Auf Veranlassung des OA fand Ende März 1947 eine Konferenz mit rund 500 Betriebsräten aus den Duisburger Großbetrieben statt. Sie richtete eine Resolution an die MR, die Landesregierung, den Stadtkommandanten, den Oberbürgermeister und den Weltgewerkschaftsbund, in der sich das wiederfand, was Gustav Sander zur Einleitung der Konferenz sagte:

"Während die Nazis in Recklinghausen noch über 2.000 Kalorien täglich erhalten, hungert die arbeitende Bevölkerung und bekommt kaum drei Viertel von dem Wenigen, was ihr versprochen wird. Unser Vertrauen zu den maßgebenden Stellen ist schwer erschüttert ... Die Gewerkschaften fordern daher, daß sofort keine Kohle aus dem Ruhrgebiet in eine andere Zone gehen darf, ohne daß wir dafür Lebensmittel erhalten".

Es wurde beschlossen, daß die Gewerkschaften sich ihrer Macht bewußt und nunmehr bereit seien, sie auch einzusetzen. Deshalb wurden ein eintägiger Streik für den 1.4.1947 beschlossen und alle Arbeitnehmer aufgerufen, sich am gleichen Tage an den in Hamborn und Stadtmitte stattfindenden Demonstrationen zu beteiligen.

Überdies faßten die Delegierten den einstimmigen Beschluß, am 2. April in allen Betrieben eine Urabstimmung zur Sozialisierungsfrage durchzuführen⁴⁵²⁾, was die Teilnehmer der Industriebesprechung vom 27.3.1947 offenbar irritierte, denn

sie meinten überrascht, dieser Aufruf werde "von allen Richtungen der Gewerkschaften unterschrieben"⁴⁵³).

Am 1. April 1947 standen alle mittleren und Großbetriebe im Duisburger Raum still. Insgesamt 100.000 Duisburger - 60.000 in Hamborn und 40.000 in der Stadtmitte - folgten dem Aufruf des OA der Gewerkschaften und demonstrierten gegen den Hunger und für ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften bei der Leitung und Lenkung des Versorgungssystems und für die Sozialisierung. Während der abschließenden Kundgebungen sprachen die Kollegen Alfred Metz, Robert Stahl, Ernst Willersen, Gustav Sander und Adalbert Stenzel⁴⁵⁴).

Auch das Ergebnis der Urabstimmung am 2. April in allen Duisburger Betrieben war beeindruckend. Rund 80 % der Duisburger Arbeitnehmerschaft stimmten folgendem Text mit "ja" zu:

"Sollen die Kohlewirtschaft, die Großchemie sowie die Großbanken in Gemeineigentum überführt werden?" Die Stahlindustrie war in diesem Katalog zwar nicht enthalten, weil ihre Sozialisierung selbstverständlich erschien, aber die Metallarbeiter stimmten dennoch ab, mit einer überdurchschnittlichen Zustimmung: 20.091 Ja-Stimmen (89%) gegen 1.122 Nein-Stimmen.⁴⁵⁵ Verglichen mit den Massenaktionen in den anderen Städten des Ruhrgebietes fällt auf, daß sich in Duisburg ein größerer Teil der Bevölkerung an den Demonstrationen beteiligte. Legt man die im Dezember 1947 beim Arbeitsamt registrierte Bevölkerungszahl zugrunde - Männer zwischen 14 und 65 Jahren, Frauen vom 15. bis 50. Lebensjahr, Arbeitslose, Arbeitsbefreite, Invaliden und dauernd kranke Personen -, dann nahmen von diesen 217.382 Bürgern fast die Hälfte an den Demonstrationen teil⁴⁵⁶).

ERGEBNISSE DER FRÜHJAHRSAKTIONEN IM RUHRGEBIET

Folgende Einschätzung von Kleßmann/Friedemann zum Charakter der Frühjahrsaktionen im Ruhrgebiet trifft auf Duisburg nicht zu:

"Abgesehen von vereinzelt Forderungen nach Bodenreform traten weitere gesellschaftspolitische Neuordnungsforderungen wie Sozialisierung nur selten auf"⁴⁵⁷).

Da der gewerkschaftliche Einfluß auf die sogenannten Hungerdemonstrationen regional unterschiedlich war, tauchten die Sozialisierungsforderungen in einigen Städten beinahe wie selbstverständlich auf, während sie in anderen ganz fehlten. Wichtig ist jedoch, daß sie durchgehend mit der Entwicklung der Proteste auch von mehr Menschen unterstützt wurden, also in den Aktionen eine Tendenz zu weitergehenden politischen Zielsetzungen festzustellen war⁴⁵⁸). Hierbei spielte die Arbeitnehmerschaft der industriellen Zentren Dortmund, Gelsenkirchen, Essen, Duisburg etc. eine progressive Rolle.

Die Dynamik der Frühjahrsaktionen war auch an ihrer politischen Wirkung zu sehen. Dies trifft für die Landtagswahl am 20. April 1947 zu. Obgleich die CDU noch Anfang März im Landtag sämtliche Gesetzentwürfe zur Sozialisierung abgelehnt hatte, sah sie sich im Wahlkampf gezwungen, den Begriff der "Sozialisierung" in ihr Programm aufzunehmen⁴⁵⁹). Trotzdem gelang es ihr nicht, einen Rückschlag abzuwenden. Ihr Stimmenanteil fiel von 49,1 % (Kommunalwahl vom 15.9.1946) auf 37,5 % zurück. Die Parteien, die die Aktionen der Ruhrarbeiter unterstützt hatten, konnten Stimmengewinne verbuchen.

Die SPD errang 32 % (30,2 %) und die KPD 14 % (6,7 %) der Stimmen⁴⁶⁰).

Auch in Duisburg hatte die CDU große Stimmeneinbußen. Ihr Anteil fiel von 39,5 % auf 29,5 %, während die SPD 31,2 % (34,8) und die KPD 23,1 % (14,2 %) der Stimmen erhielten⁴⁶¹).

Dieser Wahlausgang wirkte sich auf das Programm der neuen Landesregierung aus. Insbesondere die Regierungserklärung des christlichen Gewerkschafters und neuen Ministerpräsidenten Karl Arnold zeugt davon:

"Die bisherigen einseitigen Machtgebilde in der Großwirtschaft werden beseitigt und Neubildungen in der Zukunft werden dadurch verhindert, daß die deutschen Grundstoffindustrien ... in Gemeinwirtschaft überführt werden. Eine Beteiligung des privaten Großkapitals in den vorgenannten Betriebs- und Industriezweigen wird ausgeschlossen ... Kriegs- und Nazi-Verbrecher werden entschädigungslos enteignet ..." 462) *

Diese Formulierungen gingen über die Aussagen des "Ahlener Programms" der CDU vom Februar 1947 hinaus und ließen vor allem die Verabschiedung eines Verstaatlichungsgesetzes für die Ruhrkohleindustrie zunächst wieder wahrscheinlich erscheinen.

Auch dürften die Arbeiteraktionen des Frühjahrs 1947 die Durchführung der Entflechtungspläne der MR forciert haben. Allerdings trug die Einführung der Mitbestimmung in den entflochtenen Werken auch zur "Befriedung" der Auseinandersetzungen bei.

Der stellvertretende JV Bergbau-Vorsitzende, Willi Agatz, drückte diesen Gedanken auf dem DGB-Gründungskongreß (britische Zone) so aus:

"Mir scheint, daß man nur sehr bedingt in der Konzernentflechtung einen ersten Schritt zur Demokratisierung erkennen kann. Die Wachsamkeit, die der Kollege Böckler empfahl, gebietet uns, einer Auffassung zu sein, daß diese Konzernentflechtung ein Schritt der Monopolisten zur Verhinderung der Sozialisierung darstellt" 463).

Dieser Gedanke entsprach jedenfalls den Aussagen der Unternehmer zu dieser Frage**, und die Einbeziehung von gewerkschaftlichen Funktionären in die Aufsichtsräte und Vorstän-

* Siehe auch Dokument 9

** Siehe folgende Seite

de der Stahlindustrie führte dazu, daß nicht wenige Kollegen glaubten, ihr Mitbestimmungsrecht sei gesichert und es bedürfe keiner weiteren gewerkschaftspolitischen Aktion. Ein solches Denken mußte unter anderem zur abnehmenden Aktionsbereitschaft beitragen, wie sie für die Sommer- und Herbstmonate des Jahres 1947 festzustellen war.

Hinzu kam, daß in einem Aufruf des Bezirksausschusses der Gewerkschaften und der Vorstände der Industrieverbände in Nordrhein-Westfalen vom 22. April 1947 die Massendemonstrationen und Streiks nur unter dem Gesichtspunkt des hieraus entstandenen Schadens für die Wirtschaft beurteilt wurden⁴⁶⁴). Für die nahe Zukunft wollten die Führungen der Gewerkschaften auf die Anwendung von Kampfmitteln verzich-

* Anmerkung vorherige Seite

Zum Beginn des Jahres 1947 versuchten führende Industrielle des Ruhrgebietes eine Front aufzubauen gegen das Vorhaben der MR, die großen Konzerne zu entflechten. Zum Zwecke eines Bündnisses mit den Gewerkschaften griffen sie auf Mitbestimmungs-Formeln zurück, die sie noch zur Mitte des Jahres 1946 abgelehnt hatten, und die im wesentlichen der politischen Taktik eines Adenauer oder eines Pferdmenges entsprach.

Die wirtschaftspolitischen Leitsätze der CDU aus dem Jahre 1946 wollten statt der Sozialisierung der Grundstoffindustrien gemischtwirtschaftliche und genossenschaftliche Eigentumsformen. Nach Adenauers Auffassung sollten in solchen Betrieben "die Kapitalisten von Körperschaften des öffentlichen Rechts mit privatem Kapital" zusammenarbeiten. In der Öffentlichkeit nannte Adenauer seinen Vorschlag ein "machtverteilendes Prinzip", aus folgendem Zitat geht allerdings seine wirkliche Intention hervor: "... wir dürfen unter keinen Umständen die geballte wirtschaftliche Macht, die im Bergbau und den Grundstoffindustrien liegt, dem Staat übertragen ... Denn: Wer Herr des Staates heute ist, weiß man, wer später einmal Herr des Staates sein wird oder welche Gesinnung die Männer haben werden, die später einmal die Geschicke des Staates leiten, das weiß man nicht". (So Adenauer auf dem ersten Parteitag der CDU in der britischen Zone am 14./15.8.1947. Vgl. auch Adenauer auf der Tagung des Zonenausschusses der CDU, britische Zone, am 18.12.1946, in: Kölnische Rundschau, 20.12.1946.)

In zwei Briefen an die "Einheitsgewerkschaft" vom 18.1.1947, der erste von Reusch und Hilbert (Gutehoffnungshütte Oberhausen) unterzeichnet und der zweite von Jarres, und in einem gemeinsamen Brief vom 21.1.1947 an den Leiter des Verwaltungsamtes für Wirtschaft, Viktor Agatz, dem sich Hehemann (Otto-Wolf-Konzern) anschloß, machten

Abb. 38



Werner Hansen. Leiter des gewerkschaftlichen Zonensekretariats in Blefeld.

Abb. 39



Der auf dem Gründungskongreß des DGB für die Britische Zone im April 1947 in Blefeld gewählte Gesamtbundesvorstand sitzend von links nach rechts: Albin Karl, Matthias Föcher, Hans Bückler, Liesel Kipp-Kaule, August Schmidt, siehend von links nach rechts: Wilhelm Petersen, Wilhelm Pawlick, Konrad Skrentny, Wilhelm Gefeller, Hans Böhm, Hans vom Hoff. Mit dieser Wahl verließ Matthias Föcher nach intensiver gewerkschaftlicher Aufbauarbeit Duisburg. Konrad Skrentny kam im Herbst 1947 als Arbeitsdirektor der entflochtenen Hütte Ruhrort-Meiderich nach Duisburg.

ten und stattdessen über erneute Verhandlungen mit der MR zum Erfolg kommen. Hierbei ging man davon aus, daß die Gewerkschaften nach den Alliierten immer noch den meisten Einfluß auf die Wirtschaft und die Politik in den Westzonen hatten, wie Werner Hansen dies später in einem Fernsehinterview sagte⁴⁶⁵).

* Fortsetzung

die Industriellen konkrete Vorschläge. Reusch und Hilbert dachten an die Beteiligung der Gewerkschaften im Aufsichtsrat und im Vorstand, und Jarres bot eine Zusammensetzung der Konzernleitungen "nach dem Grundsatz der Gleichstellung von Kapital und Arbeit" an. Er erklärte sich einverstanden mit der Mehrheit der Sitze für die Vertreter der Gewerkschaft und der öffentlichen Hand. In einem Brief an Agartz wurde vorgeschlagen, die Konzerne in "gemischtwirtschaftlichen Besitz - gegebenenfalls unter kapitalmäßiger Beteiligung der Gewerkschaften" zu übernehmen und eine "vernünftige Entflechtung" vorzunehmen: "Dabei erfüllt uns die Hoffnung, daß die Verwirklichung unserer aus der allgemeinen Not geborenen Vorschläge dazu beitragen, unsere für die Gesamtwirtschaft so ungemein wichtige Schlüsselindustrie endlich von einem politischen Odium zu befreien ..."; womit die Politik der Sozialisierung gemeint gewesen sein dürfte.

Das Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke, Dinckelbach, von der MR als Leiter der deutschen Treuhandverwaltung für die Eisen- und Stahlindustrie eingesetzt, begründete das Mitbestimmungsangebot so: "Ich habe diese Form der Beteiligung der Arbeiter gewählt, erstens, damit man ihnen sagen kann, daß es ihre Werke sind ... und sie dieselben verteidigen müssen, und zweitens, weil dadurch die Möglichkeit besteht, die Arbeiter gegen die Sozialisierung in Bewegung zu bringen".

Der Gewerkschaftsvorsitzende Böckler sah in den Entflechtungs-Plänen "beileibe nicht den Anfang einer Sozialisierung. Wir sahen in ihr eine Gelegenheit ... den Einfluß der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften in der Wirtschaft zu vergrößern".

(Die Briefe im Wortlaut in: Potthoff, E.; Der Kampf ...; a.a.O.; S. 42 ff; Dinckelbach-Zitat in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED; Berlin/DDR 1966, Bd. 6; S. 216; siehe auch: Die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Ein Bericht der Stahl-Treuhandvereinigung; München/Berlin 1954; nach: Deppe/von Freyberg u.a.; a.a.O.; S. 84; Böckler-Zitat in: Nachlaß Heinrich Deist (Wirtschaftsexperte der SPD und Mitglied der Stahl-Treuhandvereinigung), Friedrich-Ebert-Stiftung-Archiv; Bonn-Bad Godesberg; Akte 56; nach GBZ, S. 108 ff, und E. Schmidt, a.a.O.; S. 76 f; Aufzeichnung über die Besprechung zur Konzernentflechtung am 6.2.1947 in Düsseldorf.)

Allein dieser Überschätzung der eigenen Macht wegen wäre es falsch, die Zurückhaltung der Gewerkschaften damals als Kapitulation zu bezeichnen, wie Schmidt/Fichter dies tun⁴⁶⁶).

Viele Gewerkschafter übersahen im Jahre 1947 die politische Entwicklung nicht. Der britischen Labour-Regierung wurde ein Handlungsspielraum gegenüber den USA zugetraut, der schon nicht mehr bestand, und ein politischer Wille zur Wirtschaftsdemokratie, den es 1946 in Ansätzen gegeben hatte, der aber nachließ mit der Festlegung der West-Alliierten auf eine separate Entwicklung der Westzonen zu einer bürgerlichen Republik mit kapitalistischen Eigentumsverhältnissen. So war die Entscheidung der Gewerkschafts-Führungen in Nordrhein-Westfalen im Sommer 1947 einerseits nicht der bloße Rückzug vor einer kapitalorientierten Politik. Andererseits trug die ausbleibende politische Aktion der Gewerkschaften dazu bei, daß sich schon nach wenigen Monaten das Vertrauen in die MR als trügerisch erwies. Die pro-kapitalistischen Kräfte in den Verwaltungen und politischen Organen und die Kapitalvertreter in der Wirtschaft konnten ihre Machtpositionen erweitern, weil sie von der MR sehr viel stärker als in den ersten beiden Nachkriegsjahren gefördert wurden, aber auch, weil sie nicht mehr unter dem starken Druck des Kampfes der Gewerkschaften für Mitbestimmung und Sozialisierung standen. Die Wirkung dieses Zusammenhanges scheint damals von vielen Funktionären und Mitgliedern der Gewerkschaften unterschätzt worden zu sein.

Die Duisburger Gewerkschaften verfaßten in dieser Phase gemeinsam mit den Ortsausschüssen der rheinischen Ruhrgrößstädte Oberhausen, Mülheim, Dinslaken, Essen und Moers ein Sofortprogramm zur "Reorganisation der deutschen Wirtschaft und Verwaltung in der britisch und amerikanisch besetzten Zone", das nicht auf die Politik der Parlamente und der MR hoffte. Es enthielt Sofortforderungen zur Demontagepolitik, zur Ernährungspolitik und zum deutschen Außenhandel, die ultimativ eingefordert wurden: falls ihre Verwirklichung bis zum 15. Juni 1947 nicht in Angriff genommen sei, müßten "die Gewerkschaften jegliche Verantwortung und Zusammenar-

* Siehe auch Dokument 8

beit mit den Besatzungsmächten und den deutschen Dienststellen ablehnen und einstellen. Ihre Tätigkeit wird sich dann lediglich darauf beschränken, die Arbeiterschaft über die wirklichen Absichten und die Unfähigkeit der internationalen und nationalen reaktionären Kräfte aufzuklären⁴⁶⁷⁾. Im Unterschied zu den meisten Programmaussagen zentraler Gewerkschaftsvorstände war mit diesem Programm eine unmittelbare politische Wirkung beabsichtigt. Diese trat zwar nicht in dem gewünschten Ausmaß ein, zeigte sich jedoch immerhin in kleinen Erfolgen auf der kommunalpolitischen Ebene in Duisburg im Jahre 1947. So gewährten OB Weitz und Oberstadtdirektor Klimpel dem Duisburger OA schon früh die Mitarbeit in den Verbraucherausschüssen zur Kontrolle der Versorgung⁴⁶⁸⁾. Auch verabschiedete der städtische Hauptausschuß mit den Stimmen der CDU am 26.3.1947 eine Entschliesung zur Ernährungslage, die die Forderungen der Gewerkschaft und der wenige Tage später Demonstrierenden und Streikenden enthielt⁴⁶⁹⁾. Dieser Beschluß wurde vom Stadtrat am 12. Mai 1947 mit Stimmen aus der CDU bestätigt⁴⁷⁰⁾.

Überdies fanden ab April 1947 Besprechungen der städtischen Verwaltungsstellen und der Industriellen-Kreise statt, zu denen die Gewerkschaften zum Teil hinzukamen, was in den Monaten davor nicht der Fall gewesen war⁴⁷¹⁾. Eine Veränderung der Machtkonstellation in der Duisburger Wirtschaft und Politik konnte es jedoch 1947 nicht geben, angesichts der ökonomischen und politischen Macht der MR und der maßgebenden Entscheidungen der politischen Organe auf Landes- und Zonenebene.

SCHLUSSBEMERKUNG

Im Verlauf dieser Darstellung ist des öfteren die Frage berührt aber nicht beantwortet worden, warum die Gewerkschaften ihre Idee von einer neuen, nicht-kapitalistischen Ordnung der Gesellschaft und Wirtschaft nicht durchsetzen konnten.

Vor allem die Wende in der Weltpolitik im Jahre 1947 beeinflusste die Bedingungen des politischen Handelns in den Westzonen grundlegend. Nach dem Scheitern der Moskauer Konferenz der Alliierten Siegermächte im Mai 1947 begann, sozusagen offiziell, der Kalte Krieg zwischen der Sowjetunion und den Westmächten.

Die amerikanische und die britische Militärmacht hatten ihre Besatzungszonen schon zur Jahreswende 1946/47 zusammengelegt, und mit der Truman-Doktrin vom März 1947 hatten die USA eine Deutschlandpolitik in die Wege geleitet, die auf eine separate Entwicklung der Westzonen hinauslief und auf die Gründung eines westdeutschen Separatstaates. Der erste Bundeskanzler dieser Bundesrepublik brachte das später in seinen Memoiren auf die Formel: Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb. Nun wurde der Aufbau der westdeutschen Wirtschaft von den Militärregierungen befürwortet; begleitet von der endgültigen Absicherung des kapitalistischen Eigentums in der Produktion, so daß die Politik der bürgerlichen Kräfte in Deutschland erheblich begünstigt wurde. Mit der Marshall-Plan-Hilfe 1948, hinter der Hans Böckler von Anfang an die "Wiederaufrüstung des Großkapitals" vermutete, sorgten die USA dafür, daß der Hunger aufhörte und das sogenannte Wirtschaftswunder möglich wurde. Die Zeit vom Mai 1945 bis zum Frühjahr 1947 war noch eine Phase des Kampfes gewesen zwischen den Gewerkschaften und den alten und neuen Kapitalbesitzern um Schlüsselpositionen in der Wirtschaft und der Politik; obwohl die Bedingungen für die Gewerkschaften von Kriegsende an ungünstig waren, und die alten Herrschafts-

und Eigentumsverhältnisse latent existiert hatten. Aber immerhin war es noch als möglich erschienen, die Mitbestimmung in der Wirtschaft oder die Sozialisierung des Bergbaus durchzusetzen. Ab Mitte 1947 dann nahmen die Konflikte zwischen den sozialen Klassen immer mehr die Formen und Inhalte an, die man aus der Zeit des gewöhnlichen Kapitalismus der Weimarer Republik kannte.

Hieraus ergibt sich die Frage, inwieweit die Politik der Gewerkschaften schon bis zum Frühjahr 1947 selber dazu beigetragen hat, daß eine Neuordnung im Sinne der Wirtschaftsdemokratie mißlang?

Helga Grebing meint, die Gewerkschaften seien mit der Militärbesetzung "vor die Alternative von radikaler Opposition mit der Konsequenz erneuter Illegalität oder bewußter Hilfedienstleistung für die Okkupationsmächte bei Aufgabe der eigenen Ziele" gestellt gewesen⁴⁷²⁾. Hartmut Pietsch teilt diese Auffassung, wenn er "das Dilemma zwischen Hunger und Sozialisierung" zur Erklärung der Kompromißbereitschaft der Gewerkschaften gegenüber der Militärregierung heranzieht⁴⁷³⁾. Anne Weiß-Hartmann macht auf einen Sachverhalt in Hessen aufmerksam, der auch auf die britische Besatzungszone zutrifft: Die führenden Organe des FGB Hessen hätten sich damals unfähig gezeigt, die in den sozialökonomischen Bedingungen wurzelnden, gegen die Arbeiterschaft gerichteten Interessen des Unternehmertums zu erkennen, und seien deshalb von der Fiktion eines allgemeinen Interesses ausgegangen, das Arbeiterschaft und Unternehmer verbinden sollte. Weiß-Hartmann weiter: "Daher befürworteten sie sogar den Wiederaufbau von Unternehmerorganisationen. In dieser Weise sozialpartnerschaftlicher Illusionen verhaftet, hielten sie die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen als eine Frage der Macht"⁴⁷⁴⁾.

Auch Kleßmann/Friedemann ist zuzustimmen, wenn sie schreiben: "Der Umfang der Restauration, wie immer beklagt wurde, war keine historische Zwangsläufigkeit. Die verbliebenen Spielräume waren größer als ihre tatsächliche Ausnutzung"⁴⁷⁵⁾.

Im Rahmen dieser Arbeit sind diese Thesen einige Male bestätigt worden. So etwa bei der Darstellung der Aktionen der Bergarbeiter, durch die sich die MR zur Rücknahme der Sonderschichtenaufgabe gezwungen sah und durch die der Landtag in der Sozialisierungsdebatte unter Druck gesetzt wurde. Auch die Hungermärsche im Frühjahr 1947 zeigten eine bemerkenswerte politische Wirkung, die in der vorliegenden Studie anhand der Ergebnisse der Landtagswahl vom April 1947 belegt worden ist, in der Regierungserklärung des christdemokratischen Ministerpräsidenten Arnold. Schon im Jahre 1946 nutzten die Gewerkschaften den vorhandenen Handlungsspielraum in der Auseinandersetzung um die Betriebsvereinbarungen und die betriebliche Mitbestimmung nicht, weil sie in dieser Frage auch auf lokaler Ebene eine abwartende Haltung gegenüber der Politik der MR einnahmen, wie dies anhand der Duisburger Ereignisse geschildert worden ist. Insofern wäre die Frage durchaus eine Untersuchung wert, ob die Bereitschaft der vielen Ruhrarbeiter zur Aktion, auch gegen die Politik der Militärregierung, im Frühjahr 1947 nicht eine größere Wirkung hätte erzielen können, wenn die damals bereits hochorganisierten Gewerkschaften die spontane Empörung mit einer systematischen Strategie der Gesellschaftsveränderung beantwortet hätten. Diese gab es nicht, und so existierte im Bewußtsein der meisten Arbeiter gewissermaßen ein "Vakuum"⁴⁷⁶⁾ zwischen der Sympathie für radikale Forderungen, welche die Beseitigung des Hungers und der Not versprachen und gegen den privaten Kapitalbesitz gerichtet waren, und einem allgemeinen Programm der sozialistischen Neugestaltung der Gesellschaft: "Der Sozialismus der Einheitsgewerkschaft schien den Massen der Arbeitnehmer in Westdeutschland keine parteipolitische Frage zu sein - er war allgemeiner Grundsatz und Wille"⁴⁷⁷⁾.

Ein Verständnis von Neuordnung und Sozialismus, das sich fast ausschließlich über die Erfahrung der sozialen Not vermittelte, mußte dann an Einfluß verlieren, nachdem der von den Westmächten stabilisierte Kapitalismus so weit gestärkt war, daß er soziale Zugeständnisse machen und mehr Wohlstand in Aussicht stellen konnte.

So blieb der eigentliche Erfolg für die Gewerkschaften damals darauf beschränkt, daß die Weltanschauungs- und Parteidifferenzen überwunden wurden, zugunsten einer einheitlichen Organisationswelt der Industriegewerkschaften und des DGB. Damit war eine Gegenmacht zur Kapitalherrschaft geschaffen, die bis heute politische Realität ist. Und Wolfgang Abendroths Ausblick auf die Zukunft muß keinesfalls Utopie bleiben:

"Wenn die Gewerkschaften aus der geschichtlichen Analyse ihrer Entstehungsperiode lernen, haben sie immer noch die Macht, eine neue demokratische Entwicklung im Interesse der Klasse, die sie repräsentieren, einzuleiten" (478).